PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 47 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 24. April 1975 fertiggestellt.

24. April 1975 Jg. 3 Nr.16 50 Pfennig



Die Belegschaft von Audi Neckarsulm zog in einem 14 km langen Protestmarsch zu ihren Kollegen von Audi NSU Heilbronn, um gegen die Massenentlassungen gemeinsam anzugehen Seite 5

Heraus zum 1. Mai !

1. Mai 1975 – Tag des Kampfes

Die Arbeiter beginnen, sich gegen die herrschende Ausbeuterordnung zu erheben. Diese Ausbeuterordnung kann den Ausgebeuteten noch nicht einmal die Existenz sichern. Sie bedeutet für die Arbeiter: jahraus, jahrein ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen zu müssen, jahraus, jahrein durch die Kapitalistenklasse ausgebeutet zu werden und schließlich auf der Straße zu landen. Das zeigt die gegenwärtige Krise erneut mit aller Schärfe. Die Arbeiterklasse kann sich mit dieser Ausbeuterordnung nicht abfinden.

Die Arbeiter sind die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums. Sie des gesellschaftlichen Reichtums. Sie sind es, auf deren Schultern die Gesellschaft ruht. Sie sollen nicht ausgebeutet und unterdrückt werden. Sie sollen herrschen, um die Menschheit zu befreien und zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus zu führen. Dies ist die historische Aufgabe der Arbeiterklasse.

Bei den Entlassungen bei VW, bei den zahlreichen Betriebsschließungen im ganzen Land, bei der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse durch vermehrte Ausbeutung, durch Inflation und Lohndrückerei, handelt es sich um kein Naturgesetz, sondern um Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie können mit dieser Ausbeuterordnung selber beseitigt werden. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird es weder Entlassungen noch Ausbeutung geben.

Im Sozialismus wird die Arbeiterklasse die Produktionsmittel in der Hand halten. Sie wird planmäßig produzieren entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Wenn sich die Arbeiterklasse jetzt zusammenzuschließen beginnt unter Forderungen gegen die Kapitalistenklasse und gegen den bürgerlichen Staat, dann muß sie diese Forderungen erheben mit dem Ziel des Sozialismus. Der Sozialismus bedeutet die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie ist notwendig und an der Zeit.

1. Mai 1975 – Tag des Sieges

An diesem 1. Mai hat die Arbeiterklasse der Welt allen Grund, neuen Mut zu schöpfen. Die Völker Indochinas haben in diesem Jahr entscheidende Siege errungen. Das kambodschanische Volk hat Phnom Penh befreit und geht jetzt daran, im ganzen Land die neue Demokratie zu errichten auf dem Weg zum Sozialismus. In Vietnam haben das Volk und seine bewaffneten Streitkräfte den größten Teil Südvietnams befreit und dem Marionettenregime des US-Imperialismus vernichtende Schläge versetzt. Trotz der weiteren Einmischungsversuche des US-Imperialismus werden sich die Völker Indochinas diese Siege nicht mehr entreißen lassen.

Auch in anderen Teilen der Welt haben die Völker entscheidende Siege über den Kolonialismus und den Imperialismus davongetragen. Die vollständige politische Unabhängigkeit Angolas und Mozambiques steht unmittelbar bevor. Das Volk von Guinea hat sie bereits erreicht. Überall hat sich der Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und das Hegemonialstreben der beiden Supermächte, der USA und der SU, gefestigt.

Diese Siege der Völker der Dritten Welt sind von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, denn sie sind Siege über die Feinde der Arbeiterklasse.

Heraus zum 1. Mai!

Auch in den imperialistischen Ländern hat sich der Klassenkampf verschärft. Gerade in Westeuropa sehen wir einen weiteren Aufschwung der Arbeiterbewegung. In Griechenland und Portugal sind die faschistischen Diktaturen gestürzt worden, und haben die Arbeiterklasse und das Volk die Tore aufgestoßen zu einem offenen Klassenkampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie. In Spanien entwickelt sich immer breiter die Streikbewegung zum Sturz des Franco-Faschismus. In Frankreich und Italien entwickelt sich der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie trotz aller Versuche der Reformisten und Revisionisten, die Arbeiterklasse zu gängeln.

In Westdeutschland und Westberlin haben sich zahlreiche Kämpfe der Arbeiter gegen die Kapitalisten entwickelt. Entlassungen und Betriebsschließungen werden nicht hingenommen, Streiks und Betriebsbesetzungen sind die immer häufigere Antwort auf die Maßnahmen der Kapitalisten. Zehntausende haben gegen die Jugendarbeitslosigkeit demonstriert. Westdeutschland hört auf, ein sicherer Hort der Kapitalistenklasse zu sein. Immer häufiger erheben sich die Volksmassen gegen die Entscheidungen des bürgerlichen Staatsapparats wie z. B. in Wyhl gegen den Bau eines Kernkraftwerkes.

Notwendig ist eine Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, die alle Spaltungen in der Arbeiterklasse überwindet und dem bürgerlichen Staatsapparat geschlossen entgegentritt.

Notwendig ist die Errichtung einer geschlossenen Front des Volkes, aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen den bürgerlichen Staat.

Dies erkennen immer größere Teile der Arbeiterklasse.

Dies muß an diesem 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!
Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Ständiger Ausschuß



Freudige Begrüßung der Befreiungskämpfer in einem kambodschanischen Dorf. Artikel nem kambodschanischen Dorf. Artikel S. 2, 3, 15



8 000 demonstrierten in Frankfurt, 18 000 in Dortmund gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere Seite 9



10 000 demonstrierten in Schweinfurt gegen den Bau eines Kernkraftwerks Seite 11

Die nächste Ausgabe der KVZ wird bereits ab Mittwoch, dem 30.4., verkauft

Thieu mußte zurücktreten
US-Imperialismus vor der Niederlage

Am 21. April mußte Thieu als Präsident des Saigoner Regimes zurücktreten. Er blieb bis in seinen Abgang, was er von Anfang an war, eine Marionette der USA.

Die USA, die Bundesregierung, die ihn empfing, der ganze bürgerliche Propagandapparat haben das heftig bestritten. Heute geben sie es zu: *"Thieu ist immer der Mann der Amerikaner gewesen. Seine Macht entlieh er den Vereinigten Staaten"*, schreibt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Daß er gegen den Willen des Volkes in Südvietnam seine Macht ausgeübt hat, wird damit eingestanden. Über die Armee Thieus, jahrelang als Verteidiger der Freiheit gefeiert, heißt es jetzt bei ihrem ehemaligen Lobpreiser Weinstein: *"Die Soldaten haben sich im eigenen Land oft wie Banditen aufgeführt. Sie plünderten. Das Schicksal der Bauern, deren Dörfer sie zerstörten, kümmerte sie nicht."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April)

Die USA drohen noch immer

Und über den früher so gelobten militärischen Einsatz der USA "zur Verteidigung eines kleinen mutigen Landes gegen kommunistische Aggression" ist jetzt zu erfahren: *"Saigon war (während der Jahre des US-Truppeneinsatzes) nicht mehr die Hauptstadt einer kleinen befreundeten Nation. Saigon war die größte Etappe der amerikanischen Streitkräfte."* Für diese Streitkräfte *"gab es Vietnam nur noch als Operationsgebiet. Das Land war eine einzige Feuerzone. Die amerikanische Kriegsmaschine tötete Tausende von Feinden ... Doch der Krieg zerstörte auch die Gesellschaftsordnung der Vietnamesen und die bäuerliche Struktur des Volkes. Aus einem Volk von 16 Millionen Bauern wurde ein Volk, von dem beinahe acht Millionen Menschen entwurzelt in Flüchtlingslagern leben mußten."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April)

Thieu, der Mann der Amerikaner, der Mann, der diese Verbrechen an seinem Volk gedeckt und mit durchgeführt hat und sich dafür hoch bezahlen ließ, ist jetzt gegangen: auf Druck der Amerikaner. Deren Politik ist am Widerstand des vietnamesischen Volkes restlos gescheitert. Jetzt versuchen sie davon zu retten, was zu retten ist. Eine neue Regierung aus nahen Spießgesellen Thieus soll jetzt Verhandlungen mit der siegreichen Revolutionsregierung aufnehmen. Gleichzeitig konzentrieren die USA fast ihre ganze Pazifik-Flotte in den Küstengewässern Südvietnams. Nach wie vor drohen sie mit einer erneuten Truppenlandung unter der Bezeichnung "Evakuierungsaktion". Die Flugzeuge, die auf dem Rückflug Amerikaner aus Saigon ausfliegen, bringen auf dem Hinflug Kriegsmaterial.

Die Bedingungen der Revolutionsregierung sind gerecht

Die Provisorische Revolutionsregierung ist unter dieser Interventionsdrohung der USA nicht zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand bereit. Sie fordert den Abzug aller Amerikaner, Einstellung der Waffenlieferungen und Rückzug der US-Flotte aus vietnamesischen Gewässern. Als Verhandlungspartner akzeptiert sie nicht eine Regierung aus Thieus Spießgesellen. Das sind gerechte Forderungen.

Die Revolutionsregierung ist nach wie vor bereit, mit einer neuen Verwaltung in Saigon über die Durchführung der Bestimmungen des Pariser Abkommens zu verhandeln, d.h. die verschiedenen politischen Strömungen in einen nationalen Versöhnungsrat einzubeziehen, der Wahlen im ganzen Lande durchführt. Der bürgerlichen Propaganda, in ihrem Lügengewebe über den angeblichen Vertragsbruch Nordvietnams und der Befreiungsfront gefangen, ist das das Unangenehmste: *"Hanoi könnte ... die raffinierteste der politischen Lösungen forcieren (anstreben) – und jetzt buchstabengetreu das Pariser Abkommen einhalten."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. April). Nichts anderes als die buchstabengetreue Einhaltung und Durchführung des Abkommens fordern die Befreiungskämpfer seit 1973.

Die Niederlage der US-Marionetten in Südvietnam, der Zusammenbruch der bürgerliche Propaganda und die wachsende Empörung über die Politik der USA in Vietnam unter den Völkern Westeuropas haben in der letzten Woche zu einem wichtigen Erfolg auch an der diplomatischen Front beigetragen. Die Regierungen der EG-Länder haben sich geweigert, einem Ersuchen der USA zu folgen und die Demokratische Republik Vietnam als Aggressor zu verurteilen. Das verringert den amerikanischen Handlungsspielraum. Umso notwendiger ist es, verstärkt die Forderung zu verbreiten nach sofortiger Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams.

W.M.

USA: Immer tiefer in die Krise

Das reale Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Vorjahresvergleich um 10,4 % gesunken. Das reale Bruttosozialprodukt ist unter Berücksichtigung der jüngsten Zahlen seit eineinviertel Jahren ständig gefallen, und damit über den längsten Zeitraum seit der Wirtschaftskrise (Süddeutsche Zeitung, 19.4.1975).

Der Bundesgerichtshof bestätigte sein eigenes Urteil

Vier leitende Mitglieder des KBW wurden zu acht bis zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat nun in letzter Instanz eine Revision des Urteils ohne öffentliche Verhandlung abgelehnt.



Die Demonstration gegen die imperialistische Entwicklungshilfe-Konferenz 1970 in Heidelberg. In der vorderen Reihe die jetzt verurteilten Genossen.

Zu acht Monaten ohne Bewährung wurden **Joscha Schmierer**, Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, **Jochen Noth**, Mitglied des Zentralen Komitees und Sekretär der Ortsleitung Heidelberg, und **Burkhart Braunbehrens**, Mitglied des Zentralen Komitees und Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung, verurteilt. **Dietrich Hildebrandt**, Mitglied der Heidelberger Ortsleitung und Redakteur der theoretischen Zeitschrift des KBW, Kommunismus und Klassenkampf, wurde zu zwölf Monaten ohne Bewährung verurteilt. Ein weiterer Genosse, **Uwe Kräuter**, der derzeit in der Volksrepublik China als Lektor arbeitet, wurde ebenfalls zu acht Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Die Klassenjustiz hat dies Verfahren lange hinausgezögert. Der Anlaß für das Verfahren liegt nunmehr fünf Jahre zurück.

1970 – Demonstration gegen Imperialisten-Konferenz

Im Juni 1970 fand in Heidelberg die sogenannte Entwicklungshilfekonferenz statt. Nicht Hilfe, sondern wie die westlichen imperialistischen Länder die Völker weitere zehn Jahre unterdrücken und ausbeuten können, stand auf der Tagesordnung dieser Konferenz.

Ihr lag ein Vorschlag des ehemaligen kanadischen Ministerpräsidenten Pearson zur Beratung vor, der unverblümt die militärische Aufrüstung solcher Regierungen vorsah, die bereit wären, mit den imperialistischen Ländern gemeinsame Sache nicht nur in der Unterdrückung ihrer Völker selbst, sondern ganzer Regionen der Dritten Welt zu machen. Beraten werden sollte auch das Cabora-Bassa-Staudammprojekt in Mozambique, das nicht nur das ganze südliche Afrika wirtschaftlich an das Südafrika-Regime binden sollte, sondern als Schutzwall für die imperialistischen Interessen in dieser Region ausgebaut werden sollte. Es war geplant, eine Million Europäer dort anzusiedeln und die einheimische afrikanische Bevölkerung in "Wehrdörfer", die wie Konzentrationslager funktionieren, umzusiedeln.

Mc Namara mußte vorzeitig abreisen

Entsprechend ihren Plänen, die zur Beratung standen, war auch die Zusammensetzung der Konferenz. Vertreter aller imperialistischen Regierungen der westlichen Welt, der prominenteste unter ihnen der ehemalige US-Kriegsminister Mc Namara.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund SDS hatte den Charakter dieser Konferenz öffentlich aufgedeckt und zur Demonstration gegen die Abhaltung dieser Konferenz und zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker aufgerufen. 2 000 folgten diesem Aufruf. Ein Massenaufgebot an Polizei verwandelte das Konferenzhotel in eine Festung und versuchte die Demonstration von vorneherein durch ein Polizeispalier an beiden Seiten des Zuges von der Bevölkerung abzuschneiden. Ein Teil der Demonstranten, unter ihnen auch die jetzt verurteilten Genossen in der ersten Reihe, brach aus dieser Umklammerung aus.

Als sich diesem Teil der Demonstration ein Polizeiaufgebot entgegenstellte, wurde die erste Polizeireihe durchbrochen. Es begann eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei. Desgleichen auch bei dem Teil der Demonstration, der den ursprünglichen Weg weitergezogen war und dem sich ebenfalls ein massives Polizeiaufgebot entgegenstellte. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität selbst gegen Passanten vor und wurde doch während mehrerer Stunden bis in den Abend hinein nicht Herr der Lage. Die Konferenz wurde an einen anderen Ort verlegt, schließlich abgebrochen, und der Kriegsverbrecher Mc Namara mußte vorzeitig wieder abreisen.

Umfangreiche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die politische Niederlage der imperialistischen Chefplaner

Gegen diese erfolgreiche Demonstration der Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker und gegen den Imperialismus ist der bürgerliche Staatsapparat breit und langandauernd vorgegangen unter Ausschöpfung all seiner Verfolgungsmittel. Aber bei jedem Schlag, den er austeilte, mußte er zugleich politische Niederlagen einstecken. Und die Entwicklung des Kampfes der unterdrückten Völker zeigt immer deutlicher, daß die gerechte Sache, der diese Demonstration diente, auf der ganzen Welt siegen wird.

Gleich nach der Demonstration wurde in Heidelberg der Sozialistische Deutsche Studentenbund unter Berufung auf das KPD-Verbotsurteil von 1956 verboten. Über 10 000 protestierten in Heidelberg gegen das Verbot des SDS in der größten Demonstration, die diese Stadt seit Kriegsende erlebt hat.

Dann wurde einzelnen Teilnehmern der Demonstration der Prozeß gemacht. Ihnen wurde die Gegenwehr gegen den Polizeiterror zur Last gelegt. All diese Prozesse wurden zu politischen Niederlagen der herrschenden Klasse, weil alle Angeklagten ihren gerechten Standpunkt verteidigten und den imperialistischen Staatsapparat anklagten und entlarvten. Diese Prozesse endeten zum Teil mit Freisprüchen und mit Strafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden.

1972, zwei Jahre nach der Demonstration, fand der Prozeß gegen acht Teilnehmer statt, die als Rädelsführer verurteilt werden sollten. Unter ihnen auch die vier Genossen, die heute gewählte Leitungsaufgaben des 1973 gegründeten KBW ausüben.

Ausführlich wurden in diesem Prozeß von den Angeklagten die Ziele der Demonstration dargelegt und der gerechte Standpunkt der Gegenwehr gegen die staatlichen Polizeikräfte vertreten, die eine ungerechte Sache schützen und die Demonstration verhindern sollten.

Nur in seinem Urteil, das das Gericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit fällte, nicht aber in der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens gelang es dem Gericht, das Verfahren einzugrenzen auf den Vorwurf der Gewalttätigkeit gegen die Staatsorgane. Als Beweis diente dem Gericht allein die Anwesenheit der Angeklagten in den ersten Reihen der Demonstration, und in einem Falle machte es aus einer Transparentstange eine Waffe. Die politische Sache, um die es ging, konnte das Gericht wohl aus dem Urteil, nicht aber aus dem Verfahren raushalten. Denn die Angeklagten setzten im Gericht durch, die gerechte Sache des Befreiungskampfes der Völker und des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für den Sturz des imperialistischen Staates offen zu vertreten.

Als Handlanger der kapitalistischen Ordnung und als Verteidiger jener imperialistischen Chefplaner, die ihre Konferenz nicht ungestört abhalten konnten, saß das Gericht auf der Anklagebank, von der es sich durch die Verurteilung der Ankläger wieder zu erheben versuchte.

Der Staatsanwaltschaft jedoch waren die Strafen nicht hoch genug. Und auch gegen die Aussetzung der Strafen auf Bewährung erhob sie Einspruch beim Bundesgerichtshof.

Der Bundesgerichtshof gab diesem Einspruch nach, und nach nunmehr vier Jahren nach der Demonstration fand in Mannheim im Juli 1974 das Revisionsverfahren statt.

Die nunmehr erneut unter Anklage Gestellten hatten sich freilich in diesen Jahren nicht im Sinne des bürgerlichen Staates, sondern im Kampf gegen diesen Staat und die Ausbeuterordnung, die er aufrechterhält, bewährt.

Ein Schlag gegen den KBW

Mit dem erneuten Verfahren wollten der bürgerliche Staat und seine Klassenjustiz den Kommunistischen Bund Westdeutschland treffen, der seit seiner Gründung 1973 immer größere Unterstützung für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung und für den Sozialismus gewinnt.

Der Bundesgerichtshof legte in seinem Revisionsurteil schon fest, daß das Gericht, das den Prozeß erneut führte, ein höheres Strafmaß und die Aufhebung der Bewährung urteilen mußte. Ein Richter, der, zunächst mit dem Verfahren beauftragt, Bedenken dagegen äußerte, wurde gleich für befangen erklärt und dann ein Gericht zusammengesetzt, das den Auftrag des Bundesgerichtshofs treulich ausführen sollte.

Aber wie stand dies Gericht da? Die Völker von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, für deren gerechten Kampf die Demonstration vier Jahre zuvor eingetreten war, hatten soeben die Befreiung erkämpft. Die Völker in Indochina standen vor dem Sieg über den US-Imperialismus, dessen ehemaliger Kriegsminister Mc Namara, der tausendfacher Verbrechen gegen die Völker in Indochina schuldig ist, wegen der Demonstration 1970 vorzeitig die Konferenz verlassen mußte. Keiner ihrer Pläne, mit denen sie ihre Ausbeuterherrschaft über die Völker aufrechterhalten wollten, hat die Niederlagen der Imperialisten verhindern können. Der Staudamm von Mozambique, geplant als Bollwerk der Imperialisten in Südafrika, ist in den Händen des Volkes, das Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft hat.

Um die Sache der Revolution steht es gut, um die Sache der Ausbeuter und ihres Staates schlecht

Um die Sache, die die Angeklagten vor Gericht vertraten, steht es gut, um die Seite, die die Klassenjustiz vertritt, schlecht. Mit seinem Versuch, die Angeklagten als sinnlose Gewalttäter hinzustellen, erntete das Gericht nur die Empörung der zahlreichen Zuhörer des Prozesses.

Das Gericht verhinderte jegliche Beweiserhebung und sah die Schuld schon durch das Urteil des Bundesgerichtshofes bestätigt. Zum Beweis für die Straferhöhung und die Aufhebung der Bewährung diente die aufrechte Gesinnung der angeklagten Genossen. Zum Beweis für die Strafe von zwölf Monaten für den Genossen Hildebrandt genügte die Tatsache, daß er eine Transparentstange in der Hand hielt. Drei der Angeklagten behielten die alten Strafen auf Bewährung, um dem Gericht den Schein von Gerechtigkeit und Ausgewogenheit zu verleihen, obwohl diese drei genauso aufrecht vor Gericht für die gerechte Sache eingetreten waren.

Klar wurde in der Urteilsbegründung ausgesprochen, was der Auftrag des Gerichtes war, den es erfüllen mußte: "... Der Eindruck jeder Schwäche des Staates ... könne ... andere zur Selbsthilfe oder zu ähnlichen Gewalttaten reizen." Dieser Staat, der die Herrschaft der Minderheit der kapitalistischen Ausbeuter verteidigt, muß in der Tat fürchten, daß das Volk zur "Selbsthilfe" greift, muß fürchten, daß das Volk sich erhebt unter Führung der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Doch wer den Eindruck der Schwäche vermeiden muß, zeigt doch nur, daß seine Stärke auf schwachen Füßen steht.

Die Bestätigung der Urteile durch den Bundesgerichtshof war zu erwarten, hatte der Bundesgerichtshof doch selbst diese Urteile dem Gericht vorgeschrieben. Sie kann nichts daran ändern, daß die gerechte Sache der Revolution, die die Verurteilten vertreten, sich hier und überall auf der Welt gut entwickelt.

–bb–

Nach dem Sieg in Phnom Penh

„Ein demokratisches und blühendes Kambodscha aufbauen"

Am Morgen des 17. April übernahmen die Volksbefreiungsstreitkräfte Kambodschas die Macht in Phnom Penh.

Es war ein Einmarsch 'mit Blumen und Liedern', wie Sihanouk, der Präsident der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas, Mitte März angekündigt hatte. Selbst die bürgerliche Presse mußte berichten, daß die Bevölkerung der Stadt und selbst viele in Lon Nols Armee gezwungene Söldner ihre Befreier mit großer Begeisterung empfangen haben.

In einem beispiellosen heldenmütigen Siegeszug hat das kambodschanische Volk bewiesen: **"Ein kleines Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln."**

Der US-Imperialismus, ein brutaler Feind

Die Verwüstungen, die die USA in Kambodscha verursacht haben, stellen das kambodschanische Volk vor schwierige Aufgaben. Das kleine Land mit nur sieben Millionen Einwohnern hatte unter Kissingers Bombendiplomatie fast noch stärker zu leiden als Südvietnam. Vor dem 15. August 1973 hat die US-Regierung zeitweise alle Kräfte ihrer Luftwaffe im Fernen Osten mobilisiert, um den systematischen Völkermord am kambodschanischen Volk zu betreiben. Auf die dichtbesiedelten Gegenden um Phnom Penh und die Provinzstädte wurden täglich bis 5 000 Tonnen Bomben abgeworfen, das kommt pro Monat sieben Atombomben des Typs Hiroshima gleich. Nach den unter der Wahrheit liegenden offiziellen Angaben des Pentagon wurden während dieser sechseinhalb Monate der "Amerikanisierung des Luftkrieges" in Kambodscha 240 000 Tonnen Bomben abgeworfen, eineinhalbmal so viel wie im Zweiten Weltkrieg und viermal so viel wie auf Japan und England. Unter dieser Eisen- und Feuerflut wurden zahllose Männer und Frauen, Kinder und Alte blindlings massakriert, ganze Städte und Dörfer niedergemäht, von der Landkarte gestrichen, Reisfelder, Getreidefelder, Kulturen wurden abgebrannt und mit chemischen Kampfstoffen verwüstet, Pagoden, historische Monumente, Krankenhäuser und Schulen zerstört

Über die Hälfte der Bevölkerung wurde dadurch mindestens einmal zum Flüchtling. *"Nach Phnom Penh ist etwa ein Viertel der Bevölkerung Kambodschas. – insgesamt fast zwei Millionen Menschen – geflohen, aber das geschah eher unter dem Eindruck amerikanischer Bomben und explodierender Granaten als aus antikommunistischer Überzeugung."* (Stuttgarter Zeitung Nr. 75)

In den fünf Jahren hat die US-Regierung drei Milliarden US-Dollar für die Bereicherung der Verräter in Phnom Penh zur Verfügung gestellt und mehr als sieben Milliarden Dollar für die Zerstörung des Landes ausgegeben. Dreihundert Kambodschaner wurden täglich getötet oder verwundet, seit 1970 600 000.

Als die Delegation des US-Kongresses im Februar dieses Jahres aus Kambodscha zurückkehrte, erklärte der Abgeordnete Paul Mc Closkey in seinem Bericht vor dem Kongreß:

"Ich kann Ihnen nur berichten, wie meine Gefühle waren, als ich in dieses Land kam. Wenn ich da denjenigen militärischen bzw. State Department-Führer gefunden hätte, der der Architekt dieser Politik war, dann wäre meine instinktive Reaktion gewesen, ihn auf der Stelle aufzuhängen. . . . Was diesem Land angetan wurde, ist schlimmer, als wir je einem anderen Land in der Welt angetan haben." (New York Times vom 4. März)

Den Volkskrieg mit dem Aufbau des Landes verbunden

Gegen diese Barbarei war der militärische Sieg nur möglich durch eine revolutionäre Führung, die in den befreiten Gebieten eine neue Gesellschaft und einen Staat der Volksmacht aufbaut. Unter der Führung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) hat so das kambodschanische Volk neben den militärischen Siegen auch auf ideologischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene große Siege errungen. Die feudalen Ausbeuter und Wucherer wurden entmachtet, die Bauern in Solidaritätskomitees zusammengeschlossen und die Bewirtschaftung des Landes gemeinsam organisiert. Auf diese Weise war es möglich, die Reisproduktion trotz des Krieges mehr als zu verdoppeln, die medizinische Versorgung, die Viehzucht, Schulausbildung und das Handwerk entscheidend zu entwickeln. Für die breite Bevölkerung gibt es dadurch zum Beispiel zum ersten Mal eine Gesundheitsversorgung. Die Ärzte standen zuvor nur der kleinen Ausbeuterclique in Phnom Penh zur Verfügung.

Ein besonderes Problem stellt Phnom Penh dar. Die Stadt hatte vor dem Krieg eine halbe Million und jetzt über zwei Millionen Einwohner. Zu ihrer Versorgung haben die Königliche Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) und die Nationale Befreiungsfront (FUNK) bereits große Reisvorräte angelegt. Um das Leben zu normalisieren, ist es jedoch notwendig, die Flüchtlingsmassen in die Heimatgebiete zurückzuführen und sie in den Aufbauprozeß im Land einzugliedern.

Eine gute Zukunft

Der in Phnom Penh gebliebene Korrespondent von "Le Monde" berichtet: *"Schon früh am Morgen haben Zehntausende von Flüchtlingen den Rückmarsch in ihre Dörfer begonnen."* Daß es freilich einen Befehl zur Evakuierung der Stadt gäbe, ist vom Präsidenten Sihanouk dementiert worden.

Dem Volk muß nicht befohlen werden, die Elendsquartiere zu verlassen, in die man es gepfercht hat, und in die Heimat zurückzukehren, um *"ein demokratisches und blühendes Kambodscha aufzubauen"*, in der die "unmenschliche Ausbeutung des Volkes" abgeschafft ist, wie das Programm der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) es vorsieht.

H.L./Red.

Unterstützt die revolutionären Regierungen

Auf den Spendenkonten der Indochinakomitees sind für die Monate März und April mit Stand vom 22. April folgende Beträge eingegangen:

Kambodscha:	**19.466,78 DM**
Vietnam:	**11.761,87 DM**

Die Nummern der Konten sind:

Kambodscha:	**43 75 092**
Vietnam:	**13 02 450**

Bezirkssparkasse Heidelberg, H. Leberl.

Die Spenden gehen ohne Abzüge an die Regierungen GRUNK und PRR

Grußtelegramm an die GRUNK

Liebe Freunde,

Zu dem großartigen Sieg über den US-Imperialismus beglückwünschen wir die FUNK, die GRUNK und das kambodschanische Volk.

Euer konsequenter und siegreicher Standpunkt ist ein leuchtendes Beispiel und großer Ansporn für alle, die gegen den Imperialismus für nationale Befreiung und die soziale Revolution kämpfen.

Wir versichern Euch, daß wir auch in Zukunft alles in unseren Kräften liegende tun werden, um den Kampf des kambodschanischen Volkes für die Errichtung eines freien, volksdemokratischen und antiimperialistischen Kambodscha zu unterstützen.

Zentrales Komitee des KBW
Ständiger Ausschuß

Baden-Württemberg: Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen

Am 20. April haben in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen stattgefunden. Sie brachten größere Gewinne für die CDU und etwa gleich große Verluste für die SPD. In kaum einer größeren Stadt ist es ihr gelungen, ihre Stimmenanteile zu halten. In Stuttgart wird die CDU die absolute Mehrheit der SPD durch ihre absolute Mehrheit ersetzen. In Mannheim konnte die CDU mit der SPD in der Sitzverteilung gleich ziehen. Die "Freien Wählervereinigungen", die nur zu den Kommunalwahlen kandidieren, haben fast überall starke Verluste an die großen bürgerlichen Parteien. Die FDP hat in fast allen Orten leichte Gewinne. Die DKP hat es in keiner größeren Stadt geschafft, die gleichen Ergebnisse zu erzielen, wie bei den Kommunalwahlen 1971. In Mannheim ist ihr Anteil an den Stimmzetteln von 3,6 % auf 2,0 % gesunken; sie wird nur noch ein Gemeinderatsmitglied stellen, vorher hatte sie zwei, ihr Ziel war vier. In Stuttgart wird sie ihren einen Platz verlieren. Der KBW, der sich in sieben Orten mit eigenen Kandidaten zur Wahl stellte, hat ungefähr die Stimmenzahl erhalten, die den örtlichen Kräften der Organisation entsprechen.

In Freiburg sind 1 318 Listen für den KBW abgegeben worden, das entspricht 1,8 %, in Heidelberg 2 183 = 3,7 %, in Karlsruhe 252 = 0,22 %, in Mannheim 865 = 0,6 %, in Waiblingen 170 Listen = 0,94 %, in Wiesloch 101 Listen = 1,2 %. Die Ergebnisse von Emmendingen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

In Freiburg wurde die DKP um knapp das Doppelte geschlagen, in Heidelberg um gut das Dreifache, in Wiesloch um 20 Listen. In Waiblingen hat die DKP nicht kandidiert. Die Gruppe Rote Fahne, die unter dem Namen KPD in drei Orten kandidierte, hat in Stuttgart 527 Listen = 0,2 %, in Karlsruhe 166 Listen = 0,15 %, in Mannheim 179 Listen = 0,132 %. Insgesamt haben dieser Gruppe 872 Menschen ihre Liste gegeben, das ist ungefähr soviel, wie der KBW in Mannheim erhalten hat. Für den KBW sind in den sieben Städten knapp 5 000 Listen abgegeben.

In Heidelberg wird somit sicher ein Kandidat des KBW im neuen Gemeinderat vertreten sein, nach der genauen Auszählung eventuell sogar zwei. In Freiburg wird erst die genaue Auszählung ergeben, ob ein Kandidat in den Gemeinderat kommt.

Insgesamt konnten die drei großen bürgerlichen Parteien die Stimmen auf sich konzentrieren; zusammen haben sie bei dieser Wahl mehr Stimmen erreicht, als sie zusammen bei den letzten Kommunalwahlen hatten.

Noch gelang es ihnen, die vorhandenen Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk auf ihre Parteilisten zu lenken. Das kapitalistische System ist noch nicht so brüchig geworden, daß die "Alternativen", die die bürgerlichen Parteien jeweils aufführen, erkannt werden als "Alternativen", die grundsätzlich nichts an den herrschenden Verhältnissen ändern. Die Bourgeoisie beherrscht so noch ideologisch die große Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes. Die bürgerlichen Parteien, die grundsätzlich das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln garantieren und innerhalb dieses Rechts an diesen und jenen Erscheinungen basteln, erfüllen in dieser Hinsicht noch voll und ganz ihre Aufgaben.

Wo Massenkämpfe sich entwickeln, gegenüber denen die bürgerlichen Parteien Stellung nehmen müssen, verlieren sie jedoch rasch an Autorität, zum Beispiel in Wyhl. Am Kaiserstuhl führt die Bevölkerung einen zähen Kampf gegen den Bau eines Kernkraftwerks. Dieser Kampf ist noch nicht entschieden. Während der Auseinandersetzungen sind schon viele Austritte aus der CDU gemeldet worden. Die CDU hat bislang die Hälfte der 10 Gemeinderatssitze in Wyhl, die anderen 5 hatten die "Freien Wähler". Bei diesen Wahlen hat die CDU nicht mehr 5, sondern nur noch 3 Sitze erhalten, bei gleichzeitiger Erhöhung der gesamten Plätze auf 12. Davon hat nicht die SPD, die andere große bürgerliche Partei, gewonnen, sondern eine Bürgerinitiative, deren einziger Programmpunkt der Nichtbau des Kernkraftwerks ist. Sie erhielt vier Sitze. Ähnliche Ergebnisse kann man in den anderen Kaiserstühler Gemeinden feststellen. Hier haben die bürgerlichen Parteien bereits die Bevölkerung nicht mehr fest in der Hand. Sie haben sich allesamt zu sehr in den Kämpfen um das Kernkraftwerk als Vertreter des Kapitals entlarvt, als daß es ihnen gelingen könnte, jeweils das Wasser auf ihre Parteimühlen zu lenken.

Wie haben die Arbeiter gewählt?

Es liegen erst genauere Ergebnisse aus Mannheim und Heidelberg vor.

In den traditionellen Vierteln der Arbeiter hat die SPD wenig Verluste gehabt. Sie hat meist einen deutlichen Abstand zur CDU halten können. Ebenso haben die DKP und der KBW hier ihre überdurchschnittlichen Anteile erhalten. In der Mannheimer Neckarstadt Ost erhielt der KBW über 1 %.

Die SPD mußte also nichts oder sehr wenig an die CDU abgeben, die DKP sowohl an die SPD und an den KBW, zum sehr geringen Teil an die Gruppe Rote Fahne, die unter dem Namen KPD kandidierte. Deutlich wird daran, daß die SPD ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung halten konnte, daß die Unterschiede der DKP zur SPD immer weiter verschwimmen und die DKP-Wähler sich sowohl zur SPD als auch im geringeren Umfang zum KBW wenden. In Mannheim ist es dem KBW, der seit 1971 hier arbeitet, noch nicht gelungen, größere Teile der Arbeiterbewegung aus dem Einfluß des Reformismus herauszubrechen und für das kommunistische Kampfprogramm zu gewinnen. Gelungen ist es der Ortsgruppe, diejenigen Teile für die Stimmabgabe zu gewinnen, die sich an den vom KBW geführten Aktionen beteiligten. Das entspricht dem derzeitigen Kräfteverhältnis unserer Organisation, sowohl im Verhältnis zur DKP als auch zur SPD. Die Ortsorganisation hat knapp das Fünffache ihrer Verbandsstärke an Stimmen erreicht und nicht ganz die durchschnittlichen KVZ-Verkaufszahlen.

Der KBW hat die höchsten Stimmenanteile in Heidelberg und Freiburg erhalten. Hier wurde auch die DKP geschlagen. In Heidelberg um gut das Dreifache, in Freiburg fast um das Doppelte. In diesen Orten arbeiten die Ortsgruppen des KBW, bzw. die vorherigen örtlichen Zirkel, am längsten. Hier besteht die längste praktische Arbeit. Am entwickeltsten und am längsten auf der richtigen politischen Linie wird in Heidelberg gearbeitet. Das hat sich ziemlich direkt auf die Wahlen ausgewirkt. Hier ist der KBW ein politischer Faktor, den die bürgerlichen Parteien schon lange in ihrem Vorgehen berücksichtigen mußten. Von nun an werden sie auch in ihrem Gemeinderat einen oder zwei Kommunisten berücksichtigen müssen. Der oder die Genossen werden im Gemeinderat alles tun, um die traute Gemütlichkeit zu stören und den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes im Gemeinderat eine Plattform zu schaffen. Die Genossen sind auf Grundlage ihres konsequenten Eintretens für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, auf Grundlage des revolutionären Programms des KBW gewählt worden. Nicht auf Grundlage von Versprechen, was sie im Gemeinderat alles Gutes tun werden. Auf der Grundlage, auf der der KBW gewählt wurde, wird auch sein Gemeinderatsmitglied tätig werden. Ob der KBW auch in Freiburg soviel Stimmen erhalten hat, daß ein Vertreter in den Gemeinderat kommt, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Die beiden ersten Kandidaten der Heidelberger Liste, die Genossen Noth und Hildebrandt, sollen laut Gemeindeordnung im Falle der Wahl nicht in den Gemeinderat kommen. Sie sind rechtskräftig im Cabora Bassa Prozeß verurteilt und sollen eine mehrmonatige Gefängnisstrafe antreten. Der Oberbürgermeister Zundel wollte daraus noch einen weiteren Schlag gegen den KBW machen, indem er erklärte, die Stimmen für Noth und Hildebrandt seien ungültig. In seiner Freude über dieses Urteil hat der Oberbürgermeister gleich auch noch die eigenen Gesetze übersprungen, da die Stimmen für Noth und Hildebrandt sehr wohl für die KBW-Liste angerechnet werden müssen. Die Ortsgruppe hat diesem Manöver richtig geantwortet, indem sie zwei Tage vor der Wahl, als das Urteil bekannt wurde, noch einmal das reaktionäre Urteil angriff und anhand des Zundelschen Manövers darlegte, daß prinzipiell keine Stimmen für den KBW verloren sind, da jede Stimme für den KBW eine Stimme für die Revolution ist und jede Stimme für den KBW die bürgerlichen Parteien trifft und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse und des Volkes demonstriert.

Die Wahlergebnisse des KBW in den sieben Städten, die einen Erfolg für die Arbeit des KBW darstellen, werden die Ortsorganisationen nutzen, um verstärkt für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage zu kämpfen.

–db–

Strauß in Münster

Den Höhepunkt des Landtagswahlkampfes der CDU in Münster bildete eine Veranstaltung mit Franz Josef Strauß am 21.4., für den die CDU extra die Halle Münsterland angemietet hatte.

Die Kommunistische Gruppe Münster ging davon aus, daß Strauß viele Menschen anziehen würde, die mit der Regierung und den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind. Wir entwickelten folgenden Plan des Vorgehens: Auf dem Vorplatz der Halle Münsterland zwei große Agitationszentren zu bilden aus zusammengesetzten Stelltafeln, auf denen dargestellt wird, daß Strauß die Krise und die Niederlagenpolitik der SPD gegenüber der Arbeiterklasse nutzen will, um einen harten Kurs gegenüber der Arbeiterklasse durchzusetzen. Obwohl diese Stände zunächst vom Ordnungsamt und dann vom Verwaltungsgericht verboten wurden, bauten wir sie dennoch eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn auf. Angesichts der zahlreichen Menschen auf dem Vorplatz wagte die Polizei nicht einzuschreiten. Der örtliche Verband beteiligte sich geschlossen an der Aktion, verteilte die Wahlerklärung des KBW, verkaufte zahlreiche KVZ's und Broschüren. Es gelang, bis lange nach Beginn der Veranstaltung Diskussionsgruppen zu bilden, in denen über die Ziele und Hintermänner der bürgerlichen Parteien einerseits und die Interessen der Arbeiterklasse und die Aufgaben der Kommunisten andererseits debattiert wurde. Insgesamt gelang es uns, etwa 500 Menschen direkt anzusprechen. Demgegenüber beschränkte sich die Gruppe Rote Fahne (KPD) darauf, ihre Existenz zu bekunden, indem sie mit ihren 15 Mann auf einem Haufen herumstanden und eine Fahne mit den Buchstaben "KPD" hochhielten. Die DKP gar richtete sich in 500 Meter beiderseits einer Zufahrtstraße ein und bekundete mit Plakaten gegenüber den vorbeirollenden Autos, daß sie dagegen sei. Beide Gruppen zogen noch vor Beginn der Veranstaltung ab.

–hl, Kommunistische Gruppe Münster–

Vertrauensleute Klöckner gegen die Auswirkungen der Kurzarbeit

Vertrauensleutebeschluss

Bremen. Seit Anfang April gibt es auf der Klöckner-Hütte Bremen Kurzarbeit. Der gesamte Warmbereich, das heißt Hochöfen, Stahlwerk, Stranggießanlage und Warmwalzwerk, einschließlich der sogenannten Nebenbetriebe, ist auf 32 bzw. 34 Stunden in der Woche heruntergefahren worden.

Unter Kurzarbeit stellt man sich im allgemeinen einen Block von mehreren Tagen vor, an denen die Anlagen stillstehen. Nicht so auf der Hütte!

Hier haben die Kapitalisten sich einen besonders geschickten Plan ausgedacht, ihren tatsächlichen Auftragsmangel zu überbrücken und trotzdem ein gutes Geschäft zu machen. Lediglich für die Tage um den 1. Mai und über Pfingsten sind zusammenhängende Kurzarbeitsperioden eingeplant. Der Rest verteilt sich auf einzelne Schichten bzw. einzelne Kollegen.

Auf der letzten Betriebsversammlung kam ans Tageslicht, warum das so gemacht wird: Wo bisher in zwei aufeinanderfolgenden Schichten wenig produziert wurde, läßt man jetzt eine Schicht kurzarbeiten und die andere umso mehr reinhauen.

Das zeigt sich besonders krass an folgendem Beispiel: Am Tiefofen, wo sonst sechs bis sieben Kollegen und zwei bis drei Kranfahrer arbeiten, sollten fünf Kollegen für eine Spätschicht Kurzarbeit machen und der Rest einen sogenannten "Notdienst" versehen. Diesem "Notdienst" wurde dann gesagt, die Blockbrammenstraße solle zur Nachtschicht wieder anfahren, deshalb müßten sie den Tiefofen hochfahren und mit Brammen beschicken, also normale Produktion mit einer "Not" besetzung von drei bis vier Kollegen und einem Kranfahrer! Von solchen Beispielen gibt es Dutzende!

In verschiedenen Abteilungen gab es vor und nach der Betriebsversammlung Proteste, Unterschriftensammlungen usw. gegen die Durchführung der Kurzarbeit. Am 3.4. beschloß die Vertrauensleutevollversammlung bei nur wenigen Gegenstimmen eine Resolution, die die Forderungen der Kollegen aufgriff

"Nur einmal Kurzarbeit am Sonntag in der Kurzarbeitsperiode!"

Die Klöckner-Kapitalisten hatten Kurzarbeit für die Sonntags-, Spät- und Nachtschicht eingeführt. Was das für den Lohn der Kollegen bedeutet, zeigt folgendes Beispiel in der Resolution: *"Statt eines Nettoverdienstes von 56 DM plus 56 DM Sonntagszuschlag = 112 DM erhalten wir an diesen Kurzarbeitssonntagen nur ca. 38 DM ausbezahlt"*. Um die Sonntagsnachtschichtzulage nicht zahlen zu müssen, lassen die Klöckner-Kapitalisten diese Schicht kurzarbeiten. Das führt zu Unterbrechungen der Nachtschicht, wirft die Kollegen aus dem Rhythmus und geht auf ihre Gesundheit. Deshalb fordert die Resolution: *"Die Kurzarbeit darf nicht zur Unterbesetzung führen"*, denn *"Unterbesetzung bei gleicher Produktion heißt Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen"*. Schließlich stellen die Vertrauensleute *"die Forderung nach Zahlung der Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Einkommen: bis zu 90 % des Einkommens als Ausgleichszahlung!"*.

–Betriebszelle Klöckner Bremen.–

Rheinstahl-Henschel Kassel

Streik gegen geplante Entlassungen

Unter dem früheren Chef Schmücker flogen 750 Arbeiter auf die Straße

Kassel. Am Mittwoch letzter Woche (17.4.) kam es im Werk Rothenditmold der Rheinstahl-Henschel AG zu einem knapp zweistündigen Warnstreik, an dem sich rund 500 Kollegen beteiligten. Der Anlaß war die Verlegung des Werkzeugmaschinenbaus nach Witten und die damit verbundenen Entlassungen von 76 Kollegen.

Um zu verstehen, wie es soweit kam, muß man sich erstmal die Entwicklung der Firma Henschel in den letzten 10 Jahren vergegenwärtigen. Nachdem im April 1964 der Henschel-Generaldirektor Goergen verhaftet und nach drei Monaten wieder freigelassen wurde, verhandelte er mit der Rheinstahl AG über den Verkauf von Henschel. Im Septemberg der gleichen Jahres ist der Handel perfekt. Im September 1965 heißt die Firma: Rheinstahl-Henschel AG.

Nun beginnen die Rheinstahl-Kapitalisten, das Henschel-Kapital zu sanieren. Der LKW-Bau wird zunächst an Hanomag abgegeben, um dann im Juli 1969 ganz an Daimler-Benz überzugehen, die nun das Werk zum zentralen LKW-Achsenwerk ausbauen. Inzwischen wird auch in Rheinstahlwerk von Henschel unter der Leitung von Rheinstahl-Chef Schmücker kräftig rationalisiert. So wird 1972 die Gießerei geschlossen. Dagegen protestieren Teile der Belegschaft mit Proteststreiks.

Die Rheinstahl-Herren gehen daran, das dritte Henschel-Werk in Kassel zu schließen. Sie nennen dies "Schlankheitskur", in deren Verlauf 750 Kollegen "freigesetzt" wurden, und die "Ergebnisse", sprich Profite, sich um jährlich 25 Millionen verbessert haben. Diese Schlankheitskur wird 1974 abgeschlossen.

Im Februar 1974 stimmt das Kartellamt der Fusion von Thyssen und Rheinstahl zu.

Inzwischen bestitzt Thyssen 89 % des Rheinstahl-Kapitals. In diesen 10 Jahren ist die Belegschaft von ca. 14 000 auf 5 700 zusammengeschrumpft worden, während aber auf der anderen Seite mittels Intensivierung der Arbeit, Überstundenkloppererei und Sonderschichten genausoviel bzw. noch mehr produziert wird.

Einen Tag nach dem Streik: Betriebsversammlung

Nachdem nun letzte Woche ein Vertreter der Rheinstahl-Kapitalisten aus Witten gekommen war und den Kollegen verkündete, daß in Kassel nun nichts mehr ginge und der gesamte Werkzeugmaschinenbau nach Witten verlagert werde, wo es doch noch vor 7 Wochen hieß, daß alles so bliebe, platzte den Kollegen der Kragen und sie ließen spontan den Hammer fallen. Sie forderten, daß ein Vertreter des Rheinstahl-Vorstandes auf der am nächsten Tag stattfindenden Betriebsversammlung zu der Sache Stellung nehmen sollte.

Keiner der Herren hat sich blicken lassen.

Auf der Betriebsversammlung stellte dann ein Vertrauensmann aus dem Werkzeugmaschinenbau dem Vorstand einige konkrete Fragen der Kollegen, wie z. B. warum wird der Kasseler Werkzeugmaschinenbau nach Witten verlagert? Was ist mit den noch bestehenden Aufträgen? Wie soll's weitergehen? Wie steht der Vorstand zu den Forderungen des Betriebsrates (für geeigneten Ersatz zu sorgen, z. B. Aufträge aus dem Thyssen-Bereich)?

Zuvor betonte der Vertrauensmann, daß die Stillegung von langer Hand vorbereitet sei, denn als vor mehreren Jahren der Wittener Bereich nach Kassel verlagert werden sollte, zogen die Kollegen dort mit schwarzen Fahnen durch Witten, um gegen diese Maßnahme zu protestieren.

Der Vorstand des Kasseler Werks, Boesken, beantwortete diese Fragen nicht, sondern beschwor die Kollegen, nur ruhig zu bleiben und gemeinsam mit dem Vorstand das Problem zu bewältigen und die beste Lösung zu finden. Um was für eine "Lösung" es sich handelt, haben die Kollegen noch gut in Erinnerung von wegen Gießereistillegung. Er versprach, daß Thyssen hier sicherlich helfen würde in Form von Aufträgen. Aber auch in diesem Punkt werden sich die Kollegen kein X für ein U vormachen lassen, denn Thyssen vergibt die Aufträge dorthin, wo es am billigsten ist.

Die endgültige Entscheidung wird Anfang Mai fallen.

Auch aus anderen Bereichen prangerten die Kollegen Mißstände an, so z. B. die Hammerschmiede, wo im Gesenkbau menschenunwürdige Verhältnisse herrschen.

Der 1. Mai muß dazu genutzt werden, den Protest gegen die Entlassungen auf die Straße zu tragen und den Widerstand der Arbeiter zu stärken.

–b–

Betriebsversammlung bei VW-Wolfsburg

Die geschlossene Front gegen die Massnahmen Schmückers entwickeln

Wolfsburg. Mittwoch vor einer Woche fand im Volkswagenwerk Wolfsburg die 12. ordentliche Betriebsversammlung statt. Zwei Tage zuvor war der Aufsichtsratsbeschluß über den Sanierungsplan Schmückers gefaßt worden.

Diese Betriebsversammlung war – zumindest was das Werk Wolfsburg anbetrifft – eine entscheidende Sache, die gegenwärtigen Massenentlassungen aufzunehmen oder zumindestens in der Debatte die Richtung festzulegen, in welche die Belegschaft gehen muß. Auf dieser Betriebsversammlung waren dementsprechend viele Kollegen gekommen, etwa 15 000 Die Betriebsversammlung hat jedoch in dieser Richtung nichts gebracht, weil weder die Einheit der Wolfsburger Belegschaft noch die Grundlagen für die Einheit aller Belegschaften gegen den Sanierungsplan Schmückers hergestellt werden konnte.



Golf-Montage in Wolfsburg

Die IG Metall und der Betriebsrat sind von Kopf bis Fuß auf Mitbestimmung eingestellt

Als erster sprach Siegfried Ehlert, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende des VW-Konzerns. Er hob hervor, daß die Wolfsburger Belegschaft nicht von anzeigepflichtigen Entlassungen und nur von wenigen "Freisetzungen" betroffen sei. Da bereits seit Anfang Januar 2 000 Kollegen gekündigt hätten und 2 000 weitere Kollegen bereits einen Auflösungsvertrag gemacht hätten. Der Rest würde dann durch natürliche Fluktuation ausscheiden. Das Ziel der "Arbeitnehmervertreter" bei den Verhandlungen im Aufsichtsrat sei es gewesen, daß 5 000 Kollegen weniger herausgeschmissen werden. Doch das wäre nicht durchzusetzen gewesen. Aus diesem Grunde würde der Gesamtbetriebsrat mit dem Vorstand jetzt über einen Sozialplan verhandeln, um bei weiteren Entlassungen soziale Härten zu vermeiden. Als letztes ließ er einen Appell an die bürgerlichen Politiker in Bund und Land los, jetzt nicht zuviel zu reden, sondern zu handeln.

In gleicher Weise äußerte sich der erste Bevollmächtigte der IG Metall Tyrakowsky: Die BRD hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, und darin liegen die Ursachen für die jetzige Krise, führte er aus. Die Gewerkschaften hätten sich in ihrer Satzung dazu verpflichtet, dieses Wirtschaftssystem zu stützen. Also müsse man mit dem Kapitalismus leben. Der Sozialismus aber hätte in den letzten Wahlen – damit meinte er wohl die Niederlagen der SPD – eine Abfuhr erlitten. Deswegen solle die IG Metall keine Demonstration gegen die Maßnahmen Schmückers organisieren. Man könne nicht in der Gesellschaft Demokrat und im Betrieb Kommunist sein. Er rief die Belegschaft auf, dem Betriebsrat zu vertrauen.

Schmückers Taktik ist Verwischung der Fronten und Spaltung der Belegschaft

Schmücker versuchte auf der Betriebsversammlung den Kollegen einzureden, Arbeiter und Kapitalisten hätten ein gemeinsames Ziel, was in der Überwindung der Krise bestünde.

Er führte aus, wie alle unter der jetzigen Krise zu leiden hätten. Und daß es das Ziel aller sein müsse, schnellstens aus der jetzigen Situation herauszukommen. Dann spielte sich Schmücker als Retter auf. Er habe sich deshalb zu dieser Radikalkur schweren Herzens entschlossen. Eine andere Möglichkeit gebe es nicht, in Zukunft Arbeitsplätze zu sichern.

Der Belegschaft versicherte er, daß sie keine Schuld an der jetzigen Situation hätte, sondern sie läge bei der verfehlten Modellpolitik der vergangenen Jahre und an der Weltwirtschaftskrise. Die Modellpolitik sei jetzt aber in Ordnung. Wenn jetzt dieser schmerzliche Schritt überstanden wäre, könne man ruhig in die Zukunft sehen.

Als nächstes legte er das Gift der Spaltung aus: In den anderen Werken hätte man sich beschwert, Wolfsburg sei bei seinem Sanierungsplan zu gut weggekommen, und das sei auch seine Absicht gewesen. Und er sagte auch gleich, warum, wenn auch in verschlüsselten Worten: Die VW-Produkte müßten wieder die alte Qualität erhalten. Das sei eine weitere Voraussetzung, damit es aufwärts geht.

Deutlich geworden ist auf dieser Betriebsversammlung, daß die Arbeiter und Angestellten in Schmücker einen äußerst gefährlichen, weil taktisch gewieften Feind haben.

Eben aus diesem Grunde, wegen seiner Fähigkeiten als Sanierer, ist Schmücker vom Aufsichtsrat des VW-Konzerns verpflichtet worden, bekanntlich mit Zustimmung der Arbeitnehmervertreter. Er hat auf der Betriebsversammlung jede Konfrontation mit der Belegschaft vermieden und sich teilweise der Belegschaft angebiedert, so daß er sogar teilweise Beifall bekam. Allerdings nur dort, wo er recht hat. Nämlich, die Arbeiter und Angestellten trifft keine Schuld an den Auswirkungen des Kapitalismus.

Letztendlich wird ihm das nicht viel nützen, wenn ihm die Belegschaft geschlossen gegenübertritt.

Schmücker ist sich dieser Tatsache vollkommen bewußt. Er sagte auf der Betriebsversammlung, daß er seine Pläne nur mit "Hilfe der Belegschaft" durchsetzen kann. Das Ziel Schmückers ist Überwindung der Krise mit dem einzigen Heilmittel, das es für die Kapitalisten gibt: Profit, Profit und abermals Profit.

Das kann aber niemals auch das Ziel der Arbeiter und Angestellten des VW-Konzerns sein. 25 000 Kollegen auf die Straße gesetzt, abgelöst, rausgedrückt, wegpensioniert; die Übriggebliebenen werden gehetzt durch Erweiterung der Arbeitsgänge, Erhöhung der Stückzahlen und Verkleinerung der Abteilungen. Die Löhne werden gedrückt durch Umsetzungen. Wenn Schmücker das gelingt, hat das VW-Kapital die Krise überwunden, und die Lage der Arbeiter im VW-Konzern hat sich drastisch verschlechtert. Außerdem haben sie die Garantie: Die nächste Krise läßt nicht auf sich warten. Unser Ziel kann deshalb nicht in Überwindung der Krise bestehen, gemeinsam mit den Kapitalisten, sondern nur in Abschaffung dieser Ausbeuterordnung. Dann wird es auch keine Krisen mehr geben. Um dahin zu kommen, heißt es aber, dafür zu kämpfen, daß die Arbeiter und Angestellten in der Krise eine Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen abwehren. Deshalb müssen sie gegen Schmückers Maßnahmen ankämpfen. Schmücker weiß auch, daß ihm schöne Reden von Arbeitern und Kapitalisten mit gemeinsamen Zielen nicht lange helfen. Deshalb versucht er, die Belegschaften einzeln gegeneinander auszuspielen. In Wolfsburg werden die wichtigsten VW-Typen produziert. Deshalb fliegen hier verhältnismäßig weniger Kollegen raus. Da Entlassungen aber nur die eine Seite der Krisenbewältigung, die andere Seite Erhöhung der Ausbeutung ist, will Schmücker die Arbeiter in Wolfsburg größerer Schinderei unterwerfen.

"Erhöhung der Qualität" – Deckmantel der verschärften Arbeitshetze

"Erhöhung der Qualität" heißt das Zauberwort der Kapitalisten. Die Qualität der Volkswagen ist schlechter geworden, weil die Arbeiter immer mehr hetzen müssen. Nach den Rausschmissen höhere Qualität zu fordern, heißt daher: Schinderei bis auf's Blut. Und weil Schmücker auch hier seinen Überredungskünsten nicht traut, stehen als Peitsche die 49 nicht antragspflichtigen Entlassungen pro Monat bereit.

Der Betriebsrat und auch Tyrakowski von der IG Metall haben auf der Betriebsversammlung nicht zur Klärung der Fronten beigetragen. Das liegt daran, daß sie eben davon ausgehen, die Krise zu überwinden sei das gemeinsame Ziel von Arbeitern und Kapitalisten.

Das kommt darin zum Ausdruck, daß sie nicht grundsätzlich gegen Entlassungen sind, sondern nur für weniger Entlassungen. Tyrakowski sagte, man müsse im Kapitalismus leben. Auf dieser Grundlage ist natürlich keine Einheit der Arbeiter gegen die Pläne Schmückers, gegen die drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, möglich, denn was nützt es einem, wenn man weiß, man ist nicht einer von 25 000, sondern von nur 20 000 Arbeitern, die rausfliegen. Dafür wird niemand kämpfen.

In Neckarsulm, Heilbronn und Salzgitter haben die Kollegen den Kampf aufgenommen, daß niemand entlassen wird. Der Betriebsrat wie auch die IG Metall haben es auf der Betriebsversammlung unterlassen, zur Solidarität mit den Kollegen aufzurufen, sondern der Betriebsrat will einen Sozialplan machen. Was nützt es den Arbeitern, wenn sie einen Sozialplan haben, wenn sie hinterher keine Arbeit mehr bekommen?

Auf der Grundlage dieser Politik der IG Metall werden die Arbeiter und Angestellten gegen die Vernichtung ihrer Existenz nicht ankämpfen können. Diese Politik hat mit dazu beigetragen, daß Schmückers Absichten, Verwirrung unter den Arbeitern zu stiften und zu spalten, nicht abgewehrt werden konnten. Demgegenüber haben sich auf der Betriebsversammlung Kollegen gegen die geplanten Entlassungen und gegen die Schließung von Betriebsteilen und ganzen Werken ausgesprochen. Auf dieser Grundlage ist die Einheit aller Belegschaften der VW- und Audi/NSU-Werke gegen die Maßnahmen Schmückers möglich, denn die Solidarität der Arbeiter und Angestellten ist ihre mächtigste Waffe. So kann der erfolgreiche Kampf der Kollegen in einem Werk ausgenutzt werden, die Kampfbedingungen in den anderen Werken zu verbessern. Entlassungen und Betriebsschließungen sind aber nur die eine Seite der Krisenbewältigungspläne der Kapitalisten. Deshalb haben sich die Kollegen dafür ausgesprochen, den Kampf gegen die Erhöhung der Arbeitshetze und gegen Lohnzurückstufungen aufzunehmen. Das sind Schritte auf dem Weg, auf dem die Einheit der Belegschaft hergestellt werden kann gegen die Ruinierung der Arbeitskraft.

H., Betriebszelle VW

8 000 NSU-Kollegen demonstrierten

Die Zeit des Zögerns ist vorbei

Nach der Frühstückspause am Freitagmorgen, den 18.4.1975, kehrten die Kollegen von Audi-NSU Heilbronn und Neckarsulm nicht wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Sie versammelten sich auf den Betriebsgeländen der Werke spontan zu Betriebsversammlungen.



8 000 NSU-Arbeiter marschieren in die Innenstadt von Heilbronn

In Heilbronn: Wir gehen auf die Straße

Das Heilbronner Werk soll geschlossen werden, ebenso das Werk in Neuenstein. So waren es auch die Kollegen in Heilbronn, die in der Diskussion forderten, ihre Enttäuschung aber auch ihren Kampfwillen den Heilbronner Kollegen der anderen Betriebe und der Heilbronner Bevölkerung zu demonstrieren. Kurz vor 10.00Uhr faßten sie die Diskussion zusammen: **"Wir brauchen uns nicht hinter den Werkstoren verstecken, wo uns keiner sieht. Wir gehen auf die Straße. Wir marschieren nach Heilbronn."** Und kurz nach 10.00 Uhr waren sie auf der Straße. Sie zogen in dicht geschlossenem Zug los. Ihr Ziel war klar: Der Marktplatz von Heilbronn, auf dem Oberbürgermeister Dr. Hans Hoffmann (SPD) Rechenschaft ablegen sollte, wie er sich bisher für die Heilbronner Kollegen eingesetzt hat.

"Der Oberbürgermeister soll 'rauskommen"

Die NSU-Kollegen nahmen den Weg über die belebtesten Durchgangsstraßen von Heilbronn. Erst als sie schon fast die Innenstadt erreicht hatten, kamen mehrere Polizeiwagen, um den Zug zu eskortieren. Schon jetzt legten sie den Verkehr weitgehend lahm. Über die Hauptgeschäftsstraßen Heilbronns, die Allee und die Kaiserstraße, zogen sie zum Marktplatz. Die rund 500 Arbeiter und Angestellten des Heilbronner Werkes riefen machtvoll und ausdauernd ihre Parolen.

"Wir wollen Arbeit!" "Das Management entscheidet, wir Arbeiter tragen das Risiko." Die Heilbronner, die zum Einkaufen unterwegs waren, blieben erstaunt stehen oder schlossen sich auf dem Gehweg den demonstrierenden Arbeitern an. Auf dem Marktplatz forderten sie immer wieder lautstark: **"OB her,"** Der Vertreter der IG-Metall, SPD-Stadtratskandidat Albert Utz, mußte seinen Parteifreund Dr. Hans Hoffmann mehrmals über Megaphon auffordern, zu den Kollegen herauszukommen und vor ihnen Rechenschaft abzulegen.

Sehr schnell war dann auch eine Abordnung der Stadtverwaltung auf dem Marktplatz. Der Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung und der Pressereferent der Stadt Heilbronn forderten die NSU-Arbeiter auf, eine Delegation ins Rathaus zu schicken.

Empört wiesen die NSU-Arbeiter dieses Angebot ab, ihre Demonstration zu schwächen. **"Der soll 'rauskommen!" "Lebt der von unserem Geld oder wir von seinem? !"** Das war die Antwort. Schließlich hieß es, der OB sei nicht da.

Der 1. Bürgermeister, Dr. Karl Nägele, kletterte auf eine steinerne Sitzbank, ließ sich von IG-Metall-Sekretär Albert Utz das Megphon halten und begann zu den Arbeitern zu sprechen. Nun ist dieser Mann seit Ende des Krieges Bürgermeister von Heilbronn.

Er ist Beamter und hat sein Leben hinter dem Schreibtisch verbracht. Seine Stimme war dünn und schwach. Trotz Megaphon war er hinten kaum zu verstehen. Genauso dünn wie seine Stimme war auch der Inhalt seiner Rede. *"Ihre Sorgen sind auch die Sorgen dieser Stadt."* Und man wolle helfen, nach den Möglichkeiten und Mitteln, die man habe.

Einige Arbeiter reagierten darauf so: **"Wenn er nichts zu sagen hat, soll er das doch gleich sagen und nicht lange 'rumschwätzen." "Wegen solchen Reden sind wir nicht nach Heilbronn gekommen, die kennen wir." "Der soll mal zu uns ins Werk kommen, da lernt er das Schreien, bei dem Lärm."**

Der Betriebsratsvorsitzende des Heilbronner Werkes, Erich Scherer, und der Vorsitzende der Vertrauensleute forderten mehrmals, die Regierung sollte endlich ihre Hilfspläne aus der Schublade ziehen. Erich Scherer: *"Es reicht nicht, wenn man in Bedauern ausbricht. Wir wollen Taten sehen, auch von der Bundesregierung. Es sind und waren Freunde jener Couleuer von Herrn Carstens, die diese Misere angerichtet haben."*

Über eines sind sich dagegen die meisten Kollegen im klaren: Bisher sind sie verschaukelt worden. Das lange Hinauszögern der Entscheidung des Aufsichtsrats erkennen sie heute richtig als Taktik der VW-Kapitalisten, die sie hinhalten sollte. Sie sind mißtrauisch geworden und haben gelernt.

Die bürgerlichen Politiker werden ihnen keine Antwort geben können, die die Arbeitsplätze sicher macht, die die Krisen verhindert und die Ausbeutung abschafft. Die Funktionäre der SPD und der IG Metall beschwören immer wieder dieses Vertrauen in den bürgerlichen Staat. Aber die Verhältnisse sind anders. Der Kapitalismus kann das Recht auf Arbeit nicht garantieren.

Die Kundgebung auf dem Marktplatz beendete der Vorsitzende der Vertrauensleute mit der Aufforderung, wieder auf der Straße zurück zum Werk zu marschieren. Die umstehenden Arbeiter, mit denen ich während der Kundgebung gesprochen hatte, kauften die KVZ, die ich ihnen anbot. Sie wollten sich über den Streik der VW-Kollegen in Salzgitter und deren Forderungen informieren. Die Notwendigkeit der Solidarität war allen klar. Daß die Kollegen es auch hervorragend verstehen, diese Solidarität ganz konkret zu üben, sollte sich schon eine Stunde später zeigen.

Betriebsversammlung im Werk Neckarsulm
Marsch nach Heilbronn

Die spontane Betriebsversammlung im Werk Neckarsulm war vom Unmut der Kollegen gekennzeichnet. Von den VW-Kapitalisten bisher hingehalten und schließlich ausgespielt, war nun ihre Geduld am Ende. Die SPD- und IG-Metall-Funktionäre, die bisher ihre Aktionen angeführt hatten, kamen diesmal kaum zu Wort.

"Drei Tage haben wir über unsere Situation nachgedacht." "Mit Lippenbekenntnissen können wir nichts anfangen." "Wir entlassen die Politiker nicht aus ihrer Verantwortung." "Wo sind die Herren, die Fehler gemacht haben? Werden die auch so bestraft wie wir? " Die Kollegen wollten auch hier Taten sehen und wußten doch schon, daß sie sich selbst helfen müssen.

In dieser Situation, in der auch von der "unsozialliberalen Koalition" gesprochen wurde, kam über Telefon die Nachricht, daß die Heilbronner Kollegen auf dem Marsch aufs Rathaus seien. Da meinte ein Kollege: *Kollegen, es ist schönes Wetter heute, die Heilbronner Kollegen marschieren auf's Rathaus, machen wir einen Spaziergang."* Und mit dem Ruf **"Wir wollen Arbeit!"** verließen Tausende Neckarsulmer Kollegen der Früh- und Normalschicht das Werk.

Sie marschierten auf die B 27, die Richtung Heilbronn führt. Ihr mehrere hundert Meter langer Zug, der die ganze Breite der Straße forderte, blockierte für vier Stunden diese Hauptverkehrsader, die auch Autobahnzubringer ist.

Die tausende Arbeiter, denen sich auch viele Kollegen der Spätschicht angeschlossen hatten, die von dem Marsch ihrer Kollegen erfahren hatten, marschierten in Richtung Heilbronn.

An der Industrie-Brücke vereinigten sich die beiden Demonstrationszüge der Heilbronner und der Neckarsulmer. Die "Heilbronner Stimme" dazu: *"Es war wie ein Wiedersehen nach langen Jahren. Mit offenen Armen stürzten die beiderseits gleichermaßen von der VW-Radikalkur Betroffenen aufeinander zu. Ein Freudenschrei brach aus, bevor man gemeinsam weiterzog in die Innenstadt, durch die Paulinenstraße, über den Berliner Platz, die Allee, durch die Kaiserstraße. Das war derselbe Freudenschrei, in den schon die Heilbronner Kollegen ausgebrochen waren, als sie kurz vor dem Heilbronner Werk von dem Lautsprecherwagen der Neckarsulmer Kollegen informiert worden waren: 'Kollegen und Kolleginnen! Die gesamte Neckarsulmer Mannschaft ist auf dem Weg nach Heilbronn!' "*

"Wir wollen Arbeit"

Von jetzt an beherrschte eine Parole die inzwischen rund 8 000 demonstrierenden Arbeiter: **"Wenn unter uns Solidarität besteht, es mit unserer Sache aufwärts geht."** Die Straßen der Innenstadt Heilbronns gehörten nun ganz den NSU-Kollegen. Von den Wänden der Geschäftshäuser und Banken hallte der tausendfache Ruf zurück: **"Wir wollen Arbeit!"**

Der riesige Demonstrationszug, der zur größten Demonstration seit 30 Jahren in Heilbronn geworden war, zog auch wieder am Rathaus vorbei. Hier hatte sich der Neckarsulmer OB Dr. Klotz (SPD) eingefunden. Aber die NSU-Kollegen machten diesmal nicht halt. Sie hatten genug von den Reden.

Stattdessen zogen sie ins Heilbronner Industriegebiet, Richtung Werk Heilbronn. Die Kolleginnen und Kollegen der Werke in der Weipertstraße wurden zur Solidarität aufgefordert: **"Heute wir, morgen ihr."** Für die Arbeiter in der Weipertstraße macht sich die Krise besonders bemerkbar. Die Firma Weipert hat ihre Produktion eingestellt, dort mußten die Kollegen um einen Sozialplan kämpfen. Jetzt soll in derselben Straße das Audi-NSU-Werk Heilbronn geschlossen werden.

Als sich die Neckarsulmer und Heilbronner NSU-Kollegen voneinander trennten, war ihnen klar, daß auch diese inzwischen dritte Arbeitsniederlegung nicht das Ende ihres Kampfes bedeutet. Sie verabschiedeten sich mit den Rufen: **"Bis zum nächsten Mal!"**

Im Neckarsulmer Werk waren viele Kollegen der Spätschicht schon im Werk, als ihre Kollegen der Früh- und Normalschicht zurückkamen. Jetzt wurde kurz die Besetzung des Werkes diskutiert. Der Ausstand wurde weitergeführt. Die Spätschicht nahm die Arbeit nicht auf.

Werk Neuenstein

Im Werk Neuenstein von Audi-NSU legten die Kollegen der Normalschicht am Nachmittag die Arbeit für zwei Stunden nieder. Über dem Werk hißten sie die schwarze Flagge. Kurz vor 16.00Uhr marschierten auch die rund 250 Kollegen des Neuensteiner Werkes aus dem Werkstor und durch die Stadt. Sie forderten von dem Landrat Susset Rechenschaft. R.

Filbinger hat Schiss

Filbinger sagte Einweihung ab

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, sagte kurz nach der Demonstration der Audi-NSU-Kollegen seine Teilnahme an der Einweihung der Sulmdole ab. Mit der Sulmdole , einer großen Röhre, wird das Hochwasser des Flusses abgefangen. Die NSU-Kollegen, mit denen ich sprach, waren sich einig: "Der Filbinger hat Schiß". Der Vertrauensleutekörper hatte die Kollegen aufgefordert, am Sonntag zur Einweihung zu gehen.

Auf dem Parkplatz hinter dem Tor 2 des Neckarsulmer Werkes versammelten sich einige Tausend Menschen. Die Reden von OB Dr. Klotz und Wirtschaftsminister Eberle waren sich in einem Punkt einig: Sie halten das "marktwirtschaftliche System" für fähig, die Arbeitsplätze bei NSU zu erhalten und die Krise zu überwinden. Daß die NSU-Arbeiter von solchen Reden nicht mehr viel halten, wurde deutlich, als sie überhaupt nicht reagierten. Auch der Lokaltermin, der vorher vom Süddeutschen Rundfunk im Casino veranstaltet wurde, konnte diesen Eindruck nicht verbessern. Im Gegenteil, die Wut über die Worte stieg. Die Erkenntnis, daß der bürgerliche Staat nicht das neutrale Organ über den Interessen der Klassen ist, mehren sich. Der Schreiber der Stuttgarter Zeitung, Dr. Schlossareck, der auf dem Podium an der Diskussion teilnahm, drückte das so aus: "Die große Frage ist nun, wie glaubwürdig das ist, was hier gesagt wurde." R.

Betriebsratswahlen Bremer Vulkan-Werft

Ein Schritt vorwärts

Bremen. Am Mittwoch, den 16. April, fand beim Bremer Vulkan die Betriebsratswahl statt. Dabei ist die Belegschaft einen Schritt vorangekommen.

Wählbar waren 5 Kollegen aus dem Angestelltenbereich und 24 Kollegen aus dem gewerblichen Bereich. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser ist mit zwei Dritteln aller Stimmen bestätigt worden. Im gewerblichen Bereich kamen 12 Kollegen neu in den Betriebsrat. Unter diesen 12 Kollegen sind 6 türkische Kollegen. Ein türkischer Kollege wurde mit 1 100 Stimmen von 5 000 Stimmen gewählt. Von den 6 anderen sind zwei Genossen des KBW, die Genossen Bachmann und Elster, die auf Platz 21 bzw. 23 kamen. Von den 12 Kollegen, die nicht wieder in den Betriebsrat kamen, besteht die Mehrheit aus Sozialdemokraten, zum Großteil Mitglieder, die zum rechten Flügel gerechnet werden müssen bzw. inzwischen in die Betriebshierarchie eingeschmolzene Postenjäger. Im gewerblichen Bereich verfügt die Sozialdemokratie von 24 Betriebsräten nur noch über fünf bis sechs Mitglieder, die zum festen Kern der SPD-Betriebsgruppe zu rechnen sind.

Im Angestelltenbereich stellen sie vier von fünf Mitgliedern, also weiterhin die politisch vorherrschende Kraft. Insgesamt haben die fortschrittlichen Kräfte im Betrieb in dieser Wahl einen kräftigen Schritt nach vorne getan. So sind im Betriebsrat 2 Genossen unserer Organisation, Heinz Scholz, Mitglied der Gruppe Rote Fahne (KPD), und eine ganze Reihe klassenbewußter Kollegen, die bei einer richtigen Massenlinie der Kommunisten eine knappe Mehrheit von 15 bis 18 Kollegen von insgesamt 29 zustandebringen können.

Die nächstnachfolgenden Ersatzmitglieder sind zu den fortschrittlichen Kräften zu rechnen, darunter der Genosse Koldehofe, Mitglied unserer Organisation und auf Platz 28 bei den Gewerblichen. Von den vier aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kollegen sind also drei in den Betriebsrat gewählt worden, einer steht auf der Nachrückliste.

Die ÖTV-Kreisdelegiertenwahlen vorbereiten

Im Herbst finden in der Gewerkschaft ÖTV Kreis-Delegiertenkonferenzen statt, die die Gewerkschaftspolitik für die nächsten vier Jahre am Ort bestimmen, die jeweiligen Kreis-Vorstände wählen und Anträge für den ÖTV-Gewerkschaftstag – dem höchsten ÖTV-Organ – stellen.

Diese Konferenzen und die damit verbundenen Delegiertenwahlen müssen unbedingt wahrgenommen werden, um eine klassenkämpferische Politik in den Gewerkschaften voranzubringen.

In der Behörde des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Bremen, wurden auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung acht Anträge von mehreren Kollegen vorgelegt. Diese Anträge sollen alle Vertrauensleute mit ihren Kollegen diskutieren (möglichst in Abteilungsversammlungen), um sie dann schließlich in einer Mitgliederversammlung verabschieden zu lassen. In den Anträgen wird gefordert: 6 Wochen gesetzlich abgesicherter Urlaub, gesetzliches Verbot von Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Systeme (z.B. Prämiensystem für Schreibdamen), Abschaffung des besonderen Dienstrechts und Streikrecht für Beamte, Abschaffung des § 218, Lohnforderungen in Mark und Pfennig, Kündigung des Schlichtungsabkommens. Weiterhin sind Anträge zum Gewerkschaftsbeitrag und zur Jugendarbeitslosigkeit in der Diskussion. Um die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit zu untersuchen und Forderungen davon abzuleiten, ist auf der Mitgliederversammlung eine gewerkschaftliche Arbeitsgruppe gegründet worden. In den nächsten Wochen gilt es, die Anträge zu Forderungen aller Kollegen zu machen und sie auf dem 1.Mai zu erheben.

Betriebszelle der Behörde des Senators für Bildung, Wissenschaft u. Kunst

Vorbereitung zum 1. Mai

ÖTV-Betriebsgruppe Kernbereich gegen Anhörungsverfahren und politische Unterdrückung im öffentlichen Dienst

Frankfurt. Die Vorbereitung zum 1. Mai und der Protest gegen die politische Unterdrückung im öffentlichen Dienst stand im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Universität Kernbereich vom 18.4.

Trotz der ungünstigen Zeit (Freitag nach Dienstschluß), die durch die Verweigerung der Dienstbefreiung durch den Präsidenten erzwungen war, waren etwa 45 Kollegen anwesend. Zur DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit am 19.4., zu der der Vertrauensleutekörper schon aufgerufen hatte, wurde beschlossen, gemeinsam mit einem Transparent teilzunehmen.

Um eine breite Beteiligung der Kollegen an der 1. Mai-Demonstration zu erreichen, haben wir ein Flugblatt diskutiert und verabschiedet, mit dem unter den Kollegen für eine breite Teilnahme mobilisiert werden soll.

Darin wird die Bedeutung des 1. Mai für die gesamte werktätige Bevölkerung dargelegt und werden die Parolen entwickelt, unter denen unsere Betriebsgruppe am 1. Mai 1975 demonstrieren wird:

"– Uneingeschränktes Streikrecht und freie politische Betätigung im öffentlichen Dienst!
– Weg mit den Berufsverboten und den Anhörungsverfahren!
– Gegen die Verschärfung der Arbeitshetze, gegen Rationalisierung auf Kosten der Arbeitnehmer!
– Weg mit dem § 218!"

Gegen die zur Zeit verstärkt laufende Gesinnungsschnüffelei und Disziplinierung von Universitätsbediensteten durch Anhörungsverfahren und Berufsverbote wurde eine Resolution verabschiedet, in der unter anderem "die sofortige Einstellung der Anhörungsverfahren und die sofortige Einstellung aller Bewerber sowie die Vernichtung der Unterlagen des Verfassungsschutzes aus den Personalakten" gefordert wurde. Des weiteren wurde beschlossen, gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) alle Tutoren und Hiwis (wissenschaftliche Hilfskräfte) zu einer Protestversammlung zusammenzurufen und die konkreten Maßnahmen zu beraten sowie mit der ÖTV-Arbeitsgemeinschaft Gerichtsreferendare eine Veranstaltung zu den Berufsverboten und zur Disziplinierung im öffentlichen Dienst durchzuführen.

Für 1. Mai - Demonstration

Bremen. Die Jugendgruppe der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuß (NGG) verurteilte in ihrer Sitzung am 8.4.1975 den Beschluß der NGG-Delegiertenversammlung und des DGB-Kreisvorstandes, am 1. Mai keine Demonstration durchzuführen.

Sie stellte in einer Resolution fest, daß es gerade in der Krise nötig ist, am 1. Mai die zersplitterten Kämpfe zusammenzufassen.

Die Empörung über das Zustandekommen der Beschlüsse war groß. So wurde der 1. Mai bei uns auf die Tagesordnung gesetzt, als im Kreisvorstand schon alles gelaufen war.

Die Resolution endete mit der Aufforderung an den DGB-Kreisvorstand und die NGG-Delegiertenversammlung, in Zukunft für eine machtvolle Mai-Demonstration einzutreten.

Spenden für Streikende in Erwitte

Landau. Auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik in Landau kam es zu einer spontanen Spendenaktion zugunsten der Belegschaftsmitglieder der Portland-Zementwerke in Erwitte bei Lippstadt. Zugleich erklärten sich die Vertrauensleute in einer Resolution solidarisch mit den Portland-Arbeitern in deren Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze.
(nach "Rheinpfalz", 18.4.1975)

Solidarität mit den Streikenden

Als die Teilnehmer der DGB-Kreise Lippe und Paderborn an der DGB-Jugenddemonstration in Dortmund am 19.4. am Samstagmorgen bei den Kollegen im Werk vorbeifuhren, um ihre Solidarität mit dem Kampf der Kollegen auszudrücken, erklärten die: **"Wir werden hier nicht eher weichen, bis wir siegen."** Bei dieser Kundgebung wurde viel gespendet, ebenso wurden tausende Zementsäckchen, die die IG Chemie für einen Solidaritätspreis verkauft, vertrieben.

Kassel: Kollegen des Arbeitskreises "Sozialpolitik" IG Metall für die Henschel-Betriebe spendeten 87 DM für die streikenden Kollegen bei Seibel/Erwitte.

Arbeitslose müssen Mitglieder der Gewerkschaft werden können

Auf seiner letzten Sitzung vom 11.4.1975 forderte der Ortsverband 5 (Emsbüttel) der IG Bau Steine Erden eine Erweiterung des § 3, Absatz 1 der Satzung. Dieser Paragraf legt fest, wer Mitglied der Gewerkschaft werden kann.

Bisher war nicht ausdrücklich festgelegt, daß auch arbeitslose Kollegen Mitglied der Gewerkschaft IG Bau Steine Erden werden können. Es war sogar vorgekommen, daß arbeitslosen Bauarbeitern die Aufnahme in die Gewerkschaft verweigert wurde.

Der Ortsverband forderte deshalb, daß auch Mitglied werden kann, wer in der betreffenden Branche, die die IG Bau Steine Erden organisiert, vor einer entstandenen Arbeitslosigkeit beschäftigt war.

Die Erweiterung der Satzung wurde einstimmig angenommen und vor allem damit begründet, daß die Gewerkschaft auch arbeitslose Kollegen organisieren muß, damit die Arbeitslosen von den Kapitalisten nicht als Lohndrücker eingesetzt werden können. Hingewiesen wurde auch darauf, daß sich jetzt schon Organisationen für Arbeitslose bilden, welche die Spaltung der Arbeiter herbeiführen wollen.

„Bille" ist wieder da

26 entlassen – gleiche Arbeit für die übrigen

Das Anzeigenblatt "Bille", das Anfang des Jahres weggegangen war, ist wieder als fester Auftrag bei Auer-Druck. Wegen des Weggangs der "Bille" waren damals 26 Kollegen entlassen worden.

Schon ohne die "Bille" hatten die übriggebliebenen Kollegen soviel zu tun, daß sogar die Schichtführer und Abteilungsleiter mit ran mußten und sogar Überstunden und Doppelschichten gemacht haben.

Als jetzt bekannt wurde, daß die "Bille" zurückkommt, haben die Kollegen gesagt: "Dann müssen die entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden."

Nun hat sich die Geschäftsleitung etwas ganz Schlaues einfallen lassen. Sie sagt, sie müsse prüfen, ob sie die "Bille" behalten will und dafür eine Buxtehuder Zeitung abgeben will oder ob sie die Buxtehuder behalten will und die "Bille" wieder weggeben will. Für das Prüfen seien zwei Wochen erforderlich, in denen noch beide Blätter hergestellt werden.

Der Betriebsrat hat das unterstützt und sozusagen für zwei Wochen den "Notstand" ausgerufen. Das heißt, alle Kollegen sollen Überstunden machen, die freien Tage fallen weg (das heißt es soll 14 Tage durchgearbeitet werden) und es werden erst einmal keine neuen Kollegen eingestellt.

Die Geschäftsleitung hat dieses Vorgehen gegenüber den Kollegen erst einmal durchsetzen können, indem sie einzeln die Kollegen bearbeitet hat.

Aber eins muß doch dabei klar sein:

Die Geschäftsleitung will in diesen zwei Wochen nur herausfinden, wieviel sie den Kollegen aufhalsen kann. Und das heißt, daß sie die Absicht hat, keine neuen Kollegen einzustellen und trotzdem beide Blätter herstellen zu lassen, denn Auer kann sich das gar nicht leisten, eins der Blätter wegzugeben, denn er braucht den Profit!

–Auer/Bauer-Zelle, Hamburg–

GEW-Versammlung Hessen

Beschlüsse gegen die politische Unterdrückung

Auf der hessischen Vertreterversammlung der GEW im März war es gelungen, zur Behandlung der Sachanträge eine eintägige Fortsetzung am 16. April durchzusetzen. Bereits im März war der neue Landesvorstand gewählt worden, wobei alle fortschrittlichen Kollegen herausgewählt worden waren. Dieser neue Landesvorstand soll garantieren, daß in der GEW die Regierungspolitik in Hessen umgesetzt werden kann.

Diese Regierungspolitik sieht so aus, daß schon zum 1. Februar 300 Referendare nicht in den Schuldienst übernommen wurden, zum 1. August werden weitere 600 auf der Straße stehen. Deswegen hatte die Mehrheit des Kongresses beschlossen: "Der von der Landesregierung vorgelegte Personalentwicklungsplan muß zurückgenommen werden, da er alle bildungspolitischen Reformvorhaben, jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer und Lernbedingungen der Schüler blockiert."

Diese Ablehnung des Regierungsplanes ließ den Vorstand nicht ruhen. In letzter Minute peitschte der Vorsitzende mit knapper Mehrheit eine Entschließung durch, die Stellung nimmt zur Regierungsvereinbarung von SPD und FDP. In der Entschließung heißt es: "Die GEW begrüßt die präzise Festlegung: 'Der Personalentwicklungsplan des Landes Hessen ist unverzüglich, spätestens bis zur Mitte des Jahres 1975, durch einen spezifizierten Lehrerbedarfsplan zu ergänzen'."

Hier wird – im Gegensatz zum ersten Beschluß – der Personalentwicklungsplan des Landes Hessen, der Lehrerarbeitslosigkeit plant, als Grundlage hingenommen.

Zum Thema Beamtenrecht und Berufsverbote wurden gegensätzliche Beschlüsse gefaßt. Unter Führung von Professor Abendroth hatte eine Reihe von Kollegen beantragt, daß der Ministerpräsidentenbeschluß gegen "Radikale im öffentlichen Dienst" aufgehoben und der Sondergesetzentwurf abgelehnt werden soll, weil sie "verfassungswidrig" seien.

Diese Berufsverbotepolitik und politische Unterdrückung im öffentlichen Dienst wird aber gerade auf der Grundlage des Beamtenrechts und der Verfassung durchgeführt. Die Abwehr dieser Politik kann unter Berufung auf das Grundgesetz gerade nicht geführt werden.

Wie der Kampf gegen die politische Unterdrückung im öffentlichen Dienst richtig angegangen wird, kam dagegen in einem weiteren Beschluß zum Ausdruck:

Der Kongreß stellte die Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung auf, ferner forderte er das uneingeschränkte Streikrecht für alle Beschäftigten und gab den Auftrag, auf ein einheitliches Arbeitsrecht für alle Lohnabhängigen hinzuarbeiten (was die Forderung nach Abschaffung eines besonderen Dienstrechtes für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten einschließt).

Bezüglich der Referendarausbildung wurde das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Einstellungsvoraussetzung ausdrücklich abgelehnt.

Mit Rücksicht auf die steigende Zahl arbeitsloser Lehrer hat der Kongreß die Anerkennung der nichteingestellten Referendare, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen als Arbeitslose nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefordert.

Angesichts der Regierungspläne, die Arbeitszeit der Lehrer zu erhöhen, obwohl sie an der Arbeitszeitverkürzung für den öffentlichen Dienst vom Herbst 1974 gar nicht teilhatten, reagierte der Kongreß offensiv: Er beschloß die Forderung: Jeder Lehrer eine Stunde weniger, keiner mehr als 26 Stunden!

Bei der Haushaltsberatung war nach erbitterten Gefechten ein Antrag beschlossen worden, der seit nahezu zehn Jahren vergeblich gestellt war: Künftig wird bei allen Fahrten im Rahmen der Landesverbandstätigkeit statt der 1. Klasse nur noch die 2. Klasse abgerechnet. Unter den Delegierten kursierte sofort das unzutreffende Gerücht, der neue Landesvorstand sei zurückgetreten, da er unter falschen Voraussetzungen gewählt worden sei.

–V.–

Streikende Zementarbeiter in Erwitte:

„Wir halten durch"

Paderborn. Die sogenannte Sühneverhandlung im Streikkampf der Belegschaft Seibel und Söhne vor dem Paderborner Arbeitsgericht ist am Freitag, dem 18.4., gescheitert. In einer Sühneverhandlung wird versucht, zunächst ohne ein Urteil zu einer Einigung zu kommen.

Um 11.30 Uhr morgens war der kleine Verhandlungssaal schon völlig überfüllt, weil abgesehen von dem im besetzten Werk ausharrenden Notdienst die Belegschaft von Seibel und Söhne sowie ein Großteil ihrer Familien vollzählig nach Paderborn gekommen waren. Außerdem war eine größere Zahl der Sympathisanten der Streikenden aus Paderborn erschienen. Unter diesen Bedingungen war es dem Anwalt Seibels, Rechtsanwalt Klein, schon zu Anfang recht mulmig und er wies den Richter sofort darauf hin, er solle bei einer Störung den Saal räumen lassen.

Unter dem Gelächter der Zuschauer erklärte er, daß der Kapitalist Seibel selber nicht erschienen sei, da er nicht für seine Sicherheit garantieren könne. Seibel halte sich aber in Paderborn auf und würde kommen, wenn es nötig sei. Ein Kollege: "Vielleicht hat er sich beim Erzbischof versteckt."

Dann erklärte der Anwalt, von seiner Seite aus sei die Sache klar, die Kündigungen seien rechtmäßig und die Besetzung müsse sofort beendet werden. Der Vertreter der Belegschaft, der Rechtssekretär der IG Chemie, Hinninghofen, machte deutlich, daß Seibel hier Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, also zum Beispiel Anhörung des Betriebsrates, Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder, übergangen habe. Als der Vertreter Seibels auf seiner Position beharrte, ließ der Richter Seibel persönlich vorladen. Gegen Mittag erschien er, schaute in die Runde, grinste zynisch die Belegschaft an und machte es sich neben seinem Anwalt bequem. Den Kollegen kochte die Wut im Bauch. Ein Kollege flüsterte: **"Aufhängen sollte man den Hund."** Als Seibel gefragt wurde, wie es weitergehen könne: *"Keine Einigungsmöglichkeit, weil die Betriebsbesetzung erfolgt ist. Es liegt nichts drin."*

Als er vom Arbeitsrichter gesagt bekam, bei den Kündigungen ein wenig zu forsch vorgegangen zu sein – er hatte sogar die Schwerbeschädigten gefeuert – , meinte er nur zynisch: *"Aber nein! Da haben wir uns große Sorgfalt gemacht!"* Vorschläge habe er keine, eventuell "Denkmodelle" wie dieses: 20 Leute könnten möglicherweise in der Packerei arbeiten, damit der Zement, der noch auf Lager ist, abtransportiert werden könne, aber nur, so schränkte Seibel ein. *"solche Leute, die nicht wild gestreikt haben. Prokuristen und Obermeister."* "Die Arschkriecher", wie ein Kollege treffend bemerkte. Als der Gewerkschaftssekretär klarmachte, daß es hier um die Arbeitsplätze von über hundert Menschen gehe und deren Familien, antwortete Seibel grinsend: *"Ja, wir denken doch die ganze Zeit an die Menschen."* Die Kollegen konnten sich **bei diesem Satz nur mit Mühe zurückhalten.** Seibel: *"Wir lassen uns von der Gewerkschaft nicht zwingen. Wir geben schon soviel nach. Räumen lassen, den wilden Streik beenden, dann kann man verhandeln."* Aber mit dem jetzigen Betriebsrat, der seiner Meinung nach "die Treuepflicht verletzt" habe, werde er natürlich nicht verhandeln.

Doch die Kollegen im Saal ließen sich darauf nicht ein. Als der Arbeitsrichter ihnen im Ernst vorschlug: *"Sie können ja für vier Tage die Werksbesetzung aufgeben, und wenn es dann nichts wird, können Sie wieder das Werk besetzen"*, sagte ein Kollege darauf: **"Das hätte der Hund (Seibel) sich so gedacht. Keinen Zentimeter rücken wir vom Werksgelände. Wenn wir das machen, sind wir weg vom Fenster."**

Die Belegschaft machte klar, daß sie bereit sei, einen Notdienst zum Abtransport des Zements einzurichten und daß sie daran interessiert sei, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Der Betriebsrat meinte, man wäre dazu bereit, über einen "Abbau der Beschäftigten im Rahmen der Altersgrenze" und unter Abschluß eines Sozialplans zu verhandeln, worauf Seibel verblüfft seinen Anwalt fragte: *"Sozialplan? Was ist denn das?"*

Das Ende vom Lied war, daß Seibel keinerlei Zugeständnisse machen wollte. Am 30.4. wird die Hauptverhandlung stattfinden über die Kündigungen der Kollegen. **Die Belegschaft ist fest entschlossen, den Kampf solange zu führen, bis ihre Arbeitsplätze gesichert sind.**

Druckerei Stalling Oldenburg

Bei Arbeitshetze und Verschleiss weit vorne

Oldenburg. Bei der Druckerei Stalling, einem Betrieb mit 600 Beschäftigten, liegt der Krankenstand gegenwärtig bei 14,3 %. Das hat die Geschäftsleitung der Gerhard Stalling AG jetzt in einem "Informationsblatt" "Stalling aktuell" verlauten lassen und sie hat wissen lassen, daß ihr das nicht paßt .

Wenn man die Verhältnisse in den letzten Monaten bei Stalling kennt, kann man leicht erkennen, woran es liegt, daß ständig so viele Kollegen krank sind.

Bei Stalling wurde bereits im Frühjahr 1974 in der Offsetdruckabteilung eine Produktionserhöhung von über 20 % durchgeführt: Die Drucker mußten ihre Maschinen von ca. 5 000 Bogen pro Stunde auf ca. 6 000 bis 6 500 Bogen pro Stunde fahren. Eine Erhöhung des übertariflichen Lohnes wurde den Kollegen versprochen – bis heute jedoch nicht bezahlt.

Auch in den anderen Abteilungen wurde die Arbeitshetze gesteigert. Das gab die Geschäftsleitung auf der letzten Betriebsversammlung selbst zu. Sie gab bekannt, daß Stalling die zweitbeste Produktivität hat, im Vergleich mit den anderen bundesdeutschen Druckereien gleicher Größenordnung.

Diese Produktivitätssteigerungen, bei nicht veränderter Maschinenausstattung, konnte durchgesetzt werden, weil die Kollegen jetzt ständig den Verlust ihres Arbeitsplatzes befürchten müssen. Die Kurzarbeit, die Anfang 1975 durchgeführt worden ist, trug noch zur Verstärkung der Unsicherheit unter den Kollegen bei, obwohl vom Betriebsrat in Verhandlungen erreicht worden war, daß die von Kurzarbeit betroffenen Kollegen **keine** Lohneinbuße hinnehmen mußten.

Die Arbeitshetze, die immer weiter verstärkt wurde, wirkt sich zwangsläufig auf die Gesundheit aus. Kein Wunder also, daß Stalling auch im Vergleich mit anderen Druckereien an der Spitze steht.

Da bei einem so hohen Krankenstand" Profite eingebüßt werden, zielen die neuerlichen Angriffe der Geschäftsleitung auf die kranken Kollegen. Eingeleitet werden diese Angriffe mit dem Informationsblatt "Stalling aktuell", in dem u. a. steht: "Mit einiger Sicherheit können wir allen Mitarbeitern sagen, daß wir uns über Kurzarbeit vorläufig nicht zu unterhalten brauchen, wenn wir bereit sind, dort zu helfen, wo die Beschäftigungslage unseren Einsatz zur Erfüllung der vorgegebenen Abliefertermine erfordert. Erschwerend wirkt, daß wir gegenwärtig gezwungen sind, Nachbindungen in den unterschiedlichsten Bindequoten vorzunehmen. In dieser Situation kommt jeder Fehlstunde, jedem Fehltag, aus welchen Gründen auch immer er entstehen mag, eine dem Arbeitsablauf hemmende Bedeutung zu.

Wir alle müssen wissen, daß ein Krankenstand von 14,3 % auch nicht durch die Schaffung einer Personalreserve zu überbrücken ist. Diesen Krankenstand verzeichneten wir im Februar 1975. Wir werden ihn noch genauer untersuchen und zu gegebener Zeit gesondert darauf zurückkommen.

Bestimmt aber, und soviel muß dazu gesagt werden, paßt ein derart hoher Krankenstand nicht in unsere betriebliche Situation."

Die Geschäftsleitung hatte gehofft, mit diesen schön formulierten Sätzen an das Gewissen der Kollegen appellieren zu können. Das ist ihr nicht gelungen. Alle Kollegen, mit denen wir bisher darüber sprachen, waren sauer über das Schreiben. Es wird sicher Thema der nächsten Betriebsversammlung sein, wo auch die Frage der innerbetrieblichen Lohn- und Arbeitssituation erörtert werden muß.

Der Zusammenschluß der Kollegen und die Aufnahme des Kampfes gegen verstärkte Arbeitshetze und Rationalisierung ist notwendig. Bei Stalling bieten sich dazu gute Möglichkeiten, denn der Unmut der Kollegen wächst.

Betriebsaufbauzelle
Stalling Oldenburg

„Jetzt krank sein, heisst stempeln gehen"

Ludwigsburg. In jeder Krise verringert sich der Krankenstand in den Betrieben. Bedeutet das, daß die Kollegen nicht mehr so oft "blau machen" wie sonst, wie das von den Kapitalisten und der bürgerlichen Presse dargestellt wird? Keineswegs. Es ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die die Kollegen zwingt, trotz Krankheit weiterzuschuften – buchstäblich bis zum Umfallen.

Ich selbst kann das bei meiner Arbeit im Krankenhaus (chirurgische Station) zur Zeit sehr gut verfolgen. In letzter Zeit häufen sich die sogenannten akuten Fälle: Patienten, die ihre Krankheit nicht rechtzeitig behandeln ließen, bis sich ihr Gesundheitszustand so weit verschlechterte, daß sie direkt vom Arbeitsplatz weg ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Zwei Patienten sprach ich darauf an, warum sie nicht schon früher ins Krankenhaus gekommen seien, und erhielt die Antwort "Jetzt krank sein, bedeutet doch stempeln gehen". Der eine ist Lastwagenfahrer. Er zog sich durch das ständige Sitzen im Fahrzeug eine Krankheit zu. Er hätte ins Krankenhaus müssen. Doch nachdem sein Chef ihm angedeutet hatte, daß er in einem solchen Fall mit Entlassung zu rechnen habe, war der Kollege gezwungen, weiter seine 60 bis 70 Stunden in der Woche zu fahren. Ein gutes halbes Jahr später mußte er dann eingeliefert werden. Nach fünf Tagen – der Kollege lag noch im Krankenhaus – erhielt er seine Papiere. Offizieller Grund der Entlassung: Produktionsverlagerung ins Ausland!

Dem anderen Kollegen, einem Griechen, erging es noch schlimmer. Ihm war schon vor der Einlieferung ins Krankenhaus gesagt worden, daß er nach der Genesung nicht mehr in den Betrieb zu kommen brauche. Er sieht jetzt mit Schrecken seiner Entlassung aus dem Krankenhaus entgegen. Da er erst einige Monate in der Bundesrepublik ist, muß er mit Ausweisung für sich und seine Familie rechnen, wenn er nicht sofort wieder neue Arbeit findet.

E., Kreiskrankenhaus Ludwigsburg

„Mit dem Türken kann man ja nicht spielen"

Suayip ist ein türkischer Junge in der 3.Klasse einer Göttinger Grundschule. Die bestehende türkische Schule hat ihn weggeschickt, weil er angeblich ausreichende Deutschkenntnisse hat. In der Grundschule kommt Suayip nicht mit, weil er eben nicht genug deutsch kann, um den Unterricht zu verstehen. Außerdem fehlt ihm das Wissen des 1. und 2.Schuljahres. Jetzt soll Suayip auf die Sonderschule.

Durch diese Bedingungen ist Suayip natürlich in der Klasse isoliert. Die anderen können schlecht mit ihm spielen, weil er sie nicht versteht.

Folgender kleiner Vorfall zeigt deutlich, daß unter solchen Bedingungen das Selbstwertgefühl der ausländischen Kinder völlig zerstört wird: Wir fragten Suayip, ob er Türke sei. Als er entschieden verneinte, fragten wir ihn, woher er komme. Er sagte, er wisse es nicht.

Der bürgerliche Staat hat es durch seine Schule hier geschafft, Suayip völlig zu isolieren. Er hat jegliche Achtung des Kindes vor den Leistungen seines Volkes so weit zerstört, daß der Junge sich schämt, Türke zu sein. Gleichzeitig hat der Staat alles getan, um eine Einbeziehung des Jungen in eine deutsche Schulklasse zu verhindern.

Suayips Eltern schuften hier für westdeutsche Kapitalisten und deren Profite. Dafür verweigern die Kapitalisten und ihr Staat dem Kind sogar die minimalste Schulbildung. So schaffen sie sich glänzende Voraussetzungen für Kinderarbeit, billige und unqualifizierte Hilfsarbeiter und ein Arbeitslosenheer, das als Streikbrecher günstig einzusetzen ist.

Gegen solche Verhältnisse nützt kein Nachhilfeunterricht für Suayip, sondern hier müssen deutsche und ausländische Arbeiter gegen die Zustände kämpfen, durch die die Kapitalisten sie spalten wollen. Für diesen Kampf halte ich die Forderung des KBW für geeignet: Die Ausländer haben ein Recht darauf, daß ihre Kinder in der Heimatsprache ausgebildet werden und Deutsch als Fremdsprache lernen. Gleichzeitig haben auch diese Kinder das Recht auf eine unentgeltliche und obligatorische Bildung bis zum 18. Lebensjahr, wo ihnen die theoretischen und praktischen Grundlagen für alle Hauptzweige der Produktion vermittelt werden. Der Kampf für diese Forderungen kann deutsche und ausländische Arbeiter enger zusammenschmieden und das ist es, worauf es ankommt.

–K., Göttingen–



Die älteren Frauen werden besonders häufig auf die Straße geworfen

Wir Rentner leben nicht

Die älteren Frauen werden besonders häufig auf die Straße geworfen

„Wir Rentner leben nicht, wir vegetieren"

Ich habe vor kurzer Zeit zum ersten Mal die Kommunistische Volkszeitung in die Hand be kommen. Ich habe sie studiert und bin dabei auf den Artikel zum 18.Rentenanpassungsgesetz gestoßen, in dem nachgewiesen wird, daß dies Gesetz der Masse der Sozialrentner nichts nützt.

Dies entspricht der vollen Wahrheit, und ich möchte meine eigenen Erfahrungen dazu beitragen und für viele Rentner sprechen.

Ich selbst bin eine 65-jährige Rentnerin und bekomme im Monat 38o DM Rente. Unter dem Strich bleiben mir 139 DM für Essen, Trinken und Kleiden. Das reicht bei der allgemeinen Teuerung hinten und vorne nicht. Ich kenne Rentner, die sich in der Straßenbahn und bei Spaziergängen gegenseitig anpumpen müssen, um sich überhaupt einen Kaffee leisten zu können. Das ist entwürdigend.

Welche Mittel der Staat anwendet, um auch an den Renten zu sparen und sich zu sanieren, zeigt mein Beispiel:

Ich habe 46 Jahre volltags gearbeitet, von 1924 bis 1970, habe meine Arbeitskraft hergegeben, um wie alle anderen Werktätigen die Reichtümer dieser Gesellschaft zu produzieren. Jetzt, da ich nicht mehr arbeiten kann und auf die staatliche Versorgung angewiesen bin, werden mir aber diese 46 Jahre nicht im vollen Umfange angerechnet.

1939 habe ich mich von der Versicherung auszahlen lassen, was viele angesichts des drohenden Krieges taten, und weil sie nicht bereit waren, das Hitler-Darlehen anzunehmen. Das rechnet mir der heutige Staat noch mit Vergnügen an. Das heißt, es gehen mir 12 Versicherungsjahre verloren, von 1927 bis 1939. Das hätte eine monatliche Mehrrente von 40 DM ausgemacht. Aber damit nicht genug. Es gehen mir weitere 5 Jahre dadurch verloren, daß ich unter dem Faschismus in der Landwirtschaft arbeiten mußte, weil ich nicht wie kinderlose Ehefrauen in der Stadt in der Rüstungsproduktion arbeitete. Alle Frauen in der Stadt mußten das zwangsweise tun. Da die Arbeit in der Landwirtschaft, die ich verrichten mußte, steuerfrei war, fiel dadurch, ob ich wollte oder nicht, der Versicherungsbeitrag flach. Auch diese zwangsweise Ausfallzeit ersetzt mir der Staat nicht in der Rentenberechnung.

Der Staat hat aber noch andere Tricks, die Rentner zu drücken: Durch das Leid zweier Weltkriege und die damit verbundenen Krankheiten, haben wir fast alle Kuren zur Genesung machen müssen. Alle Kuren aber, die in den letzten 10 Berufsjahren in Anspruch genommen wurden, werden ebenfalls als Ausfallszeit von der Rente abgezogen. Krankheiten darf man sich nicht leisten! Aber, haben wir den Krieg gewollt, der soviel Leid und körperlichen Ruin über uns brachte? Der Staat tut gerade so, als sei das Recht auf körperliche Gesundheit ein Luxus und keine Selbstverständlichkeit.

Rechnet der Staat uns einerseits alle Hilfeleistungen auf, die wir Rentner notwendigerweise in den Kriegs- und Nachkriegszeiten in Anspruch nehmen mußten, so ist er auch heute nicht bereit, die Renten so zu erhöhen, daß die alten Kollegen auch davon leben können und zwar menschenwürdig. Die Rentenerhöhungen hinken immer 3 Jahre hinter der tatsächlichen Preisentwicklung hinterher und dann sind sie auch noch zu niedrig. Wir Rentner leben nicht, wir vegetieren dahin.

Die Behandlung auf dem Sozialamt ist so, als wäre man ein Bettler. Als ich mehrmals vorgesprochen habe, wurde mir Bescheid gestoßen, ich solle nicht übertreiben.

Wir Rentner sehen unsere schlechte Lage und wir sehen, wie auf der anderen Seite der Staat mit unseren Geldern, die wir ihm als Steuern in jahrzehntelanger Arbeit zugeschustert haben, diejenigen vollsteckt, die durch unserer Hände Arbeit reich geworden sind: den Kapitalisten.

Ich kann mich nur voll den Forderungen des KBW anschließen:

75 % vom Facharbeitereckiohn für die Rentner und gleichzeitige Erhöhung der Renten entsprechend der Erhöhung, die die Arbeiter für ihre Löhne erkämpfen. Das bringt auch den Zusammenhalt zwischen den alten Kollegen auf Rente und der produzierenden Klasse. Meine Stimme gehört auf jeden Fall bei den nächsten Wahlen dem KBW, auch wenn ich schon seit Jahrzehnten in der SPD bin, weil die Forderungen des KBW der Lage der Rentner und des ganzen Volkes entsprechen.

Eine Rentnerin aus Kassel
(Name der Redaktion bekannt)

40 Jahre gearbeitet - kein Arbeitslosengeld

Beim KVZ-Verkauf sprach ich mit einer Kollegin, die seit 40 Jahren arbeitet. Die letzten 10 Jahre war sie bei einem großen Elektro-Konzern. Vor drei Jahren erkrankte sie schwer und mußte mehrmals operiert werden. Von ihrer Firma wurde sie entlassen.

Jetzt ist sie wieder gesund geschrieben, hat drei Monate gearbeitet und wurde wieder entlassen und ist seitdem arbeitslos. Obwohl sie sich selbst um eine Stelle gekümmert hat, hat sie in ihrem Alter kaum eine Aussicht. Alle ihre Bewerbungen wurden abgelehnt.

Beim Arbeitsamt hatte sie Arbeitslosengeld beantragt. Das ist ihr verwehrt worden, weil sie nicht sechs Monate innerhalb der letzten drei Jahre gearbeitet hat. Im Ablehnungsschreiben des Arbeitsamtes wurde ihr nicht einmal mitgeteilt, daß sie wenigstens Arbeitslosenhilfe bekommen kann, denn sie hat ja mehr als zehn Wochen innerhalb des letzten Jahres gearbeitet! Nachdem sie jetzt erfahren hat, daß sie Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hat, hat sie einen Antrag gestellt. Geld bekommt sie aber erst seit dem Tage der Antragstellung, so daß ihr fast für zwei Monate die Arbeitslosenhilfe verlorengegangen ist.

Das ist einer Frau passiert, die seit mehr als 40 Jahren Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt hat. Passiert ist ihr das, weil sich das Arbeitsamt in der Hand des bürgerlichen Staates befindet. Deshalb müssen die Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen verwandelt werden, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden, wie es im Programm des KBW gefordert wird. H.

Speditionsarbeiter

Frankfurt. Beim Flugblattverteilen kam ich mit einem älteren Kollegen aus Neuss ins Gespräch. Er erzählte mir, unter welch miesen Arbeitsbedingungen er arbeiten muß: Die Firma ist ein Kleinbetrieb von 8 LKW-Fahrern, die bis zu 100 Std. pro Woche fahren, quer durch die ganze Bundesrepublik. Dabei werden sie nur für die reine Fahrzeit und das Auf- und Abladen bezahlt. Wartezeit usw. wird nicht bezahlt. Der Kollege verdient etwa 400 DM brutto die Woche, ohne Spesen. Bei 100 Wochenstunden kommt er da auf einen Bruttolohn von 4 DM pro Stunde. Er konnte mir nicht sagen, ob er überhaupt nach Tarif bezahlt wird, weil der Chef darüber die ganze Belegschaft im unklaren läßt und niemand gewerkschaftlich organisiert ist.

In Neuss und Umgebung haben mehrere kleine Speditionsfirmen dichtgemacht und die Fahrer auf die Straße gesetzt, die sich jetzt neue Arbeit suchen müssen. Dies schüchtert die Kollegen ein. Sie trauen sich nicht, den Mund aufzumachen und gegen die elende Schinderei vorzugehen. Einen Betriebsrat gibt es bei der Frima natürlich auch nicht. Der Kollege meinte, wenn sich einer in der ÖTV organisieren würde, würde ihn der Chef sofort rausschmeißen.

Ein gefährlicher Irrweg: Propagierung der Vaterlandsverteidigung in der imperialistischen Bundesrepublik

Der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen, Ernst Aust, hat jüngst in einer Rede die Vorbereitung der Vaterlandsverteidigung als Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse bezeichnet (Roter Morgen vom 5. April). Nun hat die Gruppe Rote Fahne in ihrem Zentralorgan nachgezogen. Der Ständige Ausschuß des Politbüros des Zentralen Komitees der Gruppe Rote Fahne setzt in einem Artikel zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus ebenfalls die Vaterlandsverteidigung auf die Tagesordnung. Auf dieser Grundlage scheinen sich die beiden genannten Organisationen geeinigt zu haben, gemeinsame Mai-Demonstrationen durchzuführen. Es wird unbedingt notwendig sein, mit diesen falschen Auffassungen eine gründliche und langandauernde Auseinandersetzung zu führen, da sie auch von anderen Organisationen in Westeuropa geteilt werden. Hier beschränken wir uns auf eine Auseinandersetzung mit dem Artikel in der Roten Fahne vom 16. April 1975 und hier mit den Hauptpunkten.

Die Gruppe Rote Fahne gibt folgende Einschätzung der gegenwärtigen Situation:

"Wir müssen davon ausgehen, daß sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in unserem Lande im Aufschwung befinden, daß wir es aber nicht mit einer revolutionären Situation zu tun haben; wir müssen die Gefahr sehen, daß die imperialistischen Supermächte den Krieg im (um?) Europa (ausgehend vom Krieg um die Rohstoffquellen im Nahen Osten, von ihrem Ringen im östlichen Mittelmeer und an den Flanken Europas) unmittelbar auf die Tagesordnung setzen, in einer Situation, in der die Kräfte der westdeutschen Arbeiterklasse noch schwach sind."

Ausgehend von dieser Einschätzung, daß die Revolution den Krieg nicht verhindern kann, untersucht die Gruppe Rote Fahne *"verschiedene Formen des Krieges"*, die das Ringen der beiden Supermächte in Europa hervorrufen kann:

"Krieg zwischen zwei imperialistischen Koalitionen unter Führung der Supermächte, also ein imperialistischer Krieg.

Krieg von Staaten der 2. Welt (wie der BRD) gegen Länder der 3. Welt (ebenfalls ein imperialistischer Krieg, was die europäischen Länder betrifft.

Verteidigungskrieg im Fall eines Angriffs von seiten der einen oder der anderen der beiden imperialistischen Supermächte auf Staaten der 2. Welt.

In den beiden ersten Fällen, im imperialistischen Krieg, müssen wir gegen jede "Vaterlandsverteidigung" sein, denn der imperialistische Krieg "ist ein Krieg von Dieben um die Beute" (Lenin).

Wenn wir aber die augenblickliche Situation untersuchen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Gefahr eines Angriffs einer der Supermächte auf einen der Staaten der 2. Welt die größere ist. Für diesen Fall müssen wir Vorbereitungen treffen.

Propagiert werden muß der Gedanke des gerechten Verteidigungskrieg und der Gedanke der unbedingten Solidarität mit den sozialistischen Staaten und mit den Völkern, Staaten und Nationen der 3. Welt. Die Perspektive Deutschlands liegt in der internationalen Einheitsfront gegen die beiden imperialistischen Supermächte und im engen Bündnis mit den Staaten der 3. Welt. Die Frage, mit der 3. Welt gegen die imperialistischen Supermächte oder mit den imperialistischen Supermächten gegen die 3. Welt wird zur Scheidelinie zwischen denen, mit denen wir uns verbünden und denen, die wir bekämpfen.

Ein gerechter Verteidigungskrieg gegen einen Angriff einer der beiden imperialistischen Supermächte wird in unserem Land notwendigerweise ein Volkskrieg unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei sein."

Erst wird festgestellt, daß die Revolution den Krieg nicht verhindern kann, dann wird festgestellt, daß dieser Krieg, der seine Ursache im Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft hat, aller Wahrscheinlichkeit nach ein Krieg einer der beiden Supermächte gegen einen der Staaten der 2. Welt sein wird, woraus folgt, daß *"propagiert werden muß der Gedanke des gerechten Verteidigungskrieges"*. Der aber wird *"in unserem Land notwendigerweise ein Volkskrieg unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei sein"*. Soweit fortgeschritten, geht das weitere einfach: Zwar kann sich die *"Volksarmee niemals unmittelbar aus der imperialistischen Armee entwickeln"*, doch *"werden wir"* für *"die Stärkung derjenigen Teile der Armee eintreten, die eindeutig (!) gegen die Übergriffe der Imperialisten gerichtet sind."* Überhaupt: *"Wir müssen die Bundeswehr und die Militärpolitik der Monopolbourgeoisie gerade deshalb angreifen, weil sie nicht in der Lage sein werden, die nationale Verteidigung"* zu gewährleisten.

Abschließend wird festgestellt:

"Der Zusammenschluß gegen die imperialistischen Supermächte muß alle patriotischen Kräfte des Kleinbürgertums und patriotischen Teile der Bourgeoisie mit einbegreifen. Die deutsche Monopolbourgeoisie als Klasse hat in der Geschichte ihre antipatriotische Haltung oft genug unter Beweis gestellt. Sie wird sich im Falle eines Aggressionskrieges gegen die BRD auf die Seite der einen oder anderen imperialistischen Supermacht stellen, was aber den Übergang einzelner ihrer Vertreter auf die Seite der nationalen Verteidigung nicht ausschließt.

Während wir eine politische Linie ausarbeiten, die jetzt die Vereinigung der fortschrittlichen Kräfte unter den Parolen der Einheitsfront, für Unabhängigkeit und Sozialismus möglich machen wird, müssen wir gleichzeitig die Weichen stellen für den Aufbau einer nationalen Front gegen die Aggression seitens der imperialistischen Supermächte, besonders des sowjetischen Sozialimperialismus.

Diese nationale Front wird im Falle eines nationalen Befreiungskrieges auf deutschem Boden unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei den Volkskrieg gegen den imperialistischen Aggressor führen. Ihr Programm wird patriotisch sein. Der Volkskrieg um nationale Befreiung und der Kampf um die Errichtung der proletarischen Diktatur wird ein Prozeß der ununterbrochenen Revolution sein. Die Arbeiterklasse und das Volk werden ihre Waffen nach dem Sieg über den Aggressor nicht aus der Hand legen. Sie werden sie vielmehr dazu nutzen, die Herrschaft des Volkes zu errichten."

Zweifellos wird die Gruppe Rote Fahne diese Gedanken für einen Fortschritt in der Aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus und in der konkreten Analyse der konkreten Situation halten. Leider ist das nicht so. Vielmehr handelt es sich um eine vollständige Preisgabe der Lehren des Marxismus-Leninismus und die Verwechslung der konkreten Analyse der konkreten Situation mit dem undurchdachten Stammtischgefasel des deutschen Kleinbürgers.

Mao Tsetung hat 1969 festgestellt: **'Was die Frage eines Weltkrieges betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert."**

In der Erklärung vom 20. Mai 1970 hat Mao Tsetung festgestellt:

"Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."

Sind diese Feststellungen heute falsch geworden? Nein, sie sind heute richtiger denn je. Sie werden bestätigt durch die glänzenden Siege der Völker Indochinas gegen den US-Imperialismus, durch den zunehmenden Zusammschluß der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte, sie werden bestätigt durch die schwungvolle Entwicklung der Klassenkämpfe in der imperialistischen Welt, d.h. in der ersten Welt, den USA und der Sowjetunion, **und** in der zweiten Welt, den imperialistischen Länder Europas und Japan.

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland kann gegen die Kriegsgefahr kämpfen, indem sie für die Revolution kämpft

Solange der Imperialismus besteht, sind Kriege unvermeidbar, und die Gefahr eines Weltkrieges bleibt bestehen. Unvermeidbar ist aber auch die soziale Revolution des Proletariats. Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ist es, durch die Beseitigung des Imperialismus in Westdeutschland zur Beseitigung der Kriegsgefahr beizutragen. Ob es zu einem Weltkrieg kommt, hängt davon ab, ob es in einigen Ländern Europas gelingt, die soziale Revolution des Proletariats durchzuführen, und letzten Endes, ob es dem Proletariat in den USA und in der Sowjetunion gelingt, die imperialistische Bourgeoisie zu stürzen, bevor sie einen neuen Weltkrieg entfachen können. Daß das gelingt, dazu tragen die unterdrückten Völker der Dritten Welt entscheidend bei, deren Kämpfe zu einer Haupttriebkraft der Geschichte geworden sind.

Die wachsende Kriegsgefahr, die vom Imperialismus und insbesondere von dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ausgeht, ist ein weiterer Ansporn für die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder, ihre soziale Revolution zu vollbringen, wie der Krieg, wenn er nicht verhindert werden kann, ein Ansporn ist, die soziale Revolution des Proletariats durchzuführen. In diesem Sinne ist es die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, zur Durchsetzung der Haupttendenz Revolution beizutragen und gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges Vorbereitungen zu treffen.

Stattdessen spekuliert die Gruppe Rote Fahne über die verschiedenen "Formen" des Krieges, die das Ringen der beiden Supermächte in Europa hervorrufen "kann" und sucht sich den zum gegenwärtigen Zeitpunkt unwahrscheinlichsten Krieg aus, um ihre neue Linie der Vaterlandsverteidigung zu begründen: den Angriff einer der beiden Supermächte auf ein Land Europas, ohne daß die andere Supermacht eingreift. Des weiteren geht sie davon aus, daß dieser Krieg, der nach wie vor ein Krieg zwischen imperialistischen Staaten wäre, beendet ist, bevor er begonnen hat, um dann durch den Volkskrieg gegen die imperialistischen Besatzer fortgeführt zu werden. Bevor aber diese Situation überhaupt eintreten kann, auf die die Gruppe Rote Fahne ihre Vaterlandsverteidigung bezieht, müssen eine ganze Reihe Situationen vorausgehen, für die die Propagierung der Vaterlandsverteidigung nicht nur keinen Sinn hat, sondern die westdeutsche Arbeiterklasse direkt auf die Seite einer der beiden Supermächte, der USA, und auf jeden Fall auf die Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie treiben muß.

Die gegenwärtige Kriegsgefahr geht vom Imperialismus und hauptsächlich vom Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft aus, das sich auf Europa konzentriert. Der Imperialismus als Epoche, die Kriege unvermeidbar macht, interessiert die Gruppe Rote Fahne nicht. Sie geht aber auch nicht vom Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft aus, obwohl sie das behauptet.

In Wirklichkeit geht sie nämlich davon aus, daß die Kriegsgefahr nicht von dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ausgeht, sondern von der einen, aufstrebenden, der sozialimperialistischen Supermacht. Erst einmal soweit, kann sie leicht einen Angriff der einen Supermacht voraussetzen, ohne daß sich die andere Supermacht rührt. Das ist natürlich eine vollständige Fehleinschätzung des US-Imperialismus, der nicht zum Spaß seine Truppen in Europa verstärkt und insbesondere in Westdeutschland große Truppenmassen unterhält. Ist aus dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft erst einmal das Streben der einen Supermacht nach Weltherrschaft geworden, dann ist es auch kein Wunder, daß durch den Angriff dieser Supermacht auf die imperialistische Bundesrepublik diese Bundesrepublik aufhört, eine imperialistische Macht zu sein. Entsprechend geht es in diesem Fall für die Gruppe Rote Fahne sofort um einen "gerechten Verteidigungskrieg". Hier wird also, was die Bundesrepublik betrifft, überhaupt nicht mehr vom Klassencharakter dieser kriegführenden Seite ausgegangen. Das aber hat mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Zum Ausdruck kommt darin, daß die Gruppe Rote Fahne gar nicht weiß, was sie sagt, wenn sie die BRD zu Recht als einen imperialistischen Staat bezeichnet. Nach der Unterschätzung des US-Imperialismus zeigt sich hier eine Unterschätzung des BRD-Imperialismus, der, weil er keine Supermacht ist, nicht mehr als imperialistische Macht behandelt wird, sondern nur noch in Worten als solche bezeichnet wird.

Folgerichtig ist auch, daß die Gruppe Rote Fahne Teile der Monopolbourgeoisie für den "gerechten Verteidigungskrieg" gewinnen will. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder es gibt noch die **Monopolbourgeoisie**",, **d.h. die imperialistische** Bourgeoisie, dann wird sie als herrschende Klasse die Arbeiterklasse für ihren ungerechten Krieg gewinnen wollen. Oder die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist geschlagen worden und durch eine andere, siegreiche imperialistische Bourgeoisie abgelöst worden. Ein Bündnis mit Teilen der **Monopol**bourgeoisie, der imperialistischen Bourgeoisie, wird im einen und im anderen Fall für die Arbeiterklasse nicht in Frage kommen. Daß die Gruppe Rote Fahne sich über dieses Bündnis dennoch Gedanken macht, liegt daran, daß sie bereits dabei ist, den Übergang auf die Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie vorzubereiten, wenn sie in Zukunft mit der Regierung über die Verwendung des Rüstungshaushalts auf die verschiedenen Waffengattungen streiten will. Eine seltsame Kritik an der Brandt-Regierung ist es jedenfalls, wenn ihr vorgehalten wird, sie sei zum *"unfreiwilligen Komplizen"* der Expansionspolitik des Sozialimperialismus geworden, und *"zwar"*, obwohl sie mit ihrer Politik die eigenen expansiven Ziele des BRD-Imperialismus in Europa verfolgte. Dabei ist es doch selbstverständlich, daß die Imperialisten bei ihrem Streit um die Beute Geschäfte miteinander machen, bevor sie einander an die Gurgel gehen. Gut, die westdeutsche Arbeiterklasse wird von einer Monopolbourgeoisie ausgebeutet und unterdrückt, die im internationalen Maßstab der Bourgeoisie der beiden Supermächte nicht das Wasser reichen kann. Aber deshalb braucht die Arbeiterklasse ja nicht gleich Mitleid mit dieser Monopolbourgeoisie zu empfinden, weil sie dem *"sowjetischen Sozialimperialismus nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen"* hat.

Welche Aufgaben ergeben sich für die westdeutsche Arbeiterklasse aus der gegenwärtigen Lage?

Vollständig falsch wäre es, wenn sich die Arbeiterklasse gegenwärtig auf die Propaganda der Vaterlandsverteidigung einlassen würde. Dies wird ihr von der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie vorgeschlagen, die ihre imperialistischen Ziele genau mit der Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung drapiert. In einer Zeit der relativen Stärkung des BRD-Imperialismus dies der Arbeiterklasse vorschlagen und als marxistisch-leninistische Taktik an den Mann bringen wollen, das bedeutet einen schweren Angriff auf die ideologische Selbständigkeit der westdeutschen Arbeiterklasse.

Stattdessen kommt es darauf an, daß die westdeutsche Arbeiterklasse ihren Interessen folgt und ihre internationalistischen Pflichten erfüllt. Ihr Interesse ist die Durchführung der sozialen Revolution, und ihre internationalistische Pflicht ist es, den westdeutschen Imperialismus zu schlagen und Westdeutschland aus einem Bollwerk des Imperialismus in ein Bollwerk des Sozialismus zu verwandeln. Auf dem Weg zu diesem Ziel tritt die westdeutsche Arbeiterklasse für den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland ein, wie die Arbeiterklasse in der DDR für den Abzug der sowjetischen Truppen auf ihrem Gebiet eintreten muß.

Auf dem Weg dorthin tritt die westdeutsche Arbeiterklasse für den Austritt der BRD aus der NATO ein, wie die Arbeiterklasse der DDR für den Austritt aus dem Warschauer Pakt eintreten muß.

Auf dem Weg dorthin tritt die Arbeiterklasse für die allgemeine Volksbewaffnung ein, nicht um den imperialistischen Staat gegen einen imperialistischen Angriff "verteidigen" zu können, sondern um den imperialistischen Staatsapparat zerschlagen zu können, die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie stürzen zu können und nach dem Sturz der Bourgeoisie die Herrschaft der Arbeiterklasse gegen innere und äußere Angriffe verteidigen zu können.

Es ist bezeichnend, daß jene Organisationen, die sich stets gegen die allgemeine Volksbewaffnung als demokratische Forderung gewandt haben, diese jetzt selber aufgreifen, nicht aber als Mittel zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, sondern zur Verteidigung eines 'Vaterlandes', das immer noch von der imperialistischen Bourgeoisie beherrscht ist.

Was ist die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, wenn sie vor ihrer sozialen Revolution in einen imperialistischen Krieg hineingetrieben wird, einen Krieg, der solange die westdeutsche Bourgeoisie herrscht, von seiten Westdeutschlands notwendig ein imperialistischer Krieg sein wird, auch wenn im militärtechnischen Sinn nicht der BRD-Imperialismus angreift, sondern angegriffen wird? Dann ist es Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, den Krieg zu nutzen, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Die westdeutsche Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, daß die westdeutsche Bourgeoisie gestärkt aus diesem Krieg hervorgeht. Jede Schwächung ihrer Herrschaft durch den Krieg muß die Arbeiterklasse zum Sturz nutzen. Wenn die westdeutsche Bourgeoisie im Krieg unterliegt, ihre Herrschaft aber nicht durch die soziale Revolution der Arbeiterklasse gestürzt wird, sondern an ihre Stelle eine imperialistische Besatzungsmacht tritt, dann wird sich die Arbeiterklasse gegen diese Besatzungsmacht erheben müssen und durch ihre Vertreibung die politische Macht erobern müssen. Diesen letzten Fall, der die Niederlage der westdeutschen Bourgeoisie im imperialistischen Krieg voraussetzt, nimmt die Gruppe Rote Fahne zum Anlaß, bei Fortexistenz der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie die Vaterlandsverteidigung zu propagieren. Diese Leute scheinen davon auszugehen, daß mit Herausbildung der beiden gegenwärtigen Supermächte die imperialistische Epoche ihren Charakter geändert hat und der westdeutsche Imperialismus seinen imperialistischen Charakter abgelegt hat. Das ist ein Trugschluß. Man muß ihn zurückweisen. Die westdeutsche Arbeiterklasse kann die internationale Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte nicht dadurch stärken, daß sie sich an den Schwanz der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie hängt, sondern nur dadurch, daß sie die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie bekämpft und stürzt. Früher hat die Gruppe Rote Fahne die Augen vor der Existenz der beiden Supermächte geschlossen, heute sieht sie nur noch die beiden Supermächte und nicht mehr den Imperialismus als Epoche, aus der sie hervorgehen. Es ist zu fürchten, daß sie bald nur noch eine der beiden Supermächte sieht, den Sozialimperialismus. Mit ihrer "Propagierung des gerechten Verteidigungskrieges" wird sie die Politik endgültig auf die Klasse ausrichten, auf die sie sich bereits stützt: die Kleinbourgeoisie.

So muß es wohl enden mit einer Organisation, die in ihrem Mai-Aufruf zwar viel von Krisenwirtschaft und Inflation redet, aber keinmal die Ursache für diese Erscheinungen nennt: die kapitalistische **Ausbeuter**ordnung, die eine **Produktions**weise ist und kein "System der Arbeitslosigkeit". Es ist immer das gleiche kleinbürgerliche Kleben an den Erscheinungen, das die Auffassungen dieser Gruppe prägt. Einige Zeit hat sie trotz ihres kleinbürgerlichen Charakters gewisse fortschrittliche Tendenzen zum Ausdruck gebracht. Mit der "Propagierung des Gedankens des gerechten Verteidigungskrieges" in einem imperialistischen Land geht sie über ins Lager der Reaktion.

J.S.

Gegen Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsbildung

26 000 demonstrierten in Frankfurt und Dortmund





Bild oben: 8 000 nahmen an der DGB-Jugenddemonstration in Frankfurt teil, darunter auch Soldaten der Bundeswehr in Uniform. Bild links: 18 000 beteiligten sich an der DGB-Jugenddemonstration in Dortmund.

18 000 Menschen in Dortmund und zirka 8 000 in Frankfurt demonstrierten gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsbildung. Getragen wurden die Demonstrationen im wesentlichen von Arbeiterjugendlichen, aber auch ältere Kollegen, Vertrauensleute, Betriebsräte und Schüler und Studenten beteiligten sich.

Nach der Stuttgarter Demonstration waren die beiden Demonstrationen ein sichtbares Zeichen dafür, daß sich die Arbeiterjugend nicht mehr abfindet mit der Situation der Berufsausbildung, die täglich verheerender wird, und der steigenden Zahl der arbeitslosen Jugendlichen; allein in Nordrhein-Westfalen gibt es 50 000 arbeitslose Jugendliche. Auf zahlreichen Transparenten wurden die Forderungen der Arbeiterjugend auf die Straße getragen und auch in Sprechparolen zum Ausdruck gebracht. Vielfach fanden Forderungen wie **"12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen", "Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose", "Arbeitslose Jugendliche in Facharbeiterklassen ihrer Wahl", "Für Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche mindestens 60 % vom Facharbeiterecklohn", "Weg mit der Ausbildung für die Interessen der Kapitalisten – Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr"** großen Anklang. Um diese Forderungen haben bei der Vorbereitung der Demonstration in Betrieb und Gewerkschaft heftige Auseinandersetzungen stattgefunden.

Die DGB-Führung hat mit der Vorbereitung der Jugenddemonstration im wesentlichen bezweckt, die offensichtliche Misere der Berufsausbildung und der Jugendarbeitslosigkeit, die damit verbundene Unruhe unter der Jugend auf die Mühlen der Reformpolitik der Bundesregierung zu lenken und insgesamt an das parlamentarische System zu binden. Parolen wie "Wir lassen uns nicht länger trimmen – mitbestimmen, mitbestimmen", "Für die Reform der beruflichen Bildung" usw. waren die politische Grundlage von seiten des DGB bei der Vorbereitung der Demonstration und auf dieser selber.

Die Demonstrationen sollten die Unruhe unter der Jugend auffangen und sofort auf die Mühlen der Sozialdemokraten lenken. Dementsprechend wurde auch nur halbherzig mobilisiert und ein Mittel zur Demobilisierung wurde die Hetze gegen die "Chaoten". So wurden nur begrenzt Busplätze zur Verfügung gestellt, Gesichtskontrollen durchgeführt, und in Hessen wurde überhaupt nur in Südhessen mobilisiert. In Leverkusen (Nordrhein-Westfalen) hatte der DGB nicht plakatiert, "damit die Chaoten nichts erfahren".

Dem gegenüber steht die Lage der Arbeiterjugend selber. 120 000 arbeitslose Jugendliche in der BRD. Abgangsschüler finden keine Lehre, in Hessen im Jahrgang 1973/74 von 480 000 ganze 92 000. Die Ausbeutung im Betrieb und die völlige Abhängigkeit der Arbeiterjugend – das sind die Grundlagen dafür, daß die Demonstrationen trotz Demobilisierung des DGB zu machtvollen Manifestationen der Arbeiterjugend wurden.

Dieser spontanen Bewegung der Arbeiterjugend gegen die herrschenden Verhältnisse entspricht aber auch noch die ideologische Zersplitterung, die sich auf den Demonstrationen zeigte. In Dortmund waren die Forderungen auf den Transparenten und in den Sprechchören innerhalb der Delegationen aus den Orten sehr unterschiedlich und gingen weit auseinander. Wo hauptsächlich DKP- und SPD-Mitglieder marschierten, wurde gefordert: "Mehr Chancengleichheit, gerehte Ausbildung, Schluß mit dem Lehrstellenboykott der Unternehmer, mehr Mitbestimmung". Aber diese Parolen bestimmten längst nicht den Zug. Schon die Falken hoben sich mit ihrem großen Block mit roten Fahnen und Transparenten von der SPD ab und traten in ihren Parolen für den Klassenkampf ein. Und in vielen Delegationen waren Forderungen zu finden, die der KBW für die Arbeiterjugend vorgeschlagen hat. Ganz ähnlich war es in Frankfurt, wo allerdings die Forderungen des KBW überwogen und vielfach auch in Betrieb und Gewerkschaft beschlossen worden waren.

Die spontane Empörung der Arbeiterjugend und ihre große Teilnahme verhinderte auch, daß die DGB-Führung ihre Ordnertrupps zum Einsatz bringen konnte

. . . 18 000 Menschen lassen sich nicht das Gesicht kontrollieren und die Parolen zensieren. Auf den Kundgebungen kamen die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in den Demonstrationen noch einmal stark zum Ausdruck.

In Dortmund hielt DGB-Bundesvorstandsmitglied Schwab eine Rede, die Langeweile und teilweise Unmut hervorrief. Er sprach davon, daß die Jugendarbeitslosigkeit in SPD-regierten Ländern nicht so schlimm sei, daß in den mitbestimmten Betrieben die Berufsausbildung besser sei und daß es darauf ankäme, auf dem eingeschlagenen Reformweg weiterzumachen, um die Lücke zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit in unserem Lande zu schließen. Diese Rede überzeugte niemand, weil schon die einfachen Tatsachen nicht stimmten. Viele waren über die platte SPD-Propaganda des DGB-Funktionärs empört. Man war nicht nach Dortmund gefahren, um sich Wahlkampfphrasen anzuhören, sondern um gegen die Kapitalisten zu demonstrieren, deren Verfügungsgewalt über die Ausbildung dazu geführt hat, daß über 50 000 Jugendliche keine Ausbildung erhalten.

In Frankfurt war es auf der Kundgebung ganz ähnlich; hier wurde die Rede oft von Sprechchören, die zum Beispiel für die Einheitsschule eintraten, unterbrochen. In Dortmund sprach zum Abschluß ein Vertreter der Seibel und Söhne Belegschaft in Erwitte. Er berichtete über die Lage im besetzten Werk. "Wenn heute der Seibel-Kapitalist ins Werk will, muß er sich erst bei der Streikleitung eine Genehmigung dazu holen".

Die Rede des Erwitter Kollegen wurde immer wieder von starkem Beifall unterbrochen. Er berichtete über die Entschlossenheit der Belegschaft, bis zur Zurücknahme der Kündigungen zu kämpfen, und sagte, daß die Seibel-Arbeiter ihre Reden und Flugblätter immer mit dem Satz beenden: "Wir lassen uns nicht unterkriegen, weil wir wissen, daß wir siegen." In einer roten Fahne wurde dem Sprecher der Streikleitung eine Spende der Kundgebungsteilnehmer überreicht.

Diese DGB-Jugenddemonstrationen sind ein Schritt hin dazu, daß sich die Arbeiterjugend gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staat zusammenschließt und vereinheitlicht. Dadurch, daß die Manöver der DGB-Führung durchbrochen wurden, eine große Anzahl Jugendlicher demonstrierten und sich die Parolen des Klassenkampfes zunehmend verankern, waren die Demonstrationen zugleich ein Schritt hin zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Demonstrationen müssen den Ansporn geben, im Betrieb, in der Lehrwerkstätte und an den Berufsschulen durch weitere Kämpfe den Kapitalisten und den staatlichen Organen Rechte im Interesse der Arbeiterklasse abzuringen. Auf einer Vollversammlung der Erasmus-Keller-Schule in Darmstadt stimmten zirka 2 500 Kollegen für Demonstration und Unterrichtsboykott, um ihre Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen durchzusetzen. Dieses sind die richtigen Kampfschritte; sie müssen überall stattfinden, von der Gewerkschaft geführt und zum Kampf für eine klare gesetzliche Regelung zusammengefaßt werden.

J.K.

An den
DGB-Kreisvorstand Darmstadt

Betrifft: 1. Mai

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
An der DGB-Demonstration am 19.4. in Frankfurt haben aus Darmstadt mindestens 300 Kollegen teilgenommen.

Weil mit dieser Demonstration der Kampf der Arbeiterjugend gegen die schlechten Ausbildungsverhältnisse nicht beendet sein kann, sondern am 1. Mai fortgesetzt werden muß, haben 49 von 75 Kollegen, die auf der Rückfahrt zusammen in einem Bus saßen, folgendes beschlossen:

Wir werden uns am 1. Mai unter folgenden Forderungen an der Demonstration beteiligen:

Anerkennung aller Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose!

Weg mit den Arbeitslosenklassen – Arbeitslose in Facharbeiterklassen ihrer Wahl!

Zwei Berufsschultage pro Woche – Recht auf Facharbeiterabschluß für alle Jugendlichen!

Für Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche mindestens 60 % vom Facharbeiterlohn!

Die Ausbildung muß der Verfügungsgewalt der Kapitalisten entrissen werden – Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!

Wir fordern den DGB-Kreisvorstand auf, diesen Brief zu veröffentlichen und zur 1. Mai-Demonstration aufzurufen.

mit kollegialen Grüßen
i.A. Michael Schweitzer

Jugendversammlung TH Darmstadt fordert Einheitsschule

Darmstadt. Die Jugendversammlung der Technischen Hochschule verabschiedete hier eine Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit. Die Resolution wurde nachträglich vom Vertrauensleutekörper der Technischen Hochschule unterstützt. In der Resolution wird die Anerkennung der Jugendlichen ohne Arbeit als Arbeitslose, ein Arbeitslosengeld von 600 DM und das Recht arbeitsloser Jugendlicher auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl gefordert. Weiterhin stellte die Jugendversammlung die Forderung **"Für eine Einheitsschule mit einer theoretisch und praktisch die Grundlagen der Produktion vermittelnden Bildung"** auf. Zum Schluß der Resolution heißt es:

"Wir werden alle Kollegen aufrufen, sich unter den obengenannten Forderungen für eine vom DGB organisierte Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel zum 1. Mai einzusetzen."

Der nächste Schritt ist der 1. Mai

140 in Bochum auf der Veranstaltung zur Lage der Arbeiterjugend

Am Tag vor der Demonstration der Gewerkschaftsjugend Nordrhein-Westfalens in Dortmund, am Freitag, dem 18.4., hat die Bochumer Sympathisantengruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, das Kommunistische Kollektiv Bochum, eine Veranstaltung zur Lage der Arbeiterjugend durchgeführt unter dem Thema "Die Zukunft der Arbeiterjugend liegt im Kampf für den Sozialismus".

Die Veranstaltung wurde von 140 Menschen besucht, darunter ein großer Teil Arbeiterjugendlicher, die wir durch unsere Reportage über die Lage der arbeitenden Jugend in Bochum in unsere Arbeit einbezogen hatten.

Das Referat, das ein Genosse der Ortsleitung des Kommunistischen Kollektivs Bochum zu den Ursachen der elenden Lage der Arbeiterjugend und zu den Forderungen, die sie dagegen stellen muß, gehalten hat, wurde von den Teilnehmern gut aufgenommen.

Die anschließende Reportage über die Lage in Bochum erhielt zahlreiche Interviews mit Bochumer Arbeiterjugendlichen und zeigte trotz schlechter technischer Qualität doch gut, daß sich nicht nur in Massenjugendarbeitslosigkeit die elende Lage der Arbeiterjugend zeigt, sondern auch in ihrer Ausbildung in den Betrieben und der Berufsschule.

Das Stück "Jugend ohne Arbeit", verfaßt vom Theaterkollektiv Köln, wurde – nach einigen musikalischen Einlagen – zum Schluß von einigen Genossen des Kommunistischen Kollektivs Bochum aufgeführt. Der Kernpunkt des Stücks, daß die Arbeiterjugend nicht auf irgendwelche betrügerische "Sonderprogramme" der Regierung hereinfallen darf, sondern den Kampf für Verbesserung ihrer Lage aufnehmen muß, wurde von allen Anwesenden sehr gut verstanden.

Anschließend wurde ungefähr eine Stunde diskutiert, in der wir zu unseren Forderungen Stellung nehmen mußten. Insbesondere debattiert wurde die Forderung nach einem Arbeitslosengeld in Höhe von 60 % des Facharbeiterlohns für arbeitslose Jugendliche und die Forderung nach der Einheitsschule. Wir konnten die Debatte gut nutzen, um unsere Forderungen zu erläutern.

Anschließend verabschiedete die Versammlung bei 5 Gegenstimmen der Gruppe Rote Fahne (KPD) eine Resolution, in der sie die Demonstration vom 19.4. begrüßte und festlegte, unter welchen Forderungen sie an dieser Demonstration teilnehmen werde. Es waren die Forderungen nach

– 60 % vom Facharbeiterlohn für arbeitslose Jugendliche
– Teilnahme an Facharbeiterklassen für die Jugendlichen nach ihrer Wahl
– Einheitsschule

Diese Resolution enthielt ebenfalls eine Kritik an der Vorbereitung der Demonstration durch den DGB in Bochum, der kaum merklich dazu mobilisiert hatte.

Die Veranstaltung hat mit der für unsere Verhältnisse großen Beteiligung von Arbeiterjugendlichen gezeigt, daß das Interesse der Arbeiterjugend an Beratung ihrer Lage und Festigung von Schritten zur Veränderung sehr groß ist.

Für uns war die Veranstaltung eine ermutigende Bestätigung unserer vorhergegangenen Politik. Wir werden die Erfolge vergrößern können, wenn wir mit jedem einzelnen Teilnehmer beraten, wie wir die beschlossenen Forderungen noch breiter unter der Arbeiterjugend verankern können.

Der nächste Schritt dazu ist der 1. Mai.

–Ortsleitung des Kommunistischen Kollektivs–

Beschluß zum 1. Mai

Hamburg. Der Schülerrat des AK St. Georg hat beschlossen, zur Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration des DGB aufzurufen. Die Schüler wollen sich beteiligen unter den Forderungen: **"12 Stunden Schule an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Gegen Einstellungsstopp – keine Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen! Uneingeschränktes Streikrecht und freie politische Betätigung im öffentlichen Dienst!"**

Nicht in den Referendardienst eingestellt

Schleswig. Mit der Begründung, sie hätten als Studenten die Rote Zelle Jura unterstützt und für sie kandidiert, wurde den Jurastudenten P. Offmann und K.H. Görs die Übernahme in den Referendardienst verweigert. Im Verfahren der einstweiligen Anordnung hat das Verwaltungsgericht Schleswig die Behörde verpflichtet, die beiden Rechtskandidaten zum nächstmöglichen Termin einzustellen, da es nicht möglich sei, unter Berufung auf Zweifel an der Verfassungstreue die Einstellung der Bewerber hinauszuzögern. Die Vollversammlung der Schleswig-Holsteinischen Referendare verabschiedete eine Resolution, in der sie die unverzügliche Übernahme der beiden in den Referendardienst fordert.

Unterschriftenaktion gegen Berufsverbote

Stuttgart. In einer Unterschriftenaktion an der Universität Stuttgart wandten sich 227 dort Beschäftigte gegen die Berufsverbote und den Schieß-Erlaß im öffentlichen Dienst. In der Erklärung heißt es, daß die Unterzeichner sich gegen die Einschränkung ihrer Rechte wenden. Sie fordern "insbesondere die Landesregierung Baden-Württembergs auf, die zur Zeit von ihr geübte Überprüfungs- und Einstellungspraxis im Sinne dieser Erklärung zu revidieren".

Gründungsversammlung

Das Tagungspräsidium der Gründungsversammlung für einen einheitlichen studentischen Dachverband hat jetzt zur Gründungsversammlung am 8. Mai in Gießen eingeladen. Die Allgemeinen Studentenausschüsse werden aufgefordert, bis zum 1. Mai mitzuteilen, ob und mit wievielen Vertretern sie an der Gründungsversammlung teilnehmen werden.

Streik beschlossen

Münster. Eine mit 370 Studenten sehr gut besuchte Vollversammlung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster beschloß am 21. April auf Vorschlag der Fachbereichsstudentenvertretung und der Zelle des Kommunistischen Studentenbundes einen einwöchigen Streik gegen die neue Fachprüfungsordnung und Studienordnung. Ein gegenteiliger Vorschlag von MSB und SHB erhielt ganze neun Stimmen. Der Streik wurde sofort aufgenommen; an der Sitzung des Streikkomitees beteiligten sich über 100 Studenten.

Haus der Jugend

Frankenthal. Über 50 Jugendliche versammelten sich am 15.4. in Frankenthal, um über die Lage im dortigen Haus der Jugend zu debattieren. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß die Stadt versucht, eine lautlose Schließung des Jugendhauses durchzuführen. So ist gegenwärtig dort der Posten des Leiters des Jugendhauses unbesetzt, Bewerber für diese Stelle wurden von der Stadt aus politischen Gründen abgelehnt. War früher das Jugendhaus täglich geöffnet, so ist es jetzt nur am Wochenende und auch da nur zu begrenzten Zeiten für die Jugendlichen geöffnet.

Um diesen Zustand zu ändern, wurde von den Jugendlichen jetzt ein vorläufiger Aktionsausschuß gebildet, der eine Versammlung aller Jugendlichen im Jugendhaus vorbereiten soll, auf der festgelegt werden muß, wie die Schließung des Jugendhauses verhindert und wie die Arbeit dort fortgeführt werden soll. An diesem Aktionsausschuß beteiligen sich die Vertreter der verschiedensten Jugendorganisationen: die Sozialistische Deutsche-Arbeiterjugend (SDAJ), die Junge Union und Schülerunion der CDU, die Falken, Mitglieder der IG Metall, der Kommunistische Bund Westdeutschland und die Kommunistische Schülergruppe.

Immer mehr treten für Jugendzentren ein

350 demonstrierten in Verden für ein Jugendzentrum /



Verden. Rund 350 Jugendliche demonstrierten am 11.4. in Verden für die Einrichtung eines Jugendzentrums. Sie forderten die Stadt auf, im Haushaltsplan 1975 Geldmittel für ein Jugendzentrum bereitzustellen. Die Stadt hält der berechtigten Forderung der Jugendlichen nach einem Jugendzentrum seit drei Jahren nichts als Versprechungen entgegen, die sie nicht hält. Die Stärke der Demonstration – im Jahr zuvor fand eine Jugendzentrumsdemonstration mit 200 Teilnehmern statt – zeigt, daß sich die Jugendlichen nicht von ihrer Forderung abbringen lassen, immer mehr werden, die für ein Jugendzentrum eintreten.



Oldenburg. Die "Werkstatt", ein Unabhängiges Jugendzentrum in Oldenburg, führte zusammen mit der Initiative zum Aufbau des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes (KAJB) in Oldenburg ein Theaterstück zur Situation des Jugendzentrums vor. Diesem war von der Stadt das Geld gestrichen worden, da in seinen Räumen auch das Soldaten- und Reservistenkomitee tagte. In dem Stück wird dargestellt, wie sich die Jugendlichen sammeln, um für ein Unabhängiges Jugendzentrum einzutreten, und daß der Stadtjugendpfleger Wiesenfeld die Jugendlichen nicht unterstützt.

Sanierungsstopp in Osnabrück

Osnabrück. Am Freitag, 18.4., hat das Verwaltungsgericht Hannover, Kammer Osnabrück, einen vorläufigen Stopp aller Sanierungsmaßnahmen in Osnabrück angeordnet, solange nicht die endgültige Zustimmung des Regierungspräsidenten zu den betreffenden Bebauungsplänen vorliegt.

Diese Entscheidung wäre gewiß nicht ohne die breite Protestbewegung gegen die Sanierungspolitik des Stadtrates zustandegekommen.

Die Bewegung gegen die Sanierungspläne hat jetzt eine Verschnaufpause gewonnen, die sie gut nutzen kann, um die eigenen Reihen weiter zu festigen, denn mit der Gerichtsentscheidung sind die Pläne des Stadtrats keineswegs schon vom Tisch.

Das wird umso nötiger sein, als der Stadtrat alles daran setzen wird, die Bewegung gegen seine Politik zu spalten. So hat die "Neue Osnabrücker Zeitung" sofort eine massive Hetze gegen die Sanierungsgegner angeleiert. Die Hausbesetzer wurden als eine "bundesweit organisierte kriminelle Anarchistenbande" bezeichnet und ihnen wurden Anzeigen wegen "Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und Aufruf zu strafbaren Handlungen" angedroht.

k., Osnabrück

„Geben Sie Ihre Absicht auf"

Darmstadt. In einem Brief an den hessischen Kultusminister fordern die Fachbereichskollegen das Kultusministerium auf, seine *"Absicht aufzugeben, unseren Kollegen Pfaff zu entlassen!"* V. Pfaff soll entlassen werden, unter anderem weil er in den hessischen Landtagswahlen für den KBW kandidierte.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Sektion an der Fachhochschule Darmstadt schloß sich in einer einstimmig verabschiedeten Resolution dieser Aufforderung an. In der Resolution heißt es:

"Die gewerkschaftlich organisierten Kollegen an der Fachhochschule wissen, daß sich Pfaff nachdrücklich für die Interessen der Kollegen einsetzt; er hat auf verschiedenen Ebenen unserer Gewerkschaft gearbeitet . . ."

Im Gegensatz dazu hat der SPD-Bundestagsabgeordnete von Darmstadt, Günther Metzger, die sofortige Entlassung des Fachhochschullehrers gefordert. Im "Darmstädter Echo" erklärte er am 16.4.1975: *"Die Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem Staatsdienst hat nichts mit Berufsverbot zu tun. Es ist aber absurd, wenn einige Leute glauben, der demokratische Staat werde seine eigenen Feinde in Dienst stellen und für ihre verfassungsfeindliche Tätigkeit auch noch bezahlen."*

Die Studenten von Pfaff sind anderer Meinung als Metzger. So hat der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Fachhochschule Darmstadt inzwischen eine Dokumentation zum Berufsverbot für Victor Pfaff herausgegeben.

Daß ein SPD-Bundestagsabgeordneter so offen für Berufsverbote eintritt wie Metzger ist zu begrüßen, denn es klärt die Front im Kampf gegen die Entlassung von Victor Pfaff. Die Kollegen und Studenten, die sich gegen diese Entlassung wenden und die gleichzeitig in der SPD sind oder mit dieser sympathisieren, werden daran, welche Antwort sie diesem Bundestagsabgeordneten erteilen, klarmachen müssen, wie ernst es ihnen mit dem Kampf gegen die Entlassung von V. Pfaff ist. –e.r.–

Berufsverbote für sieben Lehrbeauftragte

Die überwiegende Mehrheit stimmte für Streik

An der Fachhochschule für Sozialwesen (FHS) in Mannheim wurde zu Semesterbeginn bekannt, daß 10 Lehrbeauftragte nicht mehr eingestellt werden sollen, weil Bedenken über ihre Verfassungstreue bestünden. Inzwischen droht 7 von ihnen ein Berufsverbot.

Die Antwort der Studenten darauf war die Organisierung der Urabstimmung für einen Streik, um die Einstellung der Lehrbeauftragten durchzusetzen. Für uns Studenten bedeutet diese Maßnahme der Behörde, daß durch den Wegfall der Lehrbeauftragten ein Viertel bis ein Drittel des gesamten Unterrichts ausfallen würde; die Leistungsnachweise und Prüfungsscheine wären damit weg.

Es bedeutet weiterhin für uns, daß wir kaum mehr Dozenten hätten, die uns nicht nur als Verwalter des sozialen Elends ausbilden, sondern die uns auch zeigen, woher das soziale Elend kommt und wie es verändert werden kann.

Für die Dozenten bedeutet dies, daß man ihnen das Recht auf freie politische Betätigung abspricht und daß die Bediensteten des Staates nicht das Recht haben sollen, sich politisch und gewerkschaftlich für die Zwecke zu organisieren, die sie für richtig halten. Den Kultusminister interessiert unsere Ausbildung nicht, denn offensichtlich ist ihm die Säuberung des öffentlichen Dienstes von allen fortschrittlichen Menschen und Kommunisten so wichtig, daß er dafür auch den ganzen Unterricht bei uns zusammenbrechen läßt.

Den Studenten war schnell klar, daß man sich hier nicht auf beschönigende Worte einlassen kann, wie daß zum Beispiel die Überprüfung noch nicht in allen Fällen abgeschlossen sei. In zahlreichen Lehrveranstaltungen und Semester-Vollversammlungen verabschiedeten die Studenten Resolutionen gegen die Nichteinstellung und verfaßten Offene Briefe.

Auf einer Vollversammlung, zu der rund 200 Studenten erschienen waren, wurde beschlossen, eine Urabstimmung für einen aktiven Streik durchzuführen. Heftige Debatten gab es um die Plattform, auf der der Kampf der Studenten geführt werden sollte. Die Studenten der DKP und des SHB wollten den Kampf gegen die Entlassungen und die Berufsverbote unter der Parole: Verteidigung des Grundgesetzes! führen und wollten diese Parole zur Bedingung des gemeinsamen Kampfes machen.

In vielen Beiträgen wurde dagegen klargestellt, daß eine Festlegung des Kampfes auf das Grundgesetz falsch ist, weil hier zum Beispiel keineswegs das uneingeschränkte Recht auf freie politische Betätigung und Organisierung niedergelegt ist, daß man aber unzweideutig und klar für diese Rechte eintreten muß.

Daß im Grundgesetz diese Rechte nicht festgelegt sind, kann auch nicht wundern. Denn seine Aufgabe ist gerade festzulegen, wie unter dem Mantel der Demokratie die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse gesichert werden kann.

Mit einer Mehrheit von 100 zu 86 Stimmen wurde die Resolution des AStA, der aus MSB-Spartakus und SHB besteht, abgelehnt, und die Plattform der Streikinitiative angenommen. In ihr wird festgelegt, daß der Streik unter den Forderungen geführt werden muß: "Für sofortige Weiterbeschäftigung der 10 Dozenten! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf! Weg mit dem Schieß-Erlaß!"

Wie richtig diese Plattform ist, zeigte sich am Ergebnis der Urabstimmung. Fast 70 % der Studenten beteiligten sich an der Urabstimmung und 74,1 % stimmten für den Streik, mehr als die Hälfte aller abstimmungsberechtigten Studenten. Die Streikvollversammlung am Dienstag beschloß daher die Durchführung eines unbefristeten aktiven Streiks.

Während der Urabstimmung konnten wir aus dem Mannheimer Morgen erfahren, daß inzwischen klar sei, daß bei 7 Lehrbeauftragten "Erkenntnisse" vorliegen würden, die Zweifel an ihrer "Verfassungstreue" begründeten.

P., Zelle FHS–

Naturfreundejugend geht's nicht um Solidarität

Auf der Vollversammlung der Fachhochschule für Sozialwesen (FHS) am 16.4.1975 gab ein Vertreter der Naturfreundejugend eine Solidaritätserklärung ab, in der er es begrüßte, daß die Studenten gegen die verfassungsfeindlichen Berufsverbote seien, und daß alle Demokraten für die Verwirklichung und den Ausbau des Grundgesetzes eintreten müßten. Nachdem die Vollversammlung jedoch beschloß, oben genannte Plattform zur Grundlage aller Aktivitäten zu machen, erklärte er, daß es der Naturfreundejugend nicht möglich sei, sich auf diese Plattform zu stellen und zog seine Solidaritätserklärung wieder zurück.

ÖTV-Betriebsgruppe

Die ÖTV-Betriebsgruppe der Fachhochschule für Sozialwesen (FHS) beschloß auf einer außerordentlichen Sitzung, folgendes Schreiben an den Initiativausschuß der studentischen Vollversammlung an der FHS zu richten:

"Wir unterstützen die auf Eurer gestrigen Vollversammlung beschlossenen Kampfmaßnahmen gegen die undemokratischen Berufsverbote an der FHS-Mannheim und schließen uns, in Anwendung der Resolution der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz vom 8.2.1975 auf unsere konkrete Situation, der Resolution an, die ihr als gemeinsame Plattform beschlossen habt. Wir werden Euren Kampf durch alle Maßnahmen unterstützen, die uns zur Zeit als vertretbar erscheinen."



Die Zeichen stehen auf Sturm

Schweinfurt. Über 10 000 Menschen, darunter viele Bauern mit ihren Traktoren, zogen am Samstag in einem kilometerlangen Demonstrationszug durch die Schweinfurter Innenstadt, um gegen den Bau des Atomkraftwerks bei Grafenrheinfeld zu protestieren.

"Die Zeichen stehen auf Sturm", rief der Vorsitzende der Bürgeraktion Schweinfurt, Karl Riederer, auf der abschließenden Kundgebung, an die Adresse der bayrischen Staatsregierung gerichtet. Er forderte den bayrischen Ministerpräsidenten Goppel auf, an Ort und Stelle zu erscheinen.

In der Tat stehen in Schweinfurt die Zeichen auf Sturm, und die Bevölkerung hat dazu auch allen Grund. Vor allem die Bauern befürchten die weitere Zerstörung ihrer Existenzgrundlage. Der Bauplatz liegt mitten im größten Heilkräuteranbaugebiet der Bundesrepublik. Der biologische Tod des Mains, mit dem wegen der hohen Wärmezufuhr gerechnet werden müßte, würde schwere Schäden für die "mainabhängige" Wirtschaft zur Folge haben.

Erbitterung hervorgerufen hat vor allem, wie der bayrische Staat sich bisher über alle Einwände hinweggesetzt hat. Zwar konnte schon im August letzten Jahres mit Hilfe von 36 000 Protestunterschriften ein gerichtlicher Beschluß für einen vorläufigen Baustopp erreicht werden. In der nächsten Instanz aber setzte sich das bayrische Verwaltungsgericht mit der Begründung, das Interesse an der Sicherstellung der Stromversorgung des Landes sei "vorrangig vor dem Schutz von Leben, Gesundheit und Sachgütern" über das erste Urteil hinweg. Obwohl eine erneute Klage von Seiten der Bürgeraktion noch unentschieden ist, baut die Bayernwerk AG auf dem Bauplatz hektisch weiter, um mit vollendeten Tatsachen den Widerstand zu brechen.

Die Bevölkerung wird das nicht hinnehmen. Ermutigt durch die Erfahrungen in Marckolsheim und Wyhl ist die Entschlossenheit, die weiteren Bauarbeiten notfalls durch eine Besetzung des Bauplatzes zu unterbinden, ständig gewachsen.

Die Polizei hatte am Samstag mehrere Hundertschaften auf dem Bauplatz zusammengezogen und zwei ihrer Hubschrauber flogen über dem Protestmarsch hin und her.

Brigitte Heinrich aus der Haft entlassen

Frankfurt. Nach über vier Monaten strenger Isolationshaft ist die Lehrbeauftragte der Frankfurter Universität Brigitte Heinrich jetzt aus der Haft entlassen worden. Brigitte Heinrich war völlig willkürlich und unter völlig unhaltbaren Beschuldigungen während der "Aktion Winterreise" verhaftet worden.

Auf Initiative der Ortsgruppe des KBW in Westberlin

1500 diskutierten, wie das Recht auf Abtreibung durchgesetzt werden kann

Westberlin. Jedes Jahr stimmen hunderttausende von Frauen gegen den § 218 ab, indem sie das Gesetz brechen und abtreiben. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Krise wird die Existenz der Familien des Volkes zunehmend unsicher, wächst die Zahl der Abtreibungen und wächst auch der Widerstand gegen diesen Unterdrückungsparagrafen. Wie schon 1974 haben auch in diesem Jahr zahlreiche gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper, Betriebsgruppen, Jugendgruppen der ÖTV, der IG Druck und Papier, der HBV (Handel, Banken, Versicherungen), der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) in Westberlin zum 1. Mai die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 erhoben. Die ÖTV Westberlin hat die Forderung: "Weg mit dem § 218!" offiziell als Parole für den 1. Mai aufgestellt.

Mehrere tausend Demonstranten sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Westberlin auf die Straße gegangen. Doch seit diesem Urteil herrscht auch Unklarheit und Unsicherheit darüber, wie der Kampf weitergehen soll.

Die Ortsgruppe Westberlin des KBW hat in einer Situation, in der die Bewegung gegen den § 218 vielfältig, aber zersplittert und gespalten ist, die Initiative ergriffen und für eine Anzeige in einer Westberliner Tageszeitung zu einer Diskussionsveranstaltung über das weitere Vorgehen gegen den § 218 gezielt etwa 70 Unterschriften gesammelt. Darüberhinaus wurden alle politischen Organisationen, Zusammenschlüsse von Jugendlichen und von Frauen angeschrieben mit der Aufforderung, ebenfalls zu dieser Veranstaltung aufzurufen und dort ihre Vorstellungen über das weitere Vorgehen im Kampf gegen das Abtreibungsverbot darzulegen. Das wurde aber von keiner der Organisationen verstanden und genutzt.

Zur Veranstaltung erschienen über 1 500 Menschen.

Alle anwesenden Organisationen traten gegen den Vorschlag des KBW auf, ein Komitee auf der Grundlage der Forderungen: "Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" zu gründen.

Der Spartacusbund meinte, der Volksentscheid sei nicht erlaubt, deshalb nicht durchführbar. Die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen sollen sich in ihrem Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker also immer nur der Mittel bedienen, die ihnen von diesen zugebilligt werden, nicht der Mittel, die sie brauchen, um zu siegen.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands, eine Organisation, die nichts hinter sich und nichts vor hat, verstieg sich zu der Erwägung, daß es doch bedenklich sei, einen Volksentscheid durchzuführen, denn damit sei noch lange nicht gesichert, daß der § 218 fällt. Es könne ja dann eine Mehrheit für den § 218 herauskommen.

Die Gruppe Rote Fahne meinte, der Staat kümmere sich doch sowieso nicht um das, was das Volk will, es habe also gar keinen Sinn, einen Volksentscheid zu fordern. Sie verzichtet daher auf den politischen Kampf und schlug vor, stattdessen für genügend Kindertagesstätten und ausreichende medizinische Versorgung zu kämpfen.

Es kamen auch Befürchtungen daß ein Volksentscheid den Kampf gegen den § 218 in parlamentarische Bahnen lenken würde.

Wir stellten heraus, daß sich alle diejenigen täuschen, die meinen, man könne einfach so weitermachen wie bisher. Denn: Die politischen Bedingungen des Kampfes haben sich geändert. Alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten sind abgeschnitten, der Bundestag wird nun im Rahmen des Bundesverfassungsgerichts-Urteil entscheiden, das Bundesverfassungsgericht selbst ist nicht direkt unter Druck zu setzen.

Die Bourgeoisie hat damit umfassend geantwortet auf die Bewegung gegen das Abtreibungsverbot. Sie hat Abtreibung für verfassungswidrig erklären lassen.

Dagegen muß man nun antreten. Geht man weiter auf Sieg gegen den § 218 – und man muß es, weil die Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen, sich nicht geändert haben –, dann muß ein Weg gefunden werden, auf dem der Wille des Volkes wirksam zur Geltung gebracht werden kann. Das kann aber nur unter der Forderung geschehen: Das Volk selber muß entscheiden – Volksentscheid! Es geht nicht mehr allein darum, zu zeigen, was das Volk in dieser Sache will – das hat es längst gezeigt –, sondern darum, diesen erklärten Willen gegen die herrschende Gewalt zur Geltung zu bringen.

Nicht gut haben wir auf der Veranstaltung diesen Charakter des Volksentscheids herausgearbeitet. So konnte es auch von einem Redner zum Vorwurf der Spaltung kommen, denn es wurde nicht jedem klar, daß es gar keinen anderen Weg gibt, um den § 218 zu Fall zu bringen. Klar war, daß sonst kein Vorschlag auf dem Tisch lag, außer einem der Initiative von den Frauen für den Kommunismus. Der besteht darin, an die Frauen die Aufforderung zu richten, massenhaft und öffentlich das Gesetz zu brechen. Massenhaft passiert das aber schon lange, nämlich jedes Jahr hunderttausendfach. Und was heißt öffentlich? Auf dem Marktplatz? Selbstbezichtigung? – Dieser Vorschlag fand keinen Beifall, denn er ist nicht ernsthaft, schlägt nur vor, das Gesetz zu unterlaufen durch die Frauen, die abtreiben, nicht, es mit allen Kräften des Volkes zu Fall zu bringen.

Es gibt mithin nicht verschiedene Vorschläge zur Führung des Kampfes, unter denen zu spalten wäre, sondern nur einen, unter dem der Sieg möglich ist, wenn sich alle zusammenschließen. Das drückte die Versammlung letztlich auch aus, indem bei etwa 150 Gegenstimmen und 100 Enthaltungen folgende Resolution verabschiedet wurde:

"Seit über 100 Jahren gibt es den § 218, und solange er existiert, wird er von großen Teilen des Volkes abgelehnt und bekämpft, weil er das Volk unterdrückt.

Die Verhältnisse, in denen die Frauen und Familien des Volkes leben müssen, zwingen sie zur Abtreibung. Jährlich sind es hunderttausende, die dieses Gesetz brechen, und sie sind es, die die gesamten Folgen dieser Politik des Staates zu tragen haben. Wir brauchen keinen Staat, der Gesetze erläßt, um uns zu bevormunden. Das Volk selber kann entscheiden. Dieser Paragraf muß weg!

Um diesen Kampf zu entscheiden, brauchen wir die gesamte Kraft und den Willen des Volkes und deshalb den Volksentscheid gegen den § 218.

Es soll ein Komitee gegründet werden, das den Kampf gegen den § 218 mit dieser Stoßrichtung auf breiter Basis organisiert."

–dz, Westberlin–

Hannover: Die Fahrpreiserhöhungen konnten nicht zu Fall gebracht werden

Hannover. Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover ist Mitte der letzten Woche beendet worden, ohne daß seine Kraft ausgereicht hätte, den Fahrpreisbeschluß des Großraumparlaments zu Fall zu bringen. Für den dazu notwendigen Angriff auf den bürgerlichen Staat waren die Kräfte des Kampfes nicht mehr zusammenzufassen. Was sind die Ursachen für diese Niederlage?

Der Fahrpreisbeschluß des Großraumparlaments als Ausfluß des staatlichen Sparregimes stand von Anfang an im Zeichen der kapitalistischen Krise, den Rationalisierungen, der zunehmenden Arbeitshetze, der Verlängerung des Arbeitstages in den Fabriken und dem massiven Abbau des Reallohns der Arbeiter bei gleichzeitiger Ausweitung der Arbeitslosigkeit, die in Hannover auf über 16 000 angestiegen ist und die weiter steigt mit den 3 900 VW-Kollegen, die in Hannover der VW-Sanierung geopfert werden sollen. Diese Verhältnisse, die verschärft Empörung gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung hervorrufen, machen die 20 Millionen für Fahrpreiserhöhungen zu einer besonders empfindlichen Belastung für die Arbeiter und anderen Werktätigen. In dieser Situation machen die bürgerliche Klasse und ihr Staat Politik der vollendeten Tatsachen, die sie dem Volk entgegensetzen, um Herr der Lage zu bleiben.

Hiergegen den Angriff auf breiter Front zu organisieren, war Voraussetzung, um gegen das Großraumparlament durchzukommen. Dieser Politik der vollendeten Tatsachen entgegenzuwirken, haben der KBW und die Fahrpreiskomitees versucht. Zum ersten Tag der Gültigkeit der neuen Fahrpreise, dem 24. März, haben wir zur Demonstration mobilisiert, an der etwa 2 500 Menschen teilnahmen. Ihnen war klar: Man muß vom ersten Tag an zeigen, daß man sich vom Großraumparlament nicht vor vollendete Tatsachen stellen läßt.

Nicht eingesehen hatten dies die DKP und der von ihr geführte "Rote Punkt". Sie hatten zum 1. April eine regelrechte Kampagne geplant in der Form täglicher Demonstrationen durch die Innenstadt, die wochenlang durchzuhalten seien. Dieses Protestkonzept setzte sich in der zuerst relativ starken spontanen Bewegung durch. Der Rote Punkt konnte zum Teil auf der Tradition früherer Fahrpreiskämpfe schwimmen, und die Gefahren seiner Politik wurden nicht früh genug erkannt und bekämpft. Die ausschließliche Konzentration der Blickrichtung und aller Kräfte des Kampfes auf Demonstrationen in der Innenstadt führte zwar dazu, daß dort die Forderung "Keine Fahrpreiserhöhung! Keine Stufentarife!" in großen Menschenansammlungen am Rande der Demonstrationen weite und positive Aufnahme fand. Auch kam es dort im Verlaufe der Aktionen zu einer scharfen Polarisierung der Meinungen. Oft wurden einzelne CDU-ler, die unter dem Banner auftraten "Uns geht's doch gut, was wollt ihr denn überhaupt" mit Arbeitern konfrontiert, die aus der Menge heraustraten und ihnen Anklagen gegen die Übel und die Last der Ausbeuterordnung entgegenschleuderten und schnell die Meinungen der Umstehenden für sich gewannen. Diese Empörung gegen die Verschärfung der Ausbeutung, die Erhöhung des Drucks in den Fabriken, die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter im Kapitalismus ist nicht oder nur ungenügend in die öffentlichen Aktionen aufgenommen worden und sichtbar zum Ausdruck gebracht worden und als soziale Kraft, die hinter den Fahrpreiskämpfen steht, zusammengeführt worden. Gleichzeitig führte die ausschließliche Konzentration der täglichen Aktionen in der Innenstadt dazu, daß die Bewegung nicht genügend hineinreichte in die Arbeitermassen, die in den großen Fabriken zusammengefaßt sind.

Auf diese Weise konnte die Tatsache wirksam werden, daß die kapitalistische Krise die Arbeiter vor allem in der Fabrik unter besonderen Druck setzt und der tägliche Kleinkrieg gegen die Kapitalisten ein besonders hohes Maß der Aufmerksamkeit der Arbeiter konzentriert. Daran anknüpfend traten die Gewerkschaftsführer mit der Linie auf "Die Kollegen haben jetzt andere Sorgen" (DGB-Vorsitzender Teilmann). Nicht etwa weil sie nun plötzlich konsequent den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung durch das Kapital vorhätten, sondern weil sie alles Interesse hatten, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse als Führerin des Volkes dem bürgerlichen Staat gegenübertritt. Trotzdem hat es eine Reihe von Beschlüssen zur Unterstützung der Demonstrationen gegeben, so durch den Vertrauensleutekörper der VAW-Leichtmetall, Vereinigte Aluminium-Werke, den Ortsvorstand der HBW, die Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Druck und Papier, den Kreisjugendausschuß der ÖTV, die Jugendvertretungen von Siemens, Berstorffs, Benecke, Quelle, Karstadt, VAW-Leichtmetall und bei der Landesversicherungsanstalt. Aber nur ausnahmsweise, wie vom Kreisjugendausschuß der ÖTV, ist damit unter den Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen auch mobilisiert worden.

Doch die zunächst sehr zahlreich mobilisierten Kräfte des Kampfes, besonders aus der Arbeiterjugend und der Schülerschaft, wurden allmählich durch die Taktik der DKP verschlissen. Geduldet wurde, daß sich die Staatsmacht, die ihre ganze Autorität in den ungehinderten Straßenbahnverkehr setzte, mit der von ihr aufgefahrenen Polizeigewalt behaupten konnte. Die Ortsgruppe propagierte in der zweiten Woche des Kampfes die Losung **"Wo Proteste nicht nützen, muß Widerstand her!"**. Auf der Straße und auf den Schienen organisierte sie auch vereinzelte Durchbrüche gegen die Polizeiketten vor den Straßenbahnschienen, aber sie konnte sich damit nicht auf breiter Front gegen den Einfluß der DKP in der Bewegung durchsetzen. Indem sie vor einem entschiedenen Vorgehen gegen die Staatsmacht zurückschreckte, gab sie dem bürgerlichen Staat gute Gelegenheit, öffentlich zu demonstrieren: Er wird das Volk mit aller Gewalt vor vollendete Tatsachen stellen. Der Staat konnte dies durchsetzen und sich mit seiner Polizeiautorität durchsetzen.

Deswegen hatten auch die Herren des Großraumparlaments keinen Anlaß, auch nur zu antworten auf die zehntausendfach erhobene Forderung nach Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen. Die Aussichten für den Sieg im Kampf mußten auf diese Weise schwinden. In den letzten Tagen der Demonstrationen blieben von den anfangs über 7 000 schließlich fünf- bis sechstausend Teilnehmer fort.

Es war offenkundig geworden: Wer wie die DKP mit der Forderung der Nahverkehrsabgabe von großen Konzernen der Hauptbegründung des Staates, nämlich dem Defizitgerede, recht gibt, der zweifelt schon selbst an der Gerechtigkeit der Forderung nach Zurücknahme der Erhöhungen. Wer nicht von der vollständigen Gerechtigkeit der Forderungen der Bewegung ausgehen kann, der kann auch nicht entschieden gegen die Staatsmacht, die sie unterdrücken will, vorgehen. Die DKP hat sowohl mit dem Inhalt der Sonderforderung nach Nahverkehrsabgabe wie mit der von ihr durchgesetzten Taktik auf der Straße die spontane Bewegung, die zunächst große Stärke und Breite angenommen hatte, auf das Niveau einer staatstreuen parlamentarischen Opposition heruntergebracht, die dem bürgerlichen Staat nicht an den Kragen will, sondern für die Verbesserung und Reformierung seiner Geschäftsführung eintritt.

Richtig ist es dagegen gewesen, am Mittwoch, dem 16. April, den Kampf mit der Demonstration zur Sitzung des Großraumparlaments organisiert abzuschließen, auch wenn der Zug des KBW und der Fahrpreiskomitees nur 350 Menschen umfaßte. Denn der Rote Punkt marschierte in offenkundiger Spaltungsabsicht zum Gewerkschaftshaus, um den DGB durch eine Demonstration unter Druck zu setzen. Damit wurde vom eigentlichen Gegner nur abgelenkt.

Der bürgerliche Staat hat sich in dieser Auseinandersetzung zwar behaupten können, aber das hat ihn viel gekostet. Vertrauen kann er nicht mehr einflößen, nur gerechten Zorn und Haß. Indem er gar zu offensichtlich als Maschine zur Unterdrückung und Ausplünderung der Volksmassen auftritt, konnte er sich mit seiner Polizeiautorität halten. Vor der wird man den Respekt fallen lassen müssen, wenn man gegen ihn aufkommen will. Das ist die Lehre, die er erteilt hat.

B.W., Ortsgruppe Hannover

Soldaten am 1.Mai…

Das Wiesbadener Soldaten- und Reservistenkomitee auf der DGB- Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Frankfurt

Soldaten des Soldaten- und Reservistenkomitees Wiesbaden beteiligten sich in Uniform an der DGB-Demonstration in Frankfurt gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Soldaten haben auch beschlossen, sich am 1. Mai in Uniform an den Demonstrationen der Arbeiter zu beteiligen.



Die Beteiligung an den Mai- Demonstrationen ist eine gute Glegenheit für die Soldaten, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie auf der Seite der Arbeiter stehen

Leber in der Bonner Universität

Mit revisionistischen Auffassungen kann die bürgerliche Militärpolitik nicht bekämpft werden

Am Mittwoch, den 16.4.75, wollte Bundesverteidigungsminister Leber in der Universität Bonn über das Thema: "Bundeswehr und Bündnis in den 80-er Jahren" reden. Es war das erste Mal seit Jahren, daß sich ein Verteidigungsminister in eine Universität traute.

Veranstalter waren die "Reservisten Uni Bonn" (RUB), ein Zusammenschluß von reaktionären Studenten aller Art. Obwohl dieser Bund seine gesamte Anhängerschaft mobilisiert hatte, gelang es Leber nicht, seine vorbereitete Rede zu halten. Die überwiegende Mehrheit der über 600 Anwesenden wollte Leber zur Rede stellen und diskutieren. Nach minutenlangen Sprechchören sah sich der Minister gezwungen, sein Manuskript einzupacken und auf diese Forderung einzugehen.

Die anschließende Diskussion war freilich eine Farce. Die Rednerliste war manipuliert, die DKP-Studenten waren das Salz in der Suppe der Propagandaschau, und kam ein Kommunist zu Wort, so war die Antwort Lebers Schweigen.

Leber konzentrierte sich vor allem auf die Fragen der DKP-Studenten, denn er hatte sehr schnell heraus, daß auf diesem Feld leichte Siege zu erringen waren. Für die DKP-Studenten bestand nämlich das Problem vor allem darin, daß die Bundeswehr unmäßig teuer ist – was sicher stimmt –, sie vergaßen allerdings zu erwähnen, warum das in einem imperialistischen Staat nicht anders sein kann.

Darüberhinaus waren sie der Ansicht, daß man das viele Geld doch sicher besser verwenden könnte, z. B. für Bildungsausgaben. Das aber verstand der Minister überhaupt nicht, er stellte sich auf den Standpunkt der Klasse, die er vertritt, nämlich daß für die Verteidigung der Herrschaft der bürgerlichen Klasse nichts zu teuer ist. Auch als es darum ging, sich darüber zu streiten, wer denn nun friedliebender sei, die westdeutschen Imperialisten oder die Sozialimperialisten aus der Sowjetunion, hatte der Minister einen guten Stand, denn er hatte eine Menge Material zur Hand, das zeigte, daß die Sowjetunion alles andere als ein friedliebendes Land ist und über eine Menge von Angriffswaffen verfügt. Anschließend vertrat er die bekannte Auffassung seiner Regierung, daß man natürlich für Truppenabbau sei, nur müsse er halt ausgewogen sein. Daß auch dies keine Frage des guten oder schlechten Willens ist, war sowohl den Revisionisten als auch dem Minister unbekannt. Kann es sich doch kein imperialistischer Staat leisten, auf eine mit Angriffswaffen ausgerüstete Armee zu verzichten, das können nur sozialistische Länder, wie das Beispiel der Volksrepublik China und Albaniens zeigen. Ob eine Armee nur zur Verteidigung dient oder zu aggressiven Zwecken, ist daher zuallererst eine Frage danach, wer die Macht im Staate innehat – die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse.

Indem er sich so mit den DKP-Studenten stritt, gelang es Leber, auf die Fragen von Kommunisten gar nicht erst einzugehen. So überging er Redebeiträge, in denen nachgewiesen wurde, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist, die mit modernsten Angriffswaffen – vom Starfighter bis zum Kampfpanzer Leopard – ausgerüstet ist, und auf diese Weise die Interessen der Bourgeoisie nach außen durchsetzen und absichern soll. Und auf der anderen Seite wird mit dieser Bundeswehr der innere Notstand geprobt, und man übt den "Häuserkampf" wie zuletzt in der KVZ am Beispiel Bebra-Gilfershausen nachgewiesen wurde. Auf diese Weise soll die Bundeswehr dazu dienen, die Herrschaft der bürgerlichen Klasse nach innen abzusichern. Um aber diese Funktion überhaupt erfüllen zu können, braucht die Bourgeoisie besondere, vom Volk getrennte Formationen bewaffneter Menschen, die, wann immer das notwendig ist, unter ihrem Kommando gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt werden können. Daher heißt es im Mai-Aufruf des KBW: "Auf dem Weg zur allgemeinen Volksbewaffnung und zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats kommt es vor allem darauf an, solche Forderungen zu erheben, die sich gegen die Lostrennung der Soldaten von der Arbeiterklasse und von den anderen Teilen des Volkes wenden. Nur so kann verhindert werden, daß Angehörige der Arbeiterklasse und des Volkes auf die Arbeiterklasse und das Volk schießen werden, sondern in der entscheidenden Situation auf der richtigen Seite stehen." (KVZ Nr.11/75, S.9)

Viele Studenten durchschauten das und forderten Leber durch Zwischenrufe auf, auf die gestellten Fragen zu antworten. Teile der bürgerlichen Presse haben von einem "Erfolg" Lebers berichtet. Dieser "Erfolg" aber bestand ausschließlich darin, daß seine Ausweichmanöver Erfolg hatten und nicht etwa darin, daß er die Studenten überzeugt hätte. Wodurch wohl auch? Etwa dadurch, daß er den entscheidenden Fragen auswich? Oder etwa dadurch, daß er sich als bürgerlicher Politiker zeigte, der die Herrschaft der Kapitalistenklasse verteidigen will, koste es, was es wolle?

–G.K., Sympathisantengruppe Bonn–

Schülerveranstaltung zur Militärfrage

Weder der Jugendoffizier noch der Vertreter der Kriegsdienstverweigerer konnte landen

Ebingen/Taiflingen. Am 9. April fand im Ebinger Gymnasium eine Veranstaltung zur Militärfrage statt. Im Februar war Musterung. Das Interesse an Fragen über die Armee war gesteigert.

Wir führten eine Umfrage durch unter den Schülern der Abschlußklasse, wo wir herausbekommen sollten, wer Interesse hätte an einer Diskussionsveranstaltung über die Bundeswehr, und weiter, wie die Meinungen zur Armee waren. Rund 60 % bekundeten Interesse (in einer Klasse alle, einige wollten sogar aktiv die Veranstaltung mitorganisieren und machten Vorschläge!), die meisten schimpften auf den "Scheiß-Bund". Ermutigt durch das Ergebnis, stellten wir in der Schülermitverwaltung den Antrag, daß diese eine Veranstaltung zur Militärfrage durchführt.

Diese hat jetzt stattgefunden. Knapp 50 Leute waren da, fast ausschließlich Schüler. Eingeladen worden waren ein Jugendoffizier, ein Vertreter des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer und ein ehemaliger Wehrpflichtiger. Der Jugendoffizier beeilte sich zu sagen, daß er es nicht für notwendig halte, eine Situationsschilderung der Bundeswehr zu machen. "Das bringt nichts", meinte er wörtlich. Vielmehr erzählte er den Schülern, daß natürlich die Umstellung vom zivilen in den militärischen Bereich nicht leicht sei und man am Anfang mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, aber nach einiger Zeit ginge das schon, und die Rechte beim Bund seien ja schließlich auch ganz erheblich! Den Zweck der Bundeswehr sah er vor allem in der "Sicherung des Friedens", wobei er etwas faselte vom "Gleichgewicht der Kräfte".

Demgegenüber stellte vor allem der ehemalige Wehrpflichtige zum Teil anhand von konkreten, selbst erlebten Beispielen klar, wie das Leben beim Bund aussieht: Schikane, Schinderei, Unterdrückung und totale Entrechtung. Fast alle Schüler sahen das ein.

Als der Jugendoffizier gefragt wurde, was er denn an Rechten beim Bund sehe, und der daraufhin etwas daherredete von der Würde des Menschen, wurde er bloß ausgelacht.

Anhand von mehreren Redebeiträgen – von uns und vom ehemaligen Wehrpflichtigen – wurde immer deutlicher herausgearbeitet, daß es kein Zufall ist, wenn die Soldaten in völlig entrechteter Lage beim Bund dastehen und wenn die Bundeswehrführung mit allen Mitteln zu verhindern sucht, daß etwas über diese Verhältnisse und über den Kampf der Soldaten dagegen nach außen dringt und breit bekannt wird: würde dies geschehen, wäre man sehr schnell bei der Diskussion über den tatsächlichen "Auftrag" der Bundeswehr; dabei nämlich, daß die Bundeswehr das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützen soll, daß sie Instrument in den Händen der Imperialisten zur Unterdrückung und Unterjochung anderer Völker ist. Wir benutzten bei dieser Diskussion Beispiele aus der KVZ. Der Jugendoffizier wurde allmählich immer hilfloser. Als er gefragt wurde, ob ihm bekannt sei, wo es in Deutschland Wüste oder Antarktis gebe, meinte er noch verwundert, davon wisse er nichts. Als dann aber weiter die Frage kam, warum denn dann der neue Leopard-Panzer in Kanada und Florida unter extremen Klimabedingungen getestet werden, konnte er nur noch verlegen stammeln, daß ja auch VW seine Käfer nicht nur in Deutschland teste.

Einmal zwischendrin meldete sich der Kriegsdienstverweigerer zu Wort und meinte, er müsse auch mal wieder reden. Er finde das nicht richtig mit der Bundeswehr und prinzipiell sei er mit überhaupt keiner Armee einverstanden. Darauf wurde er gefragt, wie er denn zum Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes stehe. Zuerst wußte er nichts, dann erzählte er, daß ja gerade Vietnam ein Beispiel sei, was für großartige Erfolge man durch kluge Diplomatie erreichen kann. Das diese diplomatischen Erfolge aber nur durch den jahrelangen zähen Kampf des vietnamesischen Volkes an der militärischen Front erreicht werden konnten, darüber sagte er wohlweislich nichts.

Nur noch kurz konnte angesprochen werden, daß es nicht geht, um Berufsheer oder Wehrpflichtsheer, sondern daß man eintreten muß für die Volksmiliz.

Trotzdem war die Veranstaltung aber ein ziemlicher Erfolg und viele Schüler meinten hinterher, daß der ehemalige Wehrpflichtige die Sache am besten dargestellt habe und vor allem der Jugendoffizier recht kläglich dagestanden sei. Der ehemalige Wehrpflichtige hatte am Schluß die Schüler noch aufgerufen, nicht zu verweigern, sondern in die Armee zu gehen, zu sehen, wie es tatsächlich dort aussieht und dagegen den Kampf aufzunehmen. Als besonders wichtig stellte er heraus, daß die Verbindung der Schüler, die für die Armee eingezogen werden und der übrigen Schüler an der Schule nicht abreissen dürfe und daß ehemalige Schüler, die beim Bund sind, ihren Kameraden an der Schule in Veranstaltungen und sonst berichten sollen über ihr Leben

Wir werden jetzt versuchen, daß dies organisiert über die SMV angegangen wird. Auch am nächsten Tag nach der Veranstaltung war das Interesse groß unter den Schülern: Oft wurde noch diskutiert über die Veranstaltung. Wir verkauften leicht 30 Broschüren "456 und der Rest von heute". Gut hätten wir 50 verkaufen können.

Wir können nur alle auffordern, ebensolche Veranstaltungen durchzuführen. Obwohl wir in der Vorbereitung noch einige Fehler gemacht haben, hat die Veranstaltung doch ein gut Stück die Klarheit unter den Schülern über die Haltung in der Frage des Militärs vorangetrieben. Im Juni soll eine ähnliche Veranstaltung im Ebinger Jugendzentrum gemacht werden.

–Marxistische Gruppe Taiflingen/Ebinden–

'Großzügige Neuregelung'

Der "Führungsstab der Streitkräfte" zur Vorverlegung des Zapfenstreichs

Mit dem Inkrafttreten der neugefaßten Zentralen Dienstvorschrift 10/5 (ZDv 10/5) über den sogenannten Innendienst bei der Bundeswehr wurde der Zapfenstreich von 23 Uhr wieder auf 22 Uhr gelegt. Besonders diese Regelung wird von vielen Soldaten als schwere Schikane aufgefaßt. In allen Einheiten hat es Proteste dagegen gegeben. Auf einen Leserbrief an "bundeswehr aktuell" hin hat jetzt der "Führungsstab der Streitkräfte" zu dieser Maßnahme bereits Stellung genommen. Der "Führungsstab" versucht, die Maßnahme als im Interesse der Gesundheit der Soldaten zu rechtfertigen. Zugleich behauptet er jedoch, daß jedem Soldaten grundsätzlich die Nachturlaubkarte ausgehändigt werde. Ein Soldat im Besitz einer solchen Karte kann sich bis zum Wecken außerhalb der Kaserne aufhalten. – Im folgenden der Text des "Führungsstabes", den sich die Soldaten gut merken werden:

"1. Mit der Festlegung des Zapfenstreiches auf 22.00 Uhr wurde einer von Kommandeuren und Einheitsführern immer wieder geforderten Regelung, die sie mit Rücksicht auf früh zu Bett gehende Soldaten wünschten, entsprochen. Ein ausreichender Nachtschlaf dient der Gesunderhaltung des Soldaten (Nr. 505 ZDv 10/5).

2. Nach den ersten drei Monaten seiner Dienstzeit wird dem Soldaten die Ausgangskarte zum ständigen Verbleib übergeben. Ab diesem Zeitpunkt wird Nachtausgang grundsätzlich bis zum Wecken gewährt.

3. Soldaten, die Nachtausgang haben und nach 22.00 Uhr noch aufbleiben wollen, dürfen sich nur noch in Gemeinschaftsräumen aufhalten. Nach dem Zapfenstreich ist auf bereits schlafende Soldaten Rücksicht zu nehmen.

4. Bei dieser großzügigen Neuregelung kann von einer "einschneidenden Bevormundung erwachsener und mündiger Bürger", wie der Einsender behauptet, keine Rede sein. Das Gegenteil ist der Fall."

(aus: "bundeswehr aktuell" Nr.11/72)

Fahnenflüchtiger Offizier

Wetzlar. Der Oberleutnant H.J. Söhn ist nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt. Er hat offenbar Fahnenflucht begangen wegen eines gegen ihn eingeleiteten Prozesses.

Oberleutnant Söhn ist ein Offizier der Bundeswehr. Einer, wie er im Buche steht. Für die Soldaten hat das immer fast unerträgliche Schikane bedeutet. Oberleutnant Söhn ist das, was man im Soldatenjargon als "Drecksau" bezeichnet. Er ist immer der gewesen, der die Soldaten für die kleinsten Verfehlungen am härtesten bestraft hat. Und wenn sich einer für ein paar Tage vom Bund gedrückt hat, "Fahnenflucht" begangen oder sich "von der Truppe entfernt" hatte, dann war Oberleutnant Hans-Joachim Söhn immer derjenige, der eine fast sadistische Freude daran hatte, diesem Kameraden zu zeigen, was es an kleinlicher Schikane mit sich bringt, wenn man nicht korrekt seinen Dienst versieht.

Jetzt ist er selbst verschwunden. Er ist aus dem Urlaub nicht zurückgekehrt; zu Hause ist er nicht, krank ist er nicht, nirgends zu finden. Gerüchte wollen wissen, daß er aus Straßburg angerufen habe, daß er jetzt zur Fremdenlegion gehe. Offiziöse Verlautbarungen (in der "Wetzlarer Neuen Zeitung") lassen vermuten, daß er sich vor einem schwebenden Prozeß bzw. einer Strafe drücken will.

Er hat nämlich im Dienst Foltermethoden vorgeführt (zum Beispiel den "koreanischen Handtuchtrick", bei dem fast ein Kamerad erstickt wäre), und die Wochenzeitung "die Tat" hat Anzeige gegen ihn deswegen erstattet.

Wie man mehreren Ausgaben der "Wetzlarer Soldaten-Zeitung" entnehmen kann, ist Söhn ein ausgesprochener Volksfeind. Und wenn es zutrifft, daß er vor dem Prozeß abhaut, dann kennzeichnet das den sonst so "harten" Mann auch noch als erbärmlichen Feigling, dem schon allein deswegen in eventueller Zukunft kein Gehorsam mehr gezollt werden sollte.

–wg–

(aus Ortsbeilage Wetzlar zur KVZ Nr.15)

7 Tage Bau

Munster/Faßberg. In Faßberg mußte jetzt der Gefreite Aulich für sieben Tage in den Bau, weil er die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Munster im Oktober 1974 verteilt hat. (Wir berichteten bereits damals darüber in KVZ Nr. 28/74.) Dies sei strafbar, weil die Zeitung der Bundeswehr abträglich sei! In Munster ist diese Strafe im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen zu sehen, die darauf abzielen, den "Funken" von der Straße und vor den Toren der Kasernen wegzubekommen.



Beirut (Libanon). Massenkundgebung von Palästinensern und großen Teilen der libanesischen Bevölkerung gegen den Terror der faschistischen Falange-Partei. Die Falange hat mit ihren bewaffneten Einheiten, die vom US-Imperialismus ausgerüstet werden, die Flüchtlingslager der Palästinenser überfallen. Es gab schwere Kämpfe im Libanon. Das Bild zeigt eine Demonstration anläßlich der Beerdigung von palästinensischen Kämpfern.

Die Sowjetunion: Ein Feind des palästinensischen Volkes

Am letzten Wochenende hat der sowjetische Außenminister Gromyko öffentlich gefordert, daß Israel das Recht haben müsse auf staatliche Existenz und sichere Grenzen. Gromyko machte diese Erklärung in einer Rede anläßliches des Besuchs des ägyptischen Außenministers Fahmi in der UdSSR.

Vorbereitet worden ist diese Erklärung durch Geheimgespräche. So berichtete die israelische Zeitung Haaretz am Freitag von einem geheimen Besuch sowjetischer Diplomaten in Israel. In den vertraulichen Gesprächen mit der israelischen Regierung erklärte sich die UdSSR bereit, die Sicherheit und die Grenzen des Staates Israel in den Grenzen von 1967 zu garantieren und die 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. April).

Da der Kolonialstaat Israel seine Existenz auf die Vertreibung und Leugnung der palästinensischen Nation gründet, bedeutet seine Anerkennung die Leugnung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes.

Während die sowjetischen Sozialimperialisten sich als die besten Freund des palästinensischen Volkes ausgeben, fallen sie ihm direkt in den Rücken. Dieses Beispiel zeigt erneut, daß die sowjetischen Sozialimperialisten sich deshalb als die besten Freunde des palästinensischen Volkes ausgeben, um sich in sein Vertrauen einzuschleichen und seine Interessen als Handelsware mit den Zionisten und dem US-Imperialismus benutzen zu können.

Um dieses Geschäft perfekt zu machen, hat die Sowjetunion in Israel erklärt, daß sie auch nicht auf einer eigenen Vertretung der PLO in Genf besteht, wenn Israel palästinensische Freunde des palästinensischen Volkes Vertreter in einer anderen Delegation akzeptiert (Süddeutsche Zeitung vom 14. April).

Die PLO hat diesen heimtückischen Vorschlag jedoch schon früher zurückgewiesen, als vorgeschlagen wurde, daß die PLO in Genf als Teil der syrischen Delegation teilnimmt. Sie hat erklärt, daß sie nur als eigenständige und einzig rechtmäßige Delegation des palästinensischen Volkes an einer Nahost-Konferenz sich beteiligt. Sie "kämpft gegen jedes Projekt oder jede palästinensische Einheit, deren Preis die Anerkennung des Feindes, der Friedensschluß mit ihm und der Verzicht auf die historischen Rechte des palästinensischen Volkes, nach Hause zu kehren und über sein eigenes Schicksal zu verfügen, wäre". (Beschluß des palästinensischen Nationalkongresses)

Die Enthüllungen darüber, wie die UdSSR erneut im Trüben fischt, versetzt verständlicherweise die Zionisten in Aufregung, weil sie die Wachsamkeit des palästinensischen Volkes stärkt. So wird über große Verärgerung der israelischen Regierung berichtet, weil "die jüdischen Interessen in der Sowjetunion (die Auswanderung von Juden) gefährdet seien und diese wichtigen Kontakte (durch die Enthüllung) unterbrochen werden könnten". Auch könnte ein geplantes Treffen zwischen Außenminister Allon und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, gefährdet werden. (Nach: Die Welt vom 14. April) Dieses Treffen soll in dieser Woche stattfinden.

„Der Mai der Palästinenser"

Film der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas über die Geschichte der Vertreibung des palästinensischen Volkes und seinen Kampf um Wiederherstellung seiner nationalen Rechte. Etwa 45 Minuten.

Auszuleihen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
6800 Mannheim, Sandhofer Straße 29

Grossbritannien: Steuererhöhungen für die Massen

London, 18.April. Dieser Tage hat der englische Finanzminister, Denis Healey, im Parlament den Staatshaushalt vorgelegt.

Der neue Haushalt, über den am Montag abgestimmt werden sollte, sieht unter anderem folgende Maßnahmen vor:

Die **Einkommensteuer** soll um 2 % auf einen Basissatz von 35 % angehoben werden.

Der **Mehrwertsteuersatz** von 8 % soll auf 25 % angehoben werden bei "unerheblichen" Dingen wie Waschmaschinen, Fernsehern, Radios, Photoapparaten, Bügeleisen, Nähmaschinen und den meisten übrigen elektrischen Haushaltsgeräten. Für Benzin war dieser Steuersatz bereits im November eingeführt worden.

Die **Genußmittelsteuer** verteuert einen halben Liter Bier um circa 12 Pfennige, eine Flasche Whisky oder Gin um etwa 3,70 DM, eine Flasche Wein um 1,30 DM und eine Schachtel Zigaretten um etwa 50 Pfennig.

Die **Kfz-Steuer** wird um ganze 60 % erhöht. Natürlich nur bei Privatautos.

Hingegen werden den Kapitalisten die **Körperschaftssteuern** ermäßigt, ein großer Teil ihrer Profite unbesteuert gelassen und beträchtliche Geldsummen als Kapitalhilfen, für Umschulungen und als Prämie für Vermeidung von Entlassungen in den Rachen geworfen.

1 Million Arbeitslose im Herbst

Genauso dreist wie die Maßnahmen war auch die Art, wie der Finanzminister Healey seinen Haushalt erklärte und begründete.

Er gab offen zu, daß direkt durch die Auswirkungen dieses Haushalts zusätzlich 20 000 Arbeiter auf die Straße fliegen, die Arbeitslosenzahl bis Herbst die Millionengrenze überschritten haben wird, seine Steuererhöhungen zudem Preissteigerungen von ca. 3 % bringen werden und die Inflationsrate, die im Augenblick gerade die 20 %-Grenze überschritten haben soll, dann auf 25 % steigen wird.

–M.G., z.Z. London–

Die UdSSR als Gläubiger
Ein Imperialist und Halsabschneider
Die UdSSR hat kürzlich den osteuropäischen Ländern des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) neue Rohstoffpreise für ihre Rohstoffliefe-
bis Herbst die Millionengrenze überschritten haben wird, seine Steuererhöhungen zudem Preissteigerungen von ca. 3 % bringen werden und die Inflationsrate, die im Augenblick gerade die 20 %-Grenze überschritten haben soll, dann auf 25 % steigen wird.
–M.G., z.Z. London–
stellung seiner nationalen Rechte. Etwa 45 Minuten.
Auszuleihen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
6800 Mannheim, Sandhofer Straße 29
diese wichtigen Kontakte (durch die Enthüllung) unterbrochen werden könnten". Auch könnte ein geplantes Treffen zwischen Außenminister Allon und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, gefährdet werden. (Nach: Die Welt vom 14. April) Dieses Treffen soll in dieser Woche stattfinden.

Die UdSSR als Gläubiger
Ein Imperialist und Halsabschneider

Die UdSSR hat kürzlich den osteuropäischen Ländern des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) neue Rohstoffpreise für ihre Rohstofflieferungen diktiert (durchschnittliche Erhöhung um 52 %, für Erdöl 130 bis 150 %).

Der nächste Raubzug der imperialistischen UdSSR ließ nicht lange auf sich warten. Diesmal ist Indien an der Reihe.

Indien ist ein Staat, dessen sich die UdSSR immer gern bedient hat, wenn es darum ging, die russischen Weltherrschaftspläne in Asien voranzubringen. Die herrschenden Klassen in Indien versuchen seit Jahr und Tag in Absprache mit der UdSSR, Nepal unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie haben Pakistan durch den Einmarsch indischer Truppen in Bengalen aufgeteilt und in Bangla Desh ein völlig von ihnen abhängiges Regime geschaffen. Dieser Tage erst haben sie den souveränen Staat Sikkim unter ihre Botmäßigkeit gebracht.

All diese Handlangerdienste seiner herrschenden Klasse haben Indien nicht davor bewahren können, sich nun der offenen schamlosen Ausplünderung durch die UdSSR ausgesetzt zu sehen.

Aufgrund der Krise des kapitalistischen Weltwährungssystems hatte Indien 1971 beschlossen, den Wechselkurs der indischen Rupie gegenüber westlichen Währungen in dem Verhältnis festzulegen, in dem sich jeweils das britische Pfund zu anderen Währungen befindet (Floating).

Die UdSSR hat nun, in der Manier eines imperialistischen Oberherrn, die Rupie gegenüber dem Rubel um 39 % abgewertet und verlangt aufgrund dieses Schrittes, daß Indien für die Kredite, die es von der UdSSR erhalten hat, umgerechnet 1 Milliarde DM mehr an die UdSSR zurückzahlt als bisher vereinbart (Neue Züricher Zeitung vom 19. März, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. März, Hsinhua vom 27. März).

Nun ist es jedoch so, daß die Kredite von seiten der UdSSR gar nicht in Geldform gewährt sind, sondern in Form von Waren- und Waffenlieferungen, bei den Maschinenlieferungen übrigens meist in Gestalt veralteter Ausrüstungen (Hsinhua vom 16. März).

Laut Bericht der indischen Zeitung "Financial Times" vom 17. März ist diese Maßnahme der UdSSR ein klarer Verstoß gegen die Kreditverträge, in denen Laufzeit und Höhe der Lieferkredite festgelegt sind.

Wie im Fall der osteuropäischen Länder: Die UdSSR bringt Länder in ihre Abhängigkeit, kettet sie mit vorgeblicher "Hilfe" an sich und behandelt sie dann als rechtloses Ausbeutungsobjekt und Spielball ihrer Interessen. Das ist das Gebaren eines imperialistischen Räubers und Halsabschneiders.

–Mo–

Was heißt „datsybao"...

"Theorie und Praxis des Sozialismus" (theoretisches Organ der KPdSU) Nr. 8/1975 behandelt den Volkskongreß der Volksrepublik China. In dem Arikel taucht ab und zu ein merkwürdiges Wort, "datsybao", auf.

Die sowjetischen Autoren des Artikels werden wissen, was dieses Wort bedeutet; viele ihrer Leser sicherlich nicht. Warum wurde dieses Wort nicht übersetzt?

Datsybao ist chinesisch und bedeutet Wandzeitungen, auf denen die Arbeiter und Bauern Diskussionen und Kritikkampagnen führen. In China haben die Arbeiter, Bauern und Angestellten Recht auf Kritik. Wandzeitungen sind ein wichtiges Mittel dafür. In der Sowjetunion dagegen werden keinerlei Diskussions- oder Kritikkampagnen geführt. Nur manchmal erreichen Nachrichten die Öffentlichkeit, die zeigen, daß es in der Sowjetunion Kritik – und ihre Unterdrückung – gibt. Daher kommt die Scham der Autoren: Die sowjetischen Autoren können ihren Lesern nicht berichten, daß das chinesische Volk das Recht hat, durch Wandzeitungen seine Meinung und seine Kritik zu äußern und zu veröffentlichen. Wenn die sowjetischen Autoren dies berichten würden, würde der Unterschied zwischen dem politischen Leben in China und in der Sowjetunion deutlich werden. Daher taucht in dem Artikel ab und zu ein merkwürdiges Wort, "datsybao" auf.

A., Hamburg



10 Millionen streikten gegen die Ermordung von drei Antifaschisten

Italien: Streikbewegung gegen die Faschisten

In Italien hat es in der letzten Woche eine breite Streik- und Protestbewegung gegen die Faschisten gegeben. Anlaß war die Ermordung von drei Antifaschisten. Die Morde gehen auf das Konto der Faschisten und der italienischen Polizei, die in allen Städten gegen die antifaschistische Protestbewegung zum Schutz der Faschisten eingesetzt wurde.

Es begann am 13. April. Der 17-jährige Berufsschüler Claudio Varalli, Mitglied einer revolutionären Schülerorganisation, wurde nach einer Versammlung zu Wohnungsproblemen von einem Faschisten erschossen. Der Schütze war ein bekanntes Mitglied der faschistischen Studentenorganisation FUAN – Destra Nazionale. Mitglieder dieser Organisation verteilten am Ort des Geschehens Flugblätter. Darin war zu lesen: Die Ereignisse in Indochina und Portugal seien "*eine Warnung für alle. Italiener! Sagt nein zum Kommunismus, sagt ja zur Freiheit, wählt MSI – Nationale Rechte*". (Corriere della Sera vom 17. April) Ein Augenzeuge berichtete: "Ich sah einige Jugendliche, die sich einem 'Mini Cooper 1300' näherten. Aus dem Auto schien die jungen Leute etwas. Die Hinzugekommenen antworteten: 'Faschisten, Faschisten'. Das Auto wurde umzingelt; dann hörte ich einige Pistolenschüsse, und sogleich fiel ein junger Mann zu Boden, der am Kopf verletzt war." (Corriere della Sera vom 17. April)

Die Polizei wird gegen die Demonstrationen zum Schutz der Faschisten eingesetzt

Bei einer Protestdemonstration am nächsten Morgen in Mailand kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten vor einem Büro der faschistischen MSI. Die Polizei soll scharf über die Köpfe geschossen haben. Der 26-jährige Physiklehrer Giannino Pio Zibecchi wurde tödlich verletzt, nachdem ein Polizeilastwagen in die Reihen der Demonstranten gefahren war.

In dieser Situation faßten die drei Gewerkschaften folgenden Beschluß: "Die Generalräte von CGIL, CISL, UIL proklamieren für den 18. April eine Stunde Streik von 10 bis 11 Uhr mit Versammlungen an allen Arbeitsplätzen." (L'Unita vom 18. April)

Nach Meldungen wurden die Demonstrations- und Streikaufrufe im ganzen Land breit befolgt. 10 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten sich. In Mailand dauerte der Proteststreik zwei Stunden. Schon am Donnerstag fand am selben Ort eine Demonstration von vierzig- bis fünfzigtausend Menschen statt. Kleine Gruppen lösten sich aus dieser Demonstration und griffen MSI-Parteibüros und -treffs an. In Rom und Florenz wurden Demonstranten von der Polizei angeschossen. In Florenz erlag ein Teilnehmer einer antifaschistischen Demonstration seinen Schußverletzungen.

J.W. (von der Redaktion gekürzt)

Interview mit einem Vertreter des chilenischen Widerstands

Rene Plaza, Vizepräsident des chilenischen Gewerkschaftsverbandes (CUT) und Mitglied des Politbüros der " Bewegung der Vereinigten Volksaktion " (MAPU)

Frage: Genosse Plaza, kannst Du kurz die augenblickliche Lage und die Entwicklung der Junta-Herrschaft in Chile erläutern?

Antwort: Der MAPU hat eine Analyse erstellt, die er in einem Dokument darlegt. In diesem Dokument wird gesagt, daß in dem Herrschaftsblock die Monopolbourgeoisie und die traditionelle Bourgeoisie versucht haben, endgültig die Krise der herrschenden Klasse in Chile zu lösen. Sie haben zusammen mit dem nordamerikanischen Imperialismus versucht, den militärischen Apparat des Staates auszunutzen, um die Regierung der Volkseinheit zu stürzen. Mit diesem Putsch versuchte die Bourgeoisie nicht nur die Regierung der Volkseinheit zu stürzen, sondern auch die sozialen und die Organisationsfähigkeiten der chilenischen Arbeiterklasse auf den verschiedensten Gebieten zu zerschlagen, Fähigkeiten, die die chilenische Arbeiterklasse über Jahre im Kampf entwickelt hatte und die sich unter der Regierung der Unidad Popular (UP) in ihrer bisher klarsten Form gezeigt hatten.

Ein Jahr nach der Errichtung der Militärdiktatur erkennen wir ein wesentliches Scheitern dieses Projektes:

Wenn wir uns heute die Diktatur in Chile betrachten und sie von ihrem Konzept her präzise charakterisieren, so müssen wir sagen, daß sie es nicht erreicht hat, ihr Projekt einer faschistischen Organisierung des Staates zu verwirklichen. Und dieses Projekt hat die Junta hauptsächlich deswegen nicht verwirklichen können, weil grundsätzliche Widersprüche innerhalb des herrschenden Blocks, innerhalb der Bourgeoisie bestehen, die eigentlich schon jahrelang existieren.

Erstens tritt der dynamische Teil der Bourgeoisie, der darauf aus ist, den Staat auszunutzen, um die wirtschaftliche Entwicklung, die Kapitalakkumulation voranzutreiben in Widerspruch zu dem traditionelleren Teil der Bourgeoisie. Diese Widersprüche werden heute manifest. Das drückt sich in einer Politik der sozialen Marktwirtschaft aus, die die wirtschaftlichen Probleme dem freien Spiel der Kräfte, d. h. des Angebots und der Nachfrage überläßt (. . .). Es ist klar, daß eine derartige Instrumentalisierung des Staates in Richtung auf eine monopolistische Kontrolle auf der einen Seite die individuellen Freiheiten ausschließt und gleichzeitig eine sozialistische Entwicklung.

Die industrielle Bourgeoisie drängt heute auf einen Austausch der Gruppe, die die wirtschaftlichen Geschicke des Landes heute lenkt. Sie drängt auf eine mehr auf Protektionismus ausgerichtete Politik, die das nationale Kapital schützt, wie es etwa Ländern entspricht, die im industriellen Bereich weiter fortgeschritten sind.

Was sehen wir also: Die Diktatur hat sich von oben her konsolidiert, ohne daß sie in der Lage gewesen wäre, ein in sich geschlossenes Modell der Organisierung des Staates anzuwenden und durchzusetzen; denn die Diktatur ist eigentlich nichts anderes als der Repräsentant der Bourgeoisie und damit auch der Widersprüche, die innerhalb der Bourgeoisie bestehen.

Dies drückt sich bisher aus in einer völligen Kontrolle des Staatsapparates und einer weitestgehenden Anwendung der Repressionsmechanismen dieses Staatsapparates. Dadurch kann die Junta ziemlich schnell die politische Situation beherrschen, weil zur Zeit kein politisches Gegengewicht vorhanden ist. Die Junta hat eine gegen das Volk gerichtete Politik eingeschlagen, wie selbst der "Mercurio", das Organ der chilenischen Reaktion, heutzutage charakterisiert.

Diese Konzeption, wie sie vorhin schon angedeutet wurde, ist eine neoliberale Wirtschaftskonzeption und eine proimperialistische.

Innerhalb der Streitkräfte hat sich die putschistische Kamarilla durchgesetzt. Das drückt sich aus in der fortschreitenden Ausschaltung von Alternativen: z.B. in der Ermordung von General Pratts im letzten Jahr, im Verschwinden von General Bonilla (früherer Innen-, dann Verteidigungsminister), der im Hubschrauber abgestürzt ist, der christdemokratisch war, und im Verschwinden des Generals Lunis im November 1974 schon, der der Chef des militärischen Abschirmdienstes war.

Die Beziehungen zur Christdemokratie sind abgebrochen. Ihr wird jede Möglichkeit genommen, sich im öffentlichen Leben Chiles zu äußern.

Dazu kommt nun das Scheitern in der Wirtschaftspolitik. Alle Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln, sind gescheitert. Heute herrscht in Chile Hungersnot und anhaltende Inflation.

Statt die Produktivkräfte zu entwickeln, hat die Junta die wichtigste Produktivkraft des Landes zerstört, indem sie Tausende von Arbeitern eingesperrt, entlassen, aus dem Land vertrieben hat.

Die Junta hat zu einer Kapitalakkumulation in den Händen Weniger beigetragen, die das Scheitern und den Bankrott von Tausenden von kleineren Unternehmern zur Folge hatte. Anderthalb Jahre nach dem Putsch besteht die einzige Perspektive für die Konsolidierung der chilenischen Wirtschaft in der Entwicklung des Exports. Der Export ist jedoch abhängig einerseits vom Kupfer, andererseits von . Auslandinvestitionen. Die Auslandsinvestitionen sind bisher nicht in umfassendem Maße erfolgt und es bestehen auch keine kurz- oder mittelfristigen Perspektiven, daß Investitionen getätigt werden. Eine Ziffer nur: Wir haben ausgerechnet, daß im ganzen Jahr 1974 an **langfristigen** Investitionen nur etwa 4 Millionen Dollar ins Land gekommen sind, also praktisch gar nichts. Der Kupferpreis, der unter dem Realniveau der schlechtesten Zeiten von Allende steht, hat dazu geführt, daß Chile heute kaum mehr zum Selbstkostenpreis produzieren kann. Das bedeutet, daß viele kleinere Minen schon geschlossen sind, bzw. nur mit Staatshilfen noch produzieren können. . . . Eine Großmine, die Mine Exotica, ist schon geschlossen. Kupfer bringt also heute kaum noch Devisen ein.

Frage: Du hast die Schwierigkeiten und Widersprüche der Juntaherrschaft aufgezeigt. Auf der anderen Seite besteht nach wie vor eine ungeheure Unterdrückung in Chile. Wie, sieht es im Moment aus, wie ist die Lage des Widerstandes gegen die Junta-Herrschaft in Chile?

Antwort: Ich werde mich hauptsächlich auf das stützen, was der MAPU in Chile entwickelt hat. Wir gehen von einer Phase aus, in der das Kräfteverhältnis weitgehend ungünstig für die Linke, für die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes ist, um ihre Organisation und ihre Aktion zu entwickeln.

Dieses ungünstige Kräfteverhältnis hält die Arbeiterklasse heute noch in einer Defensive. Aber heutzutage entwickeln sich neue Möglichkeiten, um einen aktiven Widerstand gegen die Militärjunta zu entwickeln. Heutzutage besteht die Möglichkeit von teilweisen taktischen Offensiven, d. h. taktischen Offensiven auf Teilgebieten der Massen, die dazu dienen, politische und soziale Kräfte zu sammeln, Vertrauen zu geben und die Grundlage für weitere Aktionen zu schaffen. In diesem Zusammenhang müssen wir uns vier Fragen stellen: 1. welches sind die Ziele, die wir in dieser Phase erreichen können? 2. welche Forderungen müssen wir aufstellen? 3. welche Form des Kampfes müssen wir anwenden? 4. welches sind unsere Aufgaben?

In der augenblicklichen Phase – wie sie die Partei in Chile als Leitfaden entwickelt hat – ist es das wichtigste Ziel, die Isolierung auf ideologischem, politischem und sozialem Gebiet, in der sich die Arbeiterklasse gegenwärtig befindet, zu durchbrechen und die ideologische, politische und soziale Position der Junta zu schwächen.

All dies muß zu einer Sammlung der Kräfte führen, die uns zu günstigeren Positionen hinleitet in unserem revolutionären Prozeß. Was bedeutet es nun, auf ideologischem, auf politischem und sozialem Gebiet, die Einkreisung der Arbeiterklasse zu durchbrechen?

Auf ideologischem Gebiet bedeutet ein Durchbrechen dieser Einkreisung, die Trennungslinie zu überwinden, die bestand zwischen UP und anti-UP, und zu einer neuen Trennungslinie zu kommen, die sich zwischen den Kräften der Junta und den antidiktatorischen Kräften abzeichnet. Das heißt, auf der einen Seite zwischen der Minderheit der Junta und auf der anderen Seite der demokratischen Mehrheit des Volkes. Das erfordert eine öffentliche Analyse der vorhergehenden Periode und eine Selbstkritik der Zeit der Unidad Popular, die proletarisch und konsequent sein muß.

Es erfordert weiterhin, daß wir die unverschämten Lügen der Junta entlarven müssen, und außerdem müssen wir alle Sektoren neu zusammenfassen, religiöse Sektoren, wissenschaftliche Sektoren, andere Sektoren, die eine wahrhaft demokratische Position vertreten.

Die Arbeiterklasse und das Volk müssen der Militärjunta die Forderung nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit gegenüberstellen.

Die Isolierung auf **sozialem** Gebiet zu durchbrechen, bedeutet, eine enge Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse, den nichtproletarischen Schichten und Sektoren der Kleinbourgeoisie zu erreichen. Weiterhin muß man eine klare Linie der Zusammenarbeit zwischen diesen Sektoren und den demokratischen Sektoren der mittleren Bourgeoisie erreichen. Das bedeutet, daß wir Forderungen aufstellen müssen, die es ermöglichen, daß auch diese Sektoren in organisierter Form den Widerstand entwickeln.

Diese Formen des Widerstandes müssen die der Arbeiterklasse ergänzen und unter der politischen Führung der Arbeiterklasse stehen.

Die Isolierung auf **politischem** Gebiet durchbrechen, bedeutet, auf der Basis der Arbeitereinheitsfront und des Massenkampfes und auf der Basis unserer Forderungen zu **Teil**abkommen mit der Christdemokratie zu gelangen. Und das in der Perspektive, endgültig alle Brücken zwischen der Christdemokratie und der Junta abzubrechen. Und weiterhin in der Perspektive, zu einer gemeinsamen Plattform mit den fortschrittlichen Sektoren dieser Partei zu kommen und sie in fortschreitendem Maße in eine antifaschistische Front einzugliedern.

Die Isolierung zu durchbrechen, bedeutet weiterhin, daß wir den internationalen Druck gegen die Willkürurteile verstärken. Es bedeutet weiterhin, daß wir erzwingen, daß die politischen Morde aufhören, und daß die Prozesse wenigstens unter formalen juristischen Bedingungen abgehalten werden.

Wir müssen lernen in der Illegalität zu arbeiten, ohne uns Illusionen zu machen, daß es irgendwelche Veränderungen, was die Repression anbetrifft, geben wird. Im Gegenteil, die Repression wird sich noch verschärfen.

Um die Einkreisung der Arbeiterklasse zu durchbrechen, sagen wir als MAPU, daß wir in zwei Richtungen arbeiten müssen: Zuerst die Arbeiterklasse auf ihre Füße stellen; das bedeutet, die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Arbeiterklasse herauszustellen, indem wir ihre politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe verstärken und ihre politischen Organisationsformen verstärken.

Das ist die Basis, um die eigenen Kräfte zu sammeln. Das ist die Bedingung, um die Einkreisung der Arbeiterklasse zu durchbrechen, und zu erreichen, daß die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielt.

Zweitens muß der Protest des Volkes entwickelt werden; das bedeutet, daß wir vielfältige Formen des Protests und der Mißbilligung gegenüber der Junta entwickeln müssen, die immer stärker ans Tageslicht treten müssen.

Um diese Ziele zu erreichen, die wir uns gesetzt haben, müssen wir in diesen beiden Richtungen gleichzeitig arbeiten. Es wird keine echten Fortschritte in Richtung auf den Sturz der Junta geben, wenn wir nicht die Selbständigkeit und die Organisationen der Arbeiterklasse stärken. Genausowenig können wir annehmen, daß wir die Arbeiterklasse stärken können, ohne eine breite Front geschaffen zu haben, die zum Ziel hat, die Junta in eine Ecke zu drängen und zu isolieren, was wiederum die Grundbedingung dafür ist, daß wir unsere eigenen Kräfte entwickeln können.

Diese beiden Stoßrichtungen sind die Basis für eine neue soziale Polarisierung und für das Entstehen einer neuen politischen Führung, die eine Alternative zur Junta darstellt. Dabei wird die Arbeiterklasse die führende Rolle spielen und die große Mehrheit der Bevölkerung zusammenschließen. (. . .)

Unsere unmittelbare Taktik drückt sich in den vielfältigen Formen des Protests und des Widerstands all der Sektoren aus, die unter der Politik der Junta leiden. Auf dieser Basis, und um die Isolierung der Arbeiterklasse zu durchbrechen, müssen die verschiedensten Arbeits- und Organisationsformen entwickelt werden, z. B. Widerstandkomitees, Arbeiterkommissionen, Fabrikkommissionen usw.. Die Massenaktionen werden es sein, die die Junta verwirren und isolieren werden, indem die Widersprüche und die Brüche innerhalb des herrschenden Blocks der Diktatur verschärft werden. Auf diese Weise wird die Konsolidierung der Junta verhindert werden.

Die Forderungen, die wir heute erheben, entsprechen den konkreten Bedürfnissen der Arbeiterklasse und greifen gleichzeitig die Forderungen und die Bedürfnisse all der Sektoren auf, die heutzutage von der Tyrannei betroffen sind. Unsere Forderungen weisen gleichzeitig auf die Archillesfersen der Junta hin:

Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung!

Freiheit der Organisierung und der Meinungsäußerung!

Beendigung aller Willkürprozesse, der Verfolgungen und der politischen Morde!

Schluß mit der Wirtschaftspolitik des Hungers und der Arbeitslosigkeit!

Nein zur Auslieferung des Landes an den US-Imperialismus!

Die Verwirklichung dieser Forderungen kann nur durch grundsätzliche Änderungen erreicht werden, die den Sturz der Diktatur beinhalten und die Errichtung einer provisorischen und revolutionären Regierung. (. . .)

Wir glauben, daß es keine Alternative zur Junta gibt, in der nicht die Arbeiterklasse eine fundamentale Rolle spielt. Deshalb sprechen wir auch von der Arbeitereinheitsfront als dem wichtigsten Faktor des Widerstandes. Denn die chilenische Arbeiterklasse kann sich nicht dazu hergeben, das Scheitern der chilenischen Bourgeoisie gutzuheißen und dann auch noch zu unterstützen, wenn diese Bourgeoisie versucht, sich durch eine Alternative innerhalb des Systems zu retten. Die Linke muß hingegen diese Alternative stellen. Das ist unsere Position.

Frage: Kannst Du etwas konkreter darauf eingehen, was Ihr unter einer provisorischen, revolutionären Regierung versteht?

Antwort: Ich werde mit der offiziellen Stellungnahme und der neuesten Information antworten, die meine Partei in Chile entwickelt hat. Die revolutionäre Volksregierung mit einem provisorischen Charakter entsteht aus einem breiten Massenkampf, der sich aus einem breiten Volkswiderstand entwickelt, und die eine Erosion der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte bewirken werden. Diese Kämpfe werden am Anfang sich in Teilkonfrontationen ausdrücken auf wirtschaftlichem, ideologischem und politischem Gebiet. Sie werden sich intensivieren bis in einen politischen Generalstreik, der kombiniert sein wird mit dem bewaffneten Aufstand.

Folglich bezieht die provisorische Regierung ihre Legitimität aus dem Charakter des Aufstandes der antidiktatorischen Kräfte. Die Hauptbeschränkungen werden in der Entwicklung der Arbeiterklasse und des Volkes und in den Kräften liegen, die die Arbeiterklasse und das Volk zu diesem Zeitpunkt entwickelt haben. Es ist eine Regierung der antidiktatorischen Front, die die Widerstandsbewegung politisch repräsentiert. Diese Regierung wird einen echten Fortschritt des revolutionären Prozesses darstellen und gleichzeitig einen bedeutenden und nicht mehr rückgängig zu machenden Fortschritt im Kräfteverhältnis. Nur in dem Maße wie sie die Kräfte der Konterrevolution zerstört und einen Stimulus für die Kräfte des Volkes entwickelt, wird sich in ihr der revolutionäre Charakter ausdrücken. Gleichzeitig handelt es sich dabei nur um einen taktischen Schritt; denn durch ihren Charakter als ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und Teilen der reformistischen Bourgeoisie und durch die Situation der Doppelherrschaft, die diese Regierung innerhalb des Landes kennzeichnen, wird diese Regierung provisorischer Natur sein.

P.M., Chile-Komitee Frankfurt

Indochina-Veranstaltungen

Bochum. Am Freitag, dem 11. April, fand in Bochum eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf der Völker von Vietnam und Kambodscha statt, zu der die Bochumer Sympathisantengruppe des KBW, das Kommunistische Kollektiv Bochum, aufgerufen hatte. Die knapp 80 Teilnehmer spendeten über 280 DM.

Bonn. Am 12. April verteilten etwa 50 reaktionäre Vietnamesen und eine Handvoll deutscher Reaktionäre in der gesamten Innenstadt verschiedene Flugblätter und sammelten Geld. Bis auf einige Teilnehmer suchten sie keine Gespräche mit der Bonner Bevölkerung. Ohne von diesen reaktionären Machenschaften zu wissen, hatten die KBW-Sympathisantengruppe und die die Kommunistische Schülergruppe (KSG) im Rahmen ihres regelmäßigen KVZ-Verkauf in der Bonner Innenstadt einen Stand zur jüngsten Entwicklung in Vietnam und ein entsprechendes Flugblatt vorbereitet. Das Auftreten unserer Genossen direkt neben den Reaktionären machte es uns möglich, rege Diskussionen in Gang zu setzen, an denen sich zeitweise mehr als 30 Menschen beteiligten.

Bremen. Am 15. April fand eine Indochina-Veranstaltung statt, zu der die Konferenz Bremer Allgemeiner Studentenausschüsse aufgerufen hatte. Die ca. 150 anwesenden Studenten beschlossen einstimmig eine Resolution, in der die Leitung der Bremer Universität aufgefordert wird, den Vertreter der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) in Paris, Chang Theasy, zu einer Veranstaltung in die Universität einzuladen, um über die wirklichen Verhältnisse in Kambodscha und den Kampf des kambodschanischen Volkes zu berichten.

Freiburg. Einige Hundert Menschen nahmen am letzten Samstag auf dem Rathausplatz an einer Kundgebung des Indochina-Komitees zur endgültigen Befreiung von Phnom Penh teil. Obwohl die Kundgebung angemeldet und genehmigt war, versuchten Teilnehmer einer Reservistentagung unter dem Schutz der Polizei die Reden durch laute Blasmusik zu stören. Eine Genossin, die sich lediglich nach dem Verantwortlichen erkundigen wollte, wurde auf Geheiß eines Hauptmannes zusammengeschlagen und der Arm wurde ihr gebrochen. Am Abend fand eine Solidaritätsfeier mit einem Dia-Vortrag statt. Viel Beifall gab es für ein Theaterstück indonesischer Studenten, die plastisch die Brutalität, aber auch die Ausweglosigkeit der US-Imperialisten und ihrer Marionetten sowie den Sieg des Volkes von Kambodscha über seine Unterdrücker darstellten. Auch hier wurden nochmals über 200 DM gesammelt, ebenso wie am Vortag an vielen Einkaufsläden in der Stadt.

Hamburg. Am 17. April führte das Indochina-Komitee Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf der Völker Indochinas durch. Vertreter des Initiativkomitees Köln zur Unterstützung des vietnamesischen Film- und Fernsehwesens berichteten vor über 500 Teilnehmern über ihren kürzlichen Besuch in der Demokratischen Republik Vietnam. Fast 1 500 DM wurden gespendet für die Einrichtung von Filmstudios in den befreiten Gebieten.

Heilbronn. Etwa 120 Menschen nahmen die Nachricht vom Rücktritt Thieus begeistert auf. Das Böckinger Bürgerhaus, das erst Anfang April eingeweiht wurde, hatte mit unserem Solidaritätsabend zum ersten Mal eine Veranstaltung in seinem Programm, in der es um die gerechte Sache der kämpfenden Völker und der Arbeiterklasse ging. Auf dieser Veranstaltung, die die bisher größte der Sympathisantengruppe Heilbronn war, spendeten die rund 120 Anwesenden, meist Unorganisierte, rund 130 DM zur Unterstützung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam.

Kassel. Etwa 250 Menschen kamen zu der Indochina-Veranstaltung, die von der Ortsaufbaugruppe Kassel und dem Kommunistischen Studentenbund (KSB) durchgeführt wurde. Auf der Veranstaltung konnten zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Kambodscha und Vietnam 496 DM gesammelt werden.

Kiel. Am 18. April führte das Indochina-Komitee eine Veranstaltung durch, zu der etwa 180 Besucher kamen.

Koblenz. An einer Vietnamveranstaltung der Ortsaufbaugruppe nahmen 50 Personen teil. 50 DM wurden gespendet.

Oldenburg. Am 3. April führte der KBW im Hotel Casino eine Solidaritätsveranstaltung zur Unterstützung des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus durch. Etwa 80 Menschen nahmen daran teil. Die Veranstaltungsteilnehmer spendeten 273,63 DM an die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) für die Beschaffung dringend notwendiger Medikamente.

Wuppertal. Die Veranstaltung des Indochina-Komitees zur Lage in Vietnam und Kambodscha wurde am 9. April von 50 Personen besucht.

Das Volk an der Macht

Berichte aus den befreiten Gebieten

Die Völker in Vietnam und Kambodscha haben entscheidende Siege über ihre Peiniger errungen. Es kann nicht ausbleiben, daß die Propaganda der Ausbeuterklasse in Westdeutschland anfängt, über Massaker zu schreiben.

In Ban Me Thuot *"hätten die Vietcong auf dem Marktplatz rund 300 Polizeibeamte, Offiziere und ältere Verwaltungsangestellte herausgesucht und erschossen"*. Der *"Mönch"*, der diese Nachricht überbrachte, sei *"per Schiff"* nach Saigon entkommen. Man muß wissen: Ban Me Thuot liegt im Hochland von Vietnam. – Von diesem Kaliber sind gegenwärtig die *"unbestätigten Berichte, die die amerikanische Botschaft in Saigon nach Washington schickte"* (Die Welt vom 19. April).

Selbst Journalisten, die jahrelang mitgeholfen haben, den USA die Vorwände zur Intervention in Vietnam zu liefern, können dabei nicht mehr ohne weiteres mitmachen. Zu offensichtlich ist die Niederlage der US-Imperialisten. Und auch die bürgerlichen Auftraggeber dieser Journalisten verlangen nach der Spur einer Erklärung. So beginnen sie denn immer häufiger, die Wahrheit herauszulassen.

Arbeiter an der Regierung

Von großen Änderungen kann man erfahren: *"Der Provinzchef von Pleiku ... ist ... Spitalhilfskraft (Krankenpfleger), der von Ban Me Thuot Veloreparateur (Fahrradmechaniker)"* (Neue Züricher Zeitung vom 21. April).

Wo vorher korrupte Generäle herrschten, üben jetzt Arbeiter die Macht aus. Natürlich ist die Versorgungslage schwierig. Aber keine Spekulanten profitieren mehr von der Knapptheit. *"Das militärische Verwaltungskomitee ... in Da Nang ordnete Rationierungen an. Der Kilopreis beträgt heute 200 Piaster, während vormals 280 Piaster gezahlt werden mußten."* (Süddeutsche Zeitung vom 22. April)

Die Produktion kommt wieder in Gang. Die Flüchtlinge kehren in ihre Dörfer zurück, aus denen sie durch Bomben vertrieben wurden: *"In der Gegend von Hoi An gehen die Bauern und Fischer in den Reisfeldern und kleinen Häfen wieder ihrer Beschäftigung nach. In der unfruchtbaren Region südlich von Da Nang wird versucht, den Boden für die Landwirtschaft zu kultivieren."* (Süddeutsche Zeitung vom 22. April)

Um nationale Befreiung kämpft das Volk, indem es die Städte von den Hinterlassenschaften des US-Imperialismus reinigt. Die Neue Züricher Zeitung vom 21. April berichtet von Ban Me Thuot, *"wo nach einem Massentreffen die Bevölkerung den Ausbruch der neuen Zeit gefeiert habe, indem die Leute 'die Straßen reinigten und die Spuren der verrotteten Kultur Amerikas und des Marionettenregimes wegfegten' – womit offenbar auch Kinoreklamen, Plakate, Bars und vieles andere gemeint sind."*

Vom Major aufwärts wird untersucht

Wie mit den geschlagenen Marionettentruppen verfahren wird, berichtet die selbe Zeitung: *"Die südvietnamesischen Soldaten, die noch Uniform trugen, wurden ohne viel Zwischenfälle und Aufhebens eingesammelt von den Siegern, welche die meisten wieder springen ließen und nur* **Offiziere** *über dem Grad eines Hauptmanns genauer untersuchten oder gegebenenfalls gefangennahmen."* Gerüchteweise kann die Zeitung nur von der Erschießung des stellvertretenden Polizeichefs der Provinz Phu Yen berichten, was – wenn es stimmt – sicher breite Zustimmung im Volk gefunden hat.

Die Befreiungskämpfer sind zuversichtlich, daß sie bald schon den vollständigen Sieg erringen werden: *"'Geh' ruhig nach Saigon – wir kommen bald nach.' Mit diesen Worten haben Vertreter der neuen Vietcong-Behörden in der besetzten Küstenstadt Da Nang einen vietnamesischen Geschäftsmann entlassen, der seine auf der Flucht von ihm getrennte Familie suchen wollte."* (Neue Züricher Zeitung vom 18. April)

W.M.



Die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee ziehen in Hue ein

10 Punkte Programm für Südvietnam

Das 10-Punkte-Programm der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams nennt die unmittelbaren Schritte, die das Volk in der Revolution machen muß, um den Feind niederzuschlagen und die nationale Unabhängigkeit und die Einheit des Vaterlandes zu erkämpfen. Nationale Unabhängigkeit und Einheit Vietnams sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die weiteren Schritte in der Revolution, die den Sozialismus zum Ziel hat.

Da diese Aufgaben momentan im Zentrum stehen, kann das 10-Punkte-Programm die Unternehmer und Plantagenbesitzer auffordern, ihre Tätigkeit gegenwärtig fortzusetzen. Ihre Enteignung steht dann auf der Tagesordnung, wenn nach Zurückschlagung der imperialistischen Aggression die Existenz ihres Privateigentums dem weiteren Aufbau des Landes im Wege steht. Heute steht sie nur dort an, wo Unternehmer und Plantagenbesitzer dem Sieg des Volkes sich politisch und militärisch in den Weg stellen.

Die 10-Punkte-Erklärung zeigt: Das Volk in Südvietnam packt seine Aufgaben in der Revolution Schritt für Schritt an. Es läßt nicht locker, bevor sie gelöst sind, das bezeugt sein über 30-jähriger Kampf.

ERKLÄRUNG

der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam über ihre Politik gegenüber den befreiten Gebieten (10-Punkte-Programm vom 1. April 1975)

Seit mehr als zwei Jahren setzen der US-Imperialismus und die Marionetten-verwaltung Nguyen Van Thieu den Krieg fort, sabotieren unaufhörlich und schwerwiegend das Pariser Vietnam-Abkommen und begehen unzählige Verbrechen an unserer Bevölkerung. Unsere Befreiungsstreitkräfte und unsere Bevölkerung haben heldenhafte Angriffe und Erhebungen unternommen, um sie dafür zu bestrafen, und außerordentlich große Erfolge errungen, zahlreiche Provinzen, Großstädte, Provinz- und Kreishauptstädte sowie zahlreiche große ländliche Gebiete im Bergland und in den Ebenen befreit. Die eben befreiten Gebiete wurden zu unabhängigen und freien Territorien, die sich nun unter dem Kontrollrecht der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam befinden.

Um die Errungenschaften der Revolution zu schützen und zu verteidigen, das Leben der Bevölkerung zu normalisieren, das Pariser Vietnam-Abkommen aktiv zu verteidigen und es zu verwirklichen, die südvietnamesische Revolution zu neuen, noch größeren Erfolgen zu führen, verkündet die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam folgende zehn politische Grundsätze für die befreiten Gebiete:

1. Völlige Abschaffung des Regimes und des Herrschaftsapparates, der Streitkräfte und aller Organisationen, aller Verordnungen und aller Formen der Unterdrückung und der Repressalien der Marionettenverwaltung; rasche Bildung der revolutionären Volksverwaltung auf allen Ebenen in den eben befreiten Gebieten. Alle Dienststellen der ehemaligen Marionettenverwaltung werden von der revolutionären Verwaltung übernommen. Beamte der Marionettenverwaltung dürfen unter der revolutionären Verwaltung weiter arbeiten und müssen sich strikt an deren Richtlinien und politische Grundsätze halten. Alle reaktionären Parteien und anderen politischen Organisationen, die mit den USA-Imperialisten und der Marionettenverwaltung kollaboriert haben, werden aufgelöst.

2. Verwirklichung der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Garantie der Glaubensfreiheit sowie der Einheit und Gleichheit der Religionen. Die Freiheit der Bevölkerung zur Religionsausübung wird respektiert. Pagoden und Kirchen, heilige Stätten und Tempel werden geschützt.

3. Durchführung einer Politik der großen Einheit des ganzen Volkes, der nationalen Versöhnung und Eintracht und gegen den aggressiven Imperialismus. Strenges Verbot aller Handlungen, die zu Zwietracht, Feindseligkeit und Mißtrauen in der Bevölkerung und unter den verschiedenen ethnischen Volksgruppen führen können.

Alle, ob reich oder arm, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion und politischer Einstellung, müssen sich in gegenseitiger Achtung, Liebe und Hilfsbereitschaft zum Aufbau der befreiten Gebiete und des neuen, glücklichen und gesunden Lebens vereinen.

Verwirklichung der Gleichheit zwischen der ethnischen Mehrheitsgruppe und nationalen Minderheiten. Angehörige der nationalen Minderheiten erhalten hingebungsvollen Beistand bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur sowie bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

4. Allen in den befreiten Gebieten lebenden Einwohnern steht es frei, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Sie sind verpflichtet, die Ordnung und Sicherheit zu bewahren und die Revolution zu unterstützen.

Die revolutionäre Volksverwaltung wird entschlossen und rechtzeitig alle Sabotagepläne oder -handlungen und Gegenangriffe des Feindes zerschlagen. Elemente, die Aktivitäten gegen die revolutionäre Verwaltung unternehmen, die Ordnung und Sicherheit stören sowie sich gegen Leben, Eigentum und die Würde der Bürger und gegen öffentliches Eigentum unter der Obhut der revolutionären Verwaltung vergehen, werden schwer bestraft.

5. Von der Marionettenverwaltung zurückgelassenes Eigentum wird von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam verwaltet.

6. Alle Industrie- und Handwerksbetriebe, alle Handels-, Verkehrs- und Transporteinrichtungen sowie alle anderen Einrichtungen der öffentlichen Dienstleistung müssen im Interesse der Volkswirtschaft und des normalen Lebens weiter geführt werden.

Große Aufmerksamkeit wird der Wiederaufnahme der Produktion und der Normalisierung des Lebens der städtischen Bevölkerung gewidmet. Arbeitslosen und anderen Werktätigen werden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Geschäftsleuten wird ihr Eigentum garantiert, und es wird ihnen erlaubt, ihre Geschäfte im Interesse der Volkswirtschaft und zum Nutzen der Lebensverhältnisse der Bevölkerung weiterzuführen.

7. Bauern werden bei der Wiederaufnahme und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion unterstützt und gefördert. Außerdem werden Unterstützung und Förderung der Fischerei, Salzgewinnung und Forstwirtschaft gewährt.

Die Besitzer von Industriepflanzen- und Obstplantagen werden ermuntert, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

8. Alle kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, alle Schulen und Krankenhäuser werden im Dienste der Bevölkerung wieder geöffnet. Alle Organisationen und Aktivitäten, die der reaktionären, dekadenten und auf die Versklavung der Bevölkerung gezielten Kultur des USA-Imperialismus und der Marionettenverwaltung dienten, werden streng verboten.

Aktivitäten im Interesse einer nationalen und gesunden Kultur werden gefördert und entfaltet.

Wissenschaftler und Techniker, die ihre hervorragenden Fähigkeiten zum Nutzen und Aufbau des Vaterlandes zur Verfügung stellen, werden mit wichtigen Aufgaben betraut.

9. Konsequente Verwirklichung der am 25. März 1975 von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam verkündeten Grundsätze hinsichtlich der Offiziere und Soldaten der Marionettenverwaltung.

Soldaten, Offiziere und Angehörige der Polizei, Kriegsversehrte, Kriegsveteranen und Beamte der Marionettenverwaltung, die die feindlichen Reihen verlassen und in die befreiten Gebiete gehen oder freiwillig in den befreiten Gebieten zurückbleiben und sich bei der revolutionären Verwaltung ordnungsgemäß melden sowie Recht und Gesetz der revolutionären Verwaltung strikt einhalten, erhalten Hilfe bei der Aufnahme von Arbeit und können in ihre Heimat zurückkehren oder entsprechend ihrem Wunsch und ihren Fähigkeiten von der neuen Verwaltung beschäftigt werden. Wer Verdienste hatte oder Verdienste erwirbt, um für seine Straftaten wiedergutzumachen, wird belohnt werden. Wer sich der Revolution widersetzt, wird schwer bestraft. Straftäter, die echte Reue zeigen, werden begnadigt.

10. Leben und Eigentum von Ausländern sind geschützt. Alle im Lande lebenden Ausländer müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren und sämtliche Richtlinien und Maßnahmen der revolutionären Verwaltung strikt einhalten. Ausländische Einwohner, die sich am Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung um Unabhängigkeit, Freiheit und Aufbau des Landes beteiligen, sind willkommen geheißen.

Die befreiten Gebiete in Südvietnam sind das glänzende Ergebnis des Kampfes des gesamten vietnamesischen Volkes und die zuverlässige Stütze für die revolutionäre Sache der völligen Befreiung Südvietnams.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam ruft alle Landsleute auf, diese Grundsätze in vollem Umfang zu respektieren und sie gewissenhaft zu erfüllen, sich wie ein Mann zusammenzuschließen und große Anstrengungen zu unternehmen, um die befreiten Gebiete mit aller Entschlossenheit zu schützen, aufzubauen und zu festigen. Alle Kader, Kämpfer und Mitarbeiter der revolutionären Verwaltung müssen sich beispielgebend an die Grundsätze halten, sie der Bevölkerung intensiv erläutern und zeigen, wie sie am besten realisiert werden können. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam wird die Personen, die Verdienste an der Revolution erwerben oder hervorragende Leistungen beim Schutz und Aufbau der befreiten Gebiete vollbringen, gebührend auszeichnen.

Südvietnam, den 1. April 1975

Aggression aus dem Norden ?

Die amerikanische Regierung und das Regime in Saigon behaupten, in Südvietnam fände eine Aggression aus dem Norden statt, die das Pariser Friedensabkommen verletzt.

Unterstützt werden sie dabei in Westdeutschland fast von der ganzen bürgerlichen Presse. Tatsächlich erkennt jedoch das Pariser Abkommen die Einheit von ganz Vietnam ausdrücklich an. Es heißt dort:

"Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in dem Genfer Abkommen von 1954 anerkannt wurden."

Und festgelegt wird im Abkommen, daß **"innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens alle Truppen, Militärberater und das militärische Personal einschließlich des technischen Militärpersonals und des im Befriedungsprogramm tätigen Militärpersonals sowie Waffen, Munition und Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten ... aus Südvietnam abgezogen"** werden.

Die USA wollten bei den Pariser Verhandlungen erreichen, daß ein "gegenseitiger" Truppenabzug durchgeführt werden sollte, das heißt, daß auch Vietnamesen aus Südvietnam in den Norden abziehen sollten. Damit konnten sie sich in Paris nicht durchsetzen.

Das Pariser Abkommen enthält keine Bestimmung, die das selbstverständliche Recht eines jeden Vietnamesen einschränken würde, für nationale Unabhängigkeit und für die Wiedervereinigung des Vaterlandes in ganz Vietnam zu kämpfen.

Woher kommen die "nordvietnamesischen Divisionen"?

Soweit die vertraglich anerkannten Rechte des vietnamesischen Volkes. – Wie die Meldungen über die große **Anzahl nordvietnamesischer Divisionen** in Südvietnam zustandekommen, hat jetzt der "Spiegel" enthüllt. Er berichtet von dem ehemaligen CIA-Agenten Adams, der erklärt, die *"US-Militärs in Vietnam hätten die wahre Stärke des Vietcong jahrelang verschwiegen"*. So hätten sie 1966 behauptet, die Truppenstärke des Vietcong betrüge 299 000 Mann, während tatsächlich 600 000 Südvietnamesen sich den Streitkräften der Befreiungsfront angeschlossen hatten. (Spiegel Nr.17/75)

Man kann sich leicht vorstellen, wie die Differenzen zwischen den bewußt zu niedrig gehaltenen Schätzungen und der tatsächlichen Stärke der Befreiungsfront dann mit der Behauptung ausgefüllt wurden, es handele sich um nordvietnamesische Truppen.

Der Widerstand des Volkes reicht bis in die Zentren des Feindes

Der CIA-Agent gibt auch zu, daß sich die Kämpfer der Befreiungsstreitkräfte im Volk bewegen können wie die Fische im Wasser.

Der "Spiegel" berichtet: *"Rund 3 000 Vietcong-Agenten hatte das Saigoner CIA-Büro im südvietnamesischen Regierungsapparat ausmachen können, Adams kam auf rund 20 000. In manchen Gebieten hätten Vietcong-Agenten unerkannt amerikanische Vietnamisierungsprojekte geleitet, in Da Nang habe ein als südvietnamesische Ordonnanz getarnter Vietcong Munition im Wert von 100 Millionen Dollar in die Luft gejagt."* – So unsinnig diese Zahlenangaben über "ausgemachte" Kämpfer der Befreiungsfront im Saigoner Staatsapparat auch sind, sie machen doch deutlich, daß der Widerstand des Volkes immer schon viel breiter und tiefer war, als die USA wahrhaben wollten. Und daß er bis ins innerste Lager des Feindes reicht, der sich im Volksmeer nirgends sicher fühlen kann.

–W.M.–

Sind Fahrräder in China zu teuer ?

Mit der Aufforderung: "Veröffentlichen Sie bitte nebenstehenden Zeitungsausschnitt aus dem 'Öffentlichen Anzeiger', Bad Kreuznach vom 15.4.75 in der nächsten Ausgabe der 'Kommunistischen Volkszeitung'. Wetten, daß Sie das nicht tun!" schickte uns ein Leser die folgende Meldung:

"Fahrräder in China. -zr- In der Volksrepublik China sind Fahrräder das Massenverkehrsmittel der Bevölkerung – was kosten sie? Ein großes Warenhaus in Shanghai bietet Fahrräder für 145 bis 171 Yuan an. Da das monatliche Durchschnittseinkommen bei 60 Yuan (78 DM) liegt, muß der chinesische "Normalverbraucher" etwa zweieinhalb Monate für ein Fahrrad arbeiten."

Gedacht ist die Meldung sicher als eine Enthüllung darüber, wie schlecht es den Arbeitern im sozialistischen China geht. Dazu ist sie aber nicht geeignet. Denn niemand hat behauptet, daß China schon ein reiches, hochindustrialisiertes Land sei. "China ist ein Entwicklungsland", betonen die Sprecher von Partei und Regierung immer wieder. Sie sagen keineswegs, "China ist ein Schlaraffenland". Im Bericht der Regierung an den IV. Nationalen Volkskongreß hat Ministerpräsident Tschou En-lai festgestellt, was aufgrund der Tatsache, daß Arbeiter und Bauern die Revolution angepackt und die Produktion gefördert haben, inzwischen erreicht ist für die Lebenshaltung der Bevölkerung: *"In unserem Land, mit seiner Bevölkerung von annähernd 800 Millionen, ist der Grundbedarf der Volksmassen an Nahrung und Kleidung gesichert."*

Bei seiner Befreiung 1949 war China eines der ärmsten Länder der Welt. Wie damals eine Arbeiterfamilie leben mußte, berichtet Han Yü-ying, eine heute fast 60 Jahre alte ehemalige Textilarbeiterin: *"Ich hatte 16 Jahre lang als Spinnerin gearbeitet, aber mein Lohn reichte nicht aus, um 30 Kilogramm Reis zu kaufen. Mein Mann war ein erfahrener Färber, aber er konnte nur gerade so viel verdienen, um 37,5 Kilogramm Reis zu kaufen. Gemüse kaufen konnten wir uns nicht leisten. 5 Kilo Möhren hätten meinen halben Monatslohn gekostet. Wer konnte schon Fleisch kaufen? Ein halbes Kilo kostete ein Viertel meines Monatslohns. Für Kleidung konnte ich gerade Flicken erhalten. Ich trug die alte wattierte Jacke, die meine Mutter mir gegeben hatte, als ich von zu Hause fort bin. Die Miete zu zahlen, war jeden Monat eine gewaltige Hürde. Wir konnten keinen Raum für uns alle bezahlen. Wir teilten ihn mit einer anderen Arbeiterfamilie und jede hatte 18,75 Kilogramm Reis zu zahlen."* (China Reconstructs, April 1975)

Gleichzeitig wird von einer jungen Textilarbeiterfamilie im heutigen Shanghai berichtet. Die Frau verdient 70, der Mann 76 Yuan. Sie haben drei Kinder und wohnen in einer Zwei-Zimmer-Wohnung, für die sie 5,68 Yuan Miete zahlen, dazu 6,30 für Wasser, Gas und Strom. Der Reis kostet 0,328 Yuan das Kilo. Die Familie verbraucht im Monat 54 Kilo zu 18 Yuan. Insgesamt gibt sie 60 Yuan für Nahrung aus, 10 für Kleidung, 10 schickt sie regelmäßig an die Mutter des Mannes auf dem Land, 34,02 verbraucht sie für die verschiedensten Ausgaben und Anschaffungen. 20 Yuan werden gespart. Nach gut 3 Jahren könnte sich davon also die ganze 5-köpfige Familie Fahrräder kaufen. Und sie wird sie für das erarbeitete Geld auch bekommen: Seit 1950 ist die Produktion von Fahrrädern auf das 38-fache gestiegen. (Angaben aus China Reconstructs, April 1975)

Die Textilarbeiterfamilie in Shanghai lebt heute keineswegs im Wohlstand. Aber im Vergleich zur Zeit vor der Befreiung geht es ihr glänzend. *"Heute ist das arbeitende Volk Herr im Lande und das wirkt sich für uns auf alles aus"*, sagt die alte Textilarbeiterin. Nur weil die Ausbeuterklassen geschlagen wurden, war der rasche Aufbau möglich. Und das chinesische Volk hat Klarheit gewonnen darüber, daß es seine Erfolge nur dann halten und vergrößern kann, wenn es nicht nachläßt im Kampf gegen die Überreste des Kapitalismus.

–Red.



Eine gute Idee: Verkauf der revolutionären Schriften des KBW mit dem selbstgebauten Bauchladen

Ein revolutionäres Lehrstück

Vor kurzem haben wir einen Kulturabend veranstaltet. An diesem Abend hörten wir uns die Plattenaufnahme des Theaterstücks "Die Mutter" von Bertold Brecht an.

Am Beispiel des Werdegangs einer Frau von einer um ihren Sohn besorgten Hausfrau zu einer an der Seite ihres Sohnes kämpfenden Revolutionärin schildert B. Brecht die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Rußland in den Jahren 1905 bis 1917. Die Unterdrückung durch die Polizei, die elenden Lebensbedingungen der Arbeiter, der gerechte Kampf um mehr Lohn und die blutige Niederschlagung einer friedlichen Demonstration durch die Polizeikräfte des Zaren, durch die 1 000 Arbeiter getötet werden sind Erfahrungen, die die Mutter zu einer konsequenten Propagandistin des revolutionären Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse werden lassen. aktuelle Bedeutung. So werden beim Kampf um mehr Lohn diejenigen "Arbeitervertreter" verurteilt, die mit den Kapitalisten eine Sache machen und auf den Streik als Kampfmittel der Arbeiter verzichten wollen. In einem Lied wird konsequent gegen reformistische und revisionistische Vorstellungen Stellung bezogen:

Immer, wenn unser Rock zerfetzt ist,
Kommt ihr gelaufen und sagt: so geht das nicht weiter.
Dem muß abgeholfen werden und mit allen Mitteln!
Und voll Eifer rennt ihr zu den Herren,
Während wir, stark frierend, warten.
Und ihr kommt zurück, und im Triumphe
Zeigt ihr, was ihr habt für uns erobert:
Einen kleinen Flicken.
Gut, das ist ein Flicken.
Aber wo ist Der ganze Rock?

Immer wenn wir vor Hunger schreien
Kommt ihr gelaufen und sagt: so geht das nicht weiter.
Dem muß abgeholfen werden und mit allen Mitteln!
Und voll Eifer rennt ihr zu den Herren,
Während wir, voll Hunger, warten.
Und ihr kommt zurück, und im Triumphe
Zeigt ihr, was ihr habt für uns erobert:
Ein Stücklein Brot.
Gut, das ist das Stück Brot.
Aber wo ist Der Brotlaib?

Wir brauchen nicht nur den Flicken,
Wir brauchen den ganzen Rock.
Wir brauchen nicht nur das Stück Brot,
Wir brauchen den Brotlaib selbst.
Wir brauchen nicht nur den Arbeitsplatz,
Wir brauchen die ganze Fabrik.
Und die Kohle und das Erz und
Die Macht im Staat.
So, das ist, was wir brauche.
Aber was Bietet ihr uns an?

Von diesem Theaterstück waren alle Anwesenden so beeindruckt, daß noch lange über seine Aussagen diskutiert wurde. Es hat bei vielen das Interesse an den Zielen der Kommunisten geweckt und vertieft. Am Schluß des Stückes heißt es:

Wer noch lebt, sage nicht niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen ist, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus niemals wird: heute noch.

–ma, Sympathisantengruppe Achim–

Neue Volkslieder

Zehn Kinder aus dem Kamerun*
wolln in die Schule gehn
am ersten Tag, wo Prüfung ist
da warens auch noch zehn

Die Eltern müssen schaffen gehn
ein Kind blieb tags allein
deshalb kams in die Sonderschul
da warens nur noch neun

Neun Kindern hat die Mengenlehre
keinen Spaß gemacht
und eins kam dann garnicht mehr mit
da warens nur noch acht

Acht Kinder aus dem Kamerun
wurden überall vertrieben
da spielten sie dann auf der Straß
da warens nur noch sieben

Sieben Kinder aus dem Kamerun
eins wurde nicht versetzt
zu Haus mußt es Geschwister hüten
dann warn sie noch zu sechst

Eins wurd beim Schokoladeklaun
erwischt, als Dieb beschimpft
der Hunger blieb, es klaut' nochmal
da warn' sie noch zu fünft

Ein Vater wurde arbeitslos
jetzt zieht er fort von hier
weils Geld nicht für die Miete reicht
da warens nur noch vier

Die Wohnungen sind viel zu klein
da gibts oft Klopperei
dabei wurd eins zu viel bekloppt
da warens nur noch zwei

Der Lehrer sprach: vom Kamerun
die zwei krieg ich noch klein
wenn ich jetzt eins nach hinten setz
dann hab ich sie allein

*Kamerun ist der volkstümliche Name für das Frankfurter Arbeiterviertel Gallus.

Beiß, Bagger, beiß
die Kohle hat nen Preis
wenn ich mal zu lang scheißen tu
steigt der Kohle-Preis im Nu
beiß, Bagger, beiß
Wasser ist kein Schweiß

Löt, Kolben, löt
Am Fließband wirst du blöd
Ich kann nicht mal auf den Abort
denn ich schaffe im Akkord
das Tempo wird erhöht
Löt, Kolben, löt

Näh, Maschine, näh
Mir tun die Griffel weh
Am Tag viertausend Hosen
Das Geld ist für die Großen
Näh, Maschine, näh
mir tun die Griffel weh

Melk, Maschine, melk
Die Milch kost uns viel Geld
Das Geld bekommt die Molkerei
der Aktionär wird reich dabei
der Bauer wird ganz welk
Melkmaschine, melk

Mähdrescher, mäh
derZins geht in die Höh
der kleine Bauer kommt nicht mit
jetzt sperrt man ihm noch den Kredit
der Zins geht in die Höh
Mähdrescher, mäh

Kaufmann, verkauf
gib deinen Laden auf
dein Laden hier am Straßeneck
den putzt der Kaufhof morgen weg
du hälst die Zeit nicht auf
Kaufmann, verkauf

Back, Bäcker, back
12 Stunden Arbeitstag
die Brotfabriken werden groß
und morgen bist du arbeitslos
du schaffst Dich noch zum Wrack
Back, Bäcker, back

Tanksäule, tank
der Pächter ist bald blank
Staat und Ölkonzerne
für die schaffst du dich gerne
am Ende krumm und krank
der Markwirtschaft sei Dank